

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1925

11 (23.1.1925)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen des Badischen Landtags.

11. Sitzung.

Freitag, den 23. Januar 1925, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

I. Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 10. Sitzung.

II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über die Anträge der Abgeordneten

1. Schill und Gen., Herabsetzung der Reichsweinsteuer usw. (Druckf. Nr. 44),
2. Schmidt-Bretten und Gen., Erlassung der Umsatzsteuer für inländischen Wein usw. (Druckf. Nr. 45),
3. Gebhard und Gen., Erhöhung der Einfuhrzollsätze für Wein (Druckf. Nr. 46),
(Druckf. zu Nr. 44, 45, 46).

Berichterstatter Abg. K ü g e r.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Berichts Sp. 511/12.

Im Regierungstisch: Minister des Innern Remmele, Finanzminister Dr. Köhler, Ministerialdirektor Leers, die Oberregierungsräte Dr. Barck und Seeger.

Präsident Dr. Baumgartner

eröffnet die Sitzung gegen 9½ Uhr und gibt zunächst folgende

Eingänge

bekannt.

I. Verhinderungsanzeigen:

Der Abg. Bod, Fischer-Unterlauchringen, Freudenberg, Friedel, Dr. Herfurth, Dr. Schmitt-Karlsruhe, Dr. Schöfer, Seubert und Stöck wegen Krankheit und der Abg. Hartmann, Hügle und Schill wegen geschäftlicher Verhinderung.

Dient zur Kenntnis.

II. Aus der Mitte des Hauses:

1. **Förmliche Anfrage der Abg. Ziegelmaier, Oberkirch und Gen., Massenentlassungen beim Eisenbahnausbesserungswerk Offenburg.**

Ist der Regierung bekannt, daß

1. bei der Wagenwerkstätte des Eisenbahnausbesserungswerkes Offenburg am 31. 12. 24 140 Arbeiter, die zum Teil seit vielen Jahren dort beschäftigt wurden, ohne zureichendes Wartegeld plötzlich entlassen wurden,
2. bei den übrigen Eisenbahnwerkstätten in Baden derartige Massenentlassungen ebenfalls vorgenommen wurden und
3. die Gefahr weiterer Entlassungen ohne Schaffung anderer Beschäftigungsmöglichkeit besteht?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die unter Ziffer 1 und 2 erwähnten Maßnahmen rückgängig zu machen und zu erreichen, daß weitere Entlassungen vermieden werden? Ist sie insbesondere bereit, bei der Reichseisenbahngesellschaft mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die in Baden anfallenden Reparaturen und Neubauten von Eisenbahnwagen u. dgl. auch in bad. Eisenbahnwerkstätten vorgenommen werden?

Die förmliche Anfrage wird als Drucksache Nr. 52 gedruckt und verteilt und geht an die Regierung zur Erklärung über den Zeitpunkt der Beantwortung.

2. **Kurze Anfrage des Abg. Dr. Föhr, Reichsgründungsgedächtnisfeier der Universität Freiburg i. Br. betr.**

Sind der Regierung die Vorgänge bekannt, die sich bei der Reichsgründungsgedächtnisfeier der Universität Freiburg am 17. 1. 1925 sowohl in der Aula der Universität als auch bei dem Fackelzug zum Bismarckdenkmal auf den Schloßberg abgespielt haben?

Ist der Regierung insbesondere der Wortlaut der Ausführungen des offiziellen Festredners Prof. Mar-

Bibl.

schall von Bieberstein bekannt, und ist sie bereit, dieselben, soweit sie eine Provokation der heutigen Staatsform enthalten, dem Hause bekanntzugeben?

Was hat die Regierung dagegen für Schritte unternommen und was gedenkt sie zu tun, um künftig derartigen Vorkommnissen vorzubeugen?

Die Kurze Anfrage geht an die Regierung zur Erklärung über den Zeitpunkt der Beantwortung.

Zur Tagesordnung selbst bemerkt der Präsident, daß beabsichtigt ist, die Beratung über die zum Handelsvertrag mit Spanien gestellten Anträge heute fortzusetzen. Nach der Geschäftsordnung soll die Abstimmung über die gestellten Anträge drei Tage verschoben werden. Da nun diese gestellten Anträge gestern im Haushaltsausschuß erledigt worden sind, so war der Haushaltsausschuß einstimmig der Meinung, man sollte von dieser geschäftsordnungsmäßigen Bestimmung absehen und bereits heute die Anträge hier zur Verhandlung und Abstimmung bringen.

Der Präsident stellt ausdrücklich fest, daß das Haus der Auffassung des Haushaltsausschusses ohne Widerspruch beitrifft.

Die im Anschluß an die förmliche Anfrage gestellten Anträge und zwar die Anträge Schill und Gen., Schmidt-Bretten und Gen., Gebhard und Gen., bezw. der an deren Stelle getretene Antrag des Haushaltsausschusses werden somit in der heutigen Sitzung erledigt werden. Von der dreitägigen Frist des § 45 der Geschäftsordnung wird deshalb Umgang genommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zur Verlesung der

Kurze Anfrage der Abg. D. Mayer-Karlsruhe und Gen., Prämienauschüttung an Beamte und Angestellte der Reichsbahngesellschaft

das Wort

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.):

Die Kurze Anfrage, Prämienauschüttung an Beamte und Angestellte der Reichsbahngesellschaft betr., ist ein bißchen länglich geraten; aber es sollte alles gesagt werden, was zu sagen nötig schien:

„In Auswirkung des Pariser Vertrages ist durch die Ausführungsbestimmungen des Londoner Abkommens die deutsche Reichsbahn in eine Gesellschaft umgewandelt worden. Wie jetzt bekannt wird, hat diese Gesellschaft nach den Gebräuchen der Aktiengesellschaften einen sehr hohen Betrag — man spricht von 85 Millionen Goldmark — zu Weihnachten 1924 als Gratifikationen oder Prämien oder wie man es nennt unter ihre Angestellten und Beamten ausgeschüttet.

Bei den bescheidenen, ja vielfach auch unzulänglichen Besoldungsverhältnissen in Deutschland wird man es nur begrüßen, wenn gelegentlich einmal außerordentliche Zulagen gegeben werden können.

Aber an dem Geschäftsgebaren der deutschen Reichsbahngesellschaft nimmt die Öffentlichkeit mit Recht stärksten Anstoß, weil

1. jedenfalls im Kreise der unteren und mittleren Angestellten und Beamten nur ein Teil und d. h. nur der kleinste Teil mit Gratifikationen bedacht worden ist. Hierdurch wird notwendigerweise viel Mißvergnügen hervorgerufen und Mißtrauen und Spaltung, wohl auch Unlust an der Arbeit in die Beamtenenschaft getragen;

2. die Gratifikationen so unsozial abgestuft sind, daß sie in den unteren Besoldungsklassen nur einen Bruchteil, in den obersten das Ganze eines Jahresgehaltes betragen;

3. die dringend nötige, wiederholt geforderte und auch in Aussicht gestellte Herabsetzung der Tariffäße insonderheit auch für die Frachten ausbleibt. Darunter hat namentlich die badische Bevölkerung und unsere Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zu leiden, da Waren von den Erzeugungsorten der Rohstoffe zumeist weit entfernt ist.

Ist auch die Reichsbahn eine Gesellschaft, so betrachtet doch das Volk mit Recht diese Form als eine vorübergehende Notform und sieht die Bahnen als öffentliche staatliche Anstalten an.

Wir fragen an, welche Schritte die Regierung tun wird, um darauf hinzuwirken, daß dieses Geschäftsgebaren der Reichsbahngesellschaft nicht wiederholt, sondern durch ein national, sozial und wirtschaftlich erträgliches ersetzt wird?

Zur Beantwortung dieser Kurzen Anfrage erhält das Wort

Oberregierungsrat Seeger:

Die Kurze Anfrage der Abg. D. Mayer-Karlsruhe und Gen., wird wie folgt beantwortet:

Aber die Verteilung von Remunerationen bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat die Badische Regierung keine Unterlagen; es sind ihr weder die Grundsätze bekannt, nach welchen die Verteilung erfolgte, noch hat sie Nachrichten über die Höhe der gewährten Prämien. Der Eisenbahnstaatsvertrag und das neue Reichsbahngesetz enthalten auch keine rechtliche Handhabe, auf Grund deren diese Unterlagen verlangt oder eine Einwirkung im Sinne einer anderweitigen Regelung dieser Frage begründet werden könnte.

Die Badische Regierung verhehlt indessen nicht, daß sie das bei der Reichsbahn-Gesellschaft jetzt angewandte Prämien-system, von dem feststeht, daß es nur einem kleinen Teil der Beamtenchaft zugute kam, während der erheblich größere Teil leer ausging, nicht gutheißen kann, und zwar allgemein deshalb nicht, weil nach ihrer Ansicht sich dieses System mit einem beamtenmäßig aufgezogenen Verwaltungssaparat schwer vereinbaren läßt, und im besonderen nicht, weil es eine Quelle der Unzufriedenheit für die nicht Bedachten, und damit auch allgemein eine Ursache von Minderleistungen bildet. Wenn die Regierung auch im Hinblick auf die öfters bekannt gegebene finanzielle Lage der Reichsbahn-Gesellschaft und auf deren ablehnende Haltung zu einer ausreichenden Entlohnung eines großen Teils ihres Personals immer noch lebhaft bezweifeln möchte, ob die in der Öffentlichkeit genannten Angaben über die Höhe der Prämien und deren verschiedenartige Bemessung bei den einzelnen Besoldungsklassen zutreffen, so ändert sich damit an der Gesamtbeurteilung des Systems nichts. Die Badische Regierung wird mit Rücksicht auf die in unserem Lande sich im übrigen stark fühlbar machende Sparpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft — es sei an das Stöden in der Fertigstellung der Bahnbauten und an die Schließung der Wagenwerkstätte in Offenburg erinnert — Veranlassung nehmen, ihrer Auffassung zur vorliegenden Frage der Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber Ausdruck zu geben.

Der Präsident bemerkt, daß noch eine förmliche Anfrage des gleichen Inhalts vorliegt, die wohl Gelegenheit geben wird, die Frage hier im Hause noch zu besprechen.

Zu einer

Erklärung

erhalten das Wort:

Abg. Gebhard (Landbund):

Der Herr Abg. Wittemann hat gestern in seiner Erwiderung auf meine Rede behauptet, daß meine Ausführungen bezüglich der Haltung des Zentrums wegen Befreiung der landwirtschaftlichen Gebäude von der Gebäudesteuer eine Wahllüge seien, die auch nicht Wahrheit würde, wenn man sie hier im Plenum wiederholt.

Ich stelle folgendes fest:

Dem Landtag lagen zwei Anträge vor, welche die Befreiung der landwirtschaftlichen Gebäude vorsahen, und zwar der Antrag Kläiber u. Gen., und der Antrag Weißhaupt u. Gen. Das Zentrum hat bei der Beratung im Haushaltsausschuß einem Beschluß im Sinne der Anträge zugestimmt. In der Sitzung des Haushaltsausschusses erhob sich ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion und erklärte: Diese Sauerei machen wir nicht mit, der Landbund hat mit seinem Antrag den Gesetzentwurf verkauft und hat erklärt, er stimme grundsätzlich gegen die Gebäudesteuer; wir Sozialdemokraten sollen nun diesen verkauften Antrag helfen durchbringen. Das geht über unsere Gutmütigkeit hinaus, das machen wir nicht mit. Darauf wurden die Anträge zurückverwiesen zur erneuten Beratung, die ziemlich lange Zeit in Anspruch nahm und das Ergebnis hatte, daß die Zentrumsfraktion im Haushaltsausschuß und auch im Plenum der jetzigen Fassung des Gesetzes mit Ausnahme des Herrn Abg. Fischer-Oberlauchringen und bei zwei Stimmenthaltungen zustimmte.

Ich weise den Vorwurf der Wahllüge zurück.

Abg. Wittemann (Zentr.):

Auch das, was der Herr Kollege Gebhard jetzt vorgebracht hat, ändert nichts an dem, was ich gestern gesagt habe (Zurufe: Sehr richtig. — das ist ein Skandal). Das ist kein Skandal, das ist die Feststellung der Wirklichkeit. So wie ich informiert worden bin und zwar damit ich es hier vertreten kann, so werde ich es wiedergeben.

Bevor in jener Sitzung im Haushaltsausschuß die Angelegenheit zur Rede kam, war für die Zentrumsfraktion eine ganz neue Situation geschaffen, nämlich die Stellung der Regierung, und, weil in der Zwischenzeit Fühlungnahme stattgefunden hatte, bezüglich des Abschlusses eines Kompromisses, der Aussicht hatte, angenommen zu werden (Zuruf vom Landbund). Das war die neue Situation (Abg. Kläiber: Nein, es ist nicht so, so war es gar nicht! — lebhafter Widerspruch beim Landbund) und nach wiederholter Rücksprache (erneuter Widerspruch des Abg. Kläiber) nein, so wie Sie sich in Ihrem Kopfe vorstellen, hat es sich nicht zugetragen (erneuter Widerspruch des Abg. Kläiber). Sie wußten gar nicht, wie es gegangen ist. Sie waren gar nicht dabei. So klug Sie sind, und so hoch sie sich in der Kenntnis jener Dinge einstellen mögen, so sind Sie doch kein Gedankenleser (Abg. Kläiber: Immer noch nicht so hoch, wie Sie). Nein, ich schätze mich gar nicht hoch (Abg. Kläiber: Sie). Ich rufe hier die Zeugen an, die das alles mitgemacht haben).

Ich stelle also fest, daß trotz der Erklärung des Herrn Kollegen Gebhard und trotz der Zwischenrufe des Herrn Kollegen Kläiber Kompromißverhandlungen vorlagen, die

mit dem, was der Herr Abg. Maier getan hat, nichts zu tun haben, und daß die Stellung des Zentrums mit dieser Kompromißvorlage und mit dem Bestreben, etwas Ertragbares zustande zu bringen, zusammenhängen und nicht mit dem Ammenmärchen, das hier von der Mappe des Herrn Kollegen Maier-Heidelberg und ihrer Wirkung auf das Zentrum vorgetragen und behauptet wird (lebhafter Beifall im Zentrum. — Zuruf vom Landbund. — Glöde des Präsidenten — Abg. Kläiber: Zur Geschäftsordnung!).

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Kläiber (Landbund):

Ich möchte dazu nur bemerken, daß die Verhandlungen, die Kompromißverhandlungen erst nach der Abstimmung stattgefunden haben (Abg. Dr. Föhr: Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung).

Präsident Dr. Baumgartner:

Ich pflege einen Abgeordneten mitten im Satz nicht zu unterbrechen, sondern warte bis er fertig ist. Und nun stelle ich fest, daß das natürlich keine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung war, sondern eine persönliche Bemerkung. Ich glaube damit dürfte diese Debatte erschöpft sein (Abg. Wittemann: Ich erkläre, daß das Wort „Verbrechung“ aus dem Munde des Herrn Kläiber für mich keine Beleidigung ist).

Wenn ich das Wort hier oben gehört hätte, hätte ich es gerügt (Abg. Dr. Föhr: Gesagt hat er es aber). Für mich gilt nur das, was ich hier oben höre (Abg. Dr. Föhr: Und wenn es bestätigt wird vom Haus!), dann kann es mir gemeldet werden. Wenn das Wort gefallen ist, rüge ich selbstverständlich den Ausdruck „Verbrechungskünstler“.

Der Präsident gibt hierauf folgenden Antrag der Abg. Schrank und Fraktion, Postverhältnisse auf dem Lande betr., bekannt:

Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Postverhältnisse auf dem Lande wieder der Vorkriegszeit angepaßt, insbesondere die Posthilfsstellen aus Mitteln der Reichspost voll erhalten werden.

Der Antrag wird gedruckt (Druckf. Nr. 53) und verteilt und zur Behandlung auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Zu Ziff. II der Tagesordnung

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Anträge

1. der Abg. Schill und Gen., Herabsetzung der Reichsweinsteuer (Druckf. Nr. 44),
2. Schmidt-Bretten und Gen., Erlassung der Umsatzsteuer für inländischen Wein (Druckf. Nr. 45),
3. Gebhard und Gen., die Erhöhung der Einfuhrzölle für Wein (Druckf. Nr. 46)

(Druckf. zu Nr. 44, 45, 46.)

erhält das Wort:

Berichterstatter Abg. R ü g e r (Zentr.):

Namens des Haushaltsausschusses habe ich über die Drucksache Nr. 44, 45 und 46 folgendes zu berichten:

Vorgestern hat sich an die Interpellation über den spanischen Handelsvertrag eine Aussprache angeschlossen. In dieser Aussprache hat dann der Herr Abg. Schill einen Antrag Schill, Weißhaupt zur Verlesung gebracht. Dieser Antrag lautet folgendermaßen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wolle beim Reich dahin wirken, daß für den Fall der Ratifizierung des spanischen Handelsvertrags die Reichsweinsteuer und die Umsatzsteuer für inländische Weine wesentlich herabgesetzt und damit ein, wenn auch nur teilweiser, Ausgleich für die durch den obigen Handelsvertrag dem deutschen Weinbau entstehenden Schäden geschaffen wird.

Nach Bekanntgabe dieses Antrags ist ein weiterer Antrag eingelaufen, unterzeichnet von dem deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Bretten und 2 Mitgliedern des Landbunds, Antrag Nr. 45. In diesem gedruckten Antrag ist aber aus einem Versehen die Einbeziehung der Reichsweinsteuer unterblieben, was der Herr Antragsteller nachträglich dem Herrn Präsidenten angezeigt hat. Dieser Antrag soll also lauten:

Die Regierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß für den Fall des Zustandekommens des spanischen Handelsvertrags die Reichsweinsteuer und die Umsatzsteuer von inländischem Wein nicht erhoben und mit tunlichster Beschleunigung eine Neueinschätzung des Steuerwerts der Weinberge vorgenommen wird.

Nach Abschluß der Aussprache ist dann vom Herrn Landtagsabgeordneten Gebhard und seinen Parteifreunden ein weiterer Antrag eingekommen, Antrag Nr. 46:

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung mit allen Mitteln anzustreben, daß die den Weinbau zum Ruin führenden niederen Zollsätze, wie sie der spanische Handelsvertrag vorsieht und wie sie nunmehr auch Italien nach dem Handelsvertragsprovisorium zukommen, beseitigt werden und dem deutschen Weinbau der für seine Erhaltung erforderliche Schutz gewährt wird.

Die badische Vertretung im Reichsrat hat entsprechende Weisung zu erhalten.

Über die Lage des badischen Weinbaues ist bei dieser Aussprache in ziemlichem Ausmaß gesprochen worden. Ich kann auf diese Ausführungen von hier aus verweisen. Die Anträge 44, 45 und 46 wurden zur Beratung dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Haushaltsausschuß hat gestern nachmittag in sehr ausführlichen Erörterungen zu diesen Fragen Stellung genommen. Die Antragsteller haben ihre Anträge begründet und sie haben im wesentlichen Bezug genommen auf das, was sie bereits hier im Plenum ausgeführt haben.

Der Sprecher für den Zentrumsantrag hat insbesondere ausgeführt, es drohe die große Gefahr, daß der spanische Handelsvertrag ratifiziert werde. Es habe sich gezeigt, daß in den Erwägungen, die zu diesem Abkommen geführt haben, die Interessen der Industrie einerseits und die Interessen des Weinbaus andererseits sich gegenüberstanden und in diesem großen Interessenwettbewerb die Belange der Industrie von den maßgebenden Stellen als die wichtigeren angesehen worden seien und deswegen die Belange des deutschen Weinbaues und damit des badischen Weinbaues unterlegen seien. Daraus ergebe es sich, daß dem badischen Weinbau allgemeinen,

größeren Gesichtspunkten gegenüber ein großes Opfer zugemutet werde. Diesen Opfern gegenüber müsse ein Ausgleich geschaffen werden und es sei Pflicht der Reichsregierung, auf einen derartigen Ausgleich hinzuwirken. Die Möglichkeit eines solchen Ausgleiches böte die Herabsetzung der Weinsteuer und der Umsatzsteuer. Die Weinsteuer mit dem hohen Betrage von 20 Prozent = ein Fünftel des ganzen Verkaufspreises, sei eine ganz ungeheure Last, die sich lediglich zum Nachteil der Urproduktion auswirke, weil dieser hohe Betrag der Steuer preisdrückend wirke und der Weinbau letzten Endes der eigentliche Steuerträger sei. Keine Produktion sei mit einer derartigen riesigen Sondersteuer belastet. Sie müssen heute, nachdem die Belange der Landwirtschaft gegenüber denen der Industrie nach der Meinung des Reiches zurückstehen, müssen eben fallen, oder ganz wesentlich herabgesetzt werden. Das träfe auch für die Umsatzsteuer zu. Er werde den Anträgen 45 und 46 zustimmen, es solle das denkbar Mögliche erreicht werden. Auch die Intentionen, wie sie in Antrag 46 enthalten seien, die Erhebung hoher Zollsätze, fände seine Billigung und er könnte deshalb auch diesem Antrag beitreten.

Der Sprecher des Landbundes betonte insbesondere vor allem die Erhaltung der Lebensfähigkeit des badischen Weinbaues. Er erblicke in der Herabsetzung der Reichsweinsteuer und der Umsatzsteuer allein nur ein Behelfsmittel, weil eine derartige Herabsetzung nur einen Unterschied von 7—10 Bfg. pro Liter ausmache. Das wesentliche sei der Schutz für unseren Weinbau und die Erhaltung desselben. Es handle sich um etwa 33 000 Betriebe. Von großer Bedeutung sei insbesondere der billige Zollsatz für die ausländischen Weißweine. Dadurch käme die Gefahr einer sehr großen Konkurrenz. Dann sei von erheblicher, beinahe vernichtender Bedeutung für uns der billige Satz für Verschnittweine. Die Sätze seien nur 15 Mark pro Hektoliter, und es liege die Gefahr sehr nahe, daß Verschnittweine in sehr großem Umfang eingeführt würden und als Gebrauchsweine in den Verkehr kämen. Er glaube, daß von den Verschnittweinen her eine gewisse Überschwemmung von billigen Weinen kommen werde und besonders dadurch unser inländischer Weinbau notleide. Er verlange von der Regierung im Landtag eine klare Stellungnahme. Regierung und Landtag möchten einmal in dieser Frage Farbe bekennen. Er mache ferner Ausführungen über die Notwendigkeit der Herabsetzung der Steuerwerte. Unser Weinbau sei in seiner Ertragsfähigkeit, in seiner Rentabilität weit zurückgegangen. Die neue Festsetzung der Steuerwerte werde eine wesentliche Herabsetzung der bisherigen Steuerwerte zur Folge haben.

Ähnliche Ausführungen machten der weitere Sprecher des Zentrums, der weitere Sprecher des Landbundes, die Sprecher der Demokratie und der deutschnationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei.

Der Redner der Demokratie bedauerte, daß unsere deutsche Landwirtschaft gerade Spanien gegenüber in einen gewissen Interessenwiderstreit komme. Spanien sei während des Krieges und nach dem Kriege den deutschen Anschauungen sympathisch gegenübergestanden. Es hätte eine mittlere Linie gefunden werden müssen. Er war auch der Meinung, daß die Unterhändler des Reiches in diesen Fragen des Weinbaues hinsichtlich der Belange des Weinbaues und bezüglich der Wirkung der Zölle nicht auf dem laufenden gewesen seien und über viele Dinge nicht richtig Bescheid gewußt hätten; er war der Meinung, es hätte sonst auch hier Besseres erzielt werden können. Die Gefahr bestehe hier besonders auch darin, daß eben die Weißweine mit zu niedrigen Sätzen eingekommen seien.

Dann machte er noch Ausführungen über die allgemeine Lage unseres Rebbaues und gab der Auffassung Ausdruck, daß der Anbau der Amerikanerrebe stärker zurücktreten solle, daß ein Qualitätsbau anzustreben sei.

Er führte schließlich aus, daß die demokratische Partei diesen Anträgen zustimmen werde.

Der Sprecher der Sozialdemokratie stellte sich den Anträgen auf eine Herabsetzung der Weinsteuern zustimmend gegenüber. Er führte aus, daß diese Herabsetzung der Billigkeit entspreche und daß die Sozialdemokratie auch von ihrem Standpunkte aus gegen eine derartige den Verbrauch verteuernde Steuer sei. Dagegen lehnte er den auf Nr. 46 enthaltenen Antrag über die Erhöhung der Einfuhrzölle für Wein ab. Er gab der Meinung Ausdruck, daß im allgemeinen Interessenkampf die Interessen der Industrie und der Arbeiterschaft bedeutender und für unsere allgemeine Volkswirtschaft von größerer Wichtigkeit seien: deshalb könne der Abschluß von Handelsverträgen nicht in Gefahr gebracht und in Frage gestellt werden. Er sprach auch die Auffassung aus, eine Senkung des Konsums werde am besten und sichersten dadurch bewirkt, daß man der Arbeiterschaft und den Angestellten genügende und reichliche Löhne gebe: Erst dann, wenn allgemein die Lohnverhältnisse sich gebessert hätten, wäre es auch den Angehörigen der breiten Massen möglich, ein Glas Wein zu trinken; das würde dann schon zur Folge haben, daß im allgemeinen der Weinverbrauch sich heben würde. Angebot und Nachfrage seien nun einmal die besten Preisbildner.

Dieser Redner wies auch auf die Folgen und auf die Gefahren des Zwischenhandels hin. Über die Wirkung des Zwischenhandels wurden darauf im Ausschuß von verschiedenen Seiten Ausführungen gemacht. Es wurde bedauert, daß man dem Rebbaue nur einen verhältnismäßig niedrigen Preis — zurzeit oft nur einen solchen zwischen 40 und 60 Pfennig für das Liter — bezahle, während dann später zu den Konsumenten das Viertel zu diesem Preis verkauft werde. Es wurde ausgesprochen, daß hier Dinge vorlägen, die nicht wünschenswert seien, und es wurde die Bitte an die Regierung gerichtet, sie möge auch in dieser Beziehung einmal nach dem Rechten sehen.

Der Vertreter der Regierung, der Herr Minister des Innern selbst, machte nun verschiedene Ausführungen. Er glaube, teilweise seien die Antragsteller wohl im Rechte; aber es gäbe eben doch noch andere Belange zu schützen, das seien die großen Belange der Industrie. Gleich nach dem Bekanntwerden der Stellungnahme, welche der Landtag im letzten Sommer bekundet hatte, hätten sich die Handelskammern Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim mit eindringlichen Vorstellungen an das Ministerium des Innern gewendet und hätten vom Ministerium Schutz der durch sie vertretenen Industrie durch Abschluß der Handelsverträge gewünscht. Sie hätten Darstellungen über ihre Handels- und Verkehrsbeziehungen zu Spanien und auch zu Italien gegeben. Dabei hätte es sich gezeigt, daß gerade die Lebensinteressen dieser badischen Industrie, der Pforzheimer Schmutzwarenindustrie und unsere Metallindustrie ganz wesentlich mit den Beziehungen zu Spanien zusammenhängen. Aus diesen Gründen — so wurde vom Herrn Minister des Innern ausgeführt — müßten auch diese Belange Berücksichtigung finden. Er war auch der Meinung, daß gegenüber früher eine gewisse Besserung eingetreten sei, indem der Zollsatz für Weißwein sich auf 30 Mark pro 100 Kilogramm Maische gehoben habe, während früher der Satz nur 20 Mark betragen habe; für Verschnittweine war der Satz auf 15 Mark bestimmt; der allgemeine Satz sei während der Inflation auf 23,40 Mark erhöht und bei Beginn der großen Inflation des Jahres 1923 (im

Januar 1923) der Zollsatz dann auf 60 bis 70 Mark festgesetzt worden, um der damaligen Geldwertung gerecht zu werden. Heute liege mindestens der Zahl, dem Betrage nach, bei Weißweinen eine gewisse Verbesserung vor.

Er kam auch auf die Werbungskosten zu sprechen. Wichtig sei, daß bei uns die Produktionskosten für Wein — einmal die Steuerlasten im allgemeinen und dann die Lasten für die Beschaffung der Betriebsmittel — ganz wesentlich gestiegen seien; aber bei den Verhandlungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag hätten die Unterhändler Spaniens darauf hingewiesen und auch den Nachweis erbracht, daß auch in Spanien, ja in der ganzen Welt im allgemeinen eine ganz gewaltige Steigerung der Produktionskosten eingetreten sei. Deswegen hätte das deutsche Vorbringen über diese Steigerung der Produktionskosten im Inland allein nicht dazu führen können, eine wesentliche Steigerung der Zölle zu erreichen. Eine Gefahr durch die Verschnittweine bestehe nicht; es sei hier für ganz ausreichende Kontrollmaßnahmen gesorgt. Das Reich habe den Interessen des Weinbaues lange Zeit Rechnung getragen. Schon im Jahre 1923 habe es die Verhandlungen über den Handelsvertrag zurückgestellt; erst im Jahre 1924 seien sie dann auf Verlangen verschiedener Kreise von Interessenten — darunter sogar Kreise, die dem bayerischen Landbund nahestünden! — wieder aufgenommen worden.

Über die Frage, auf welche Dauer die Handelsverträge vorzusehen seien, führte der Herr Minister aus, diese Verträge seien auf unbestimmte Zeit mit dreimonatlicher Kündigung abgeschlossen.

Über die Zahl der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Arbeiter und über die Gesamtwerte der für die Ausfuhr und Einfuhr hier in Betracht kommenden Waren statistische Angaben zu machen, war er nicht in der Lage.

Interessante Ausführungen machte dann noch ein Mitglied der deutschnationalen Volkspartei, das der Pforzheimer Schmutzwarenindustrie nahesteht. Er führte aus, daß die Beziehungen zu Italien und zu Spanien eben doch tatsächlich Lebensinteresse dieser Pforzheimer Industrie berührten und vertrat die Auffassung, daß auch diesen Interessen unbedingt Rechnung getragen werden müsse.

Im Verlaufe der Aussprache gelangte man zu der Anschauung, daß die Bestrebungen und Meinungen, wie sie in den verschiedenen Anträgen auf den Drucksachen Nr. 44, 45 und 46 niedergelegt seien, sich in einen gemeinsamen Antrag zusammenfassen ließen; ein solcher Antrag wurde dann vom Zentrum eingebracht. Aber die Fassung entspann sich noch eine kleine Aussprache. Auf Antrag der Deutschnationalen und der Vertreter der deutschen Volkspartei wurde auch noch ein Zusatz über die Herabsetzung der Steuerwerte eingefügt; schließlich aber einigte man sich nach einer längeren Aussprache auf einen gemeinsamen Antrag. Dieser hat folgenden Wortlaut:

„Der Haushaltsausschuß beantragt:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichregierung dahin zu wirken:

1. daß bei Abschluß der Handelsverträge nur solche Zollsätze für ausländische Weine zugestanden werden, deren Höhe den erforderlichen Schutz für die Erhaltung des badischen Weinbaues gewährleisten;
2. daß durch Aufhebung oder doch wenigstens durch eine wesentliche Herabsetzung der Reichsweinsteuern und der Umsatzsteuer für inländische Weine die Rentabilität des einheimischen Weinbaues erhalten wird;
3. daß mit tunlichster Beschleunigung eine Neueinschätzung des Steuerwertes der Weinberge vorgenommen wird.“

Bei der Abstimmung über diesen Antrag ergaben sich folgende Zahlenverhältnisse:

Für Ziffer 1 sprachen sich 15 Stimmen aus; eine Stimme war dagegen; drei Mitglieder des Ausschusses enthielten sich der Abstimmung.

Ziffer 2 wurde mit 18 Stimmen bei einer Enthaltung — der Stimme des kommunistischen Mitglieds — angenommen.

Der Ziffer 3 wurde allseits Zustimmung erteilt.

Namens des Haushaltsausschusses stelle ich an das Hohe Haus die Bitte, dem Antrag des Haushaltsausschusses die Zustimmung zu erteilen.

Die Beratung wird eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung wird geschlossen.

Auf das Schlusswort wird verzichtet.

Es wird getrennte Abstimmung über die 3 Absätze des Antrags des Haushaltsausschusses gewünscht.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag des Haushaltsausschusses

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken

1. daß bei Abschluß der Handelsverträge nur solche Zollsätze für ausländische Weine zugestanden werden, deren Höhe den erforderlichen Schutz für Erhaltung des badischen Weinbaues gewährleistet“

mit allen gegen 3 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag unter Absatz 2

„2. daß durch Aufhebung oder doch wenigstens durch wesentliche Herabsetzung der Reichsweinsteuer und der Umsatzsteuer für inländische Weine die Rentabilität des einheimischen Weinbaues erhalten wird“

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag unter Absatz 3

„3. daß mit tunlichster Beschleunigung eine Neueinschätzung des Steuerwertes der Weinberge vorgenommen wird“

wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Hierauf wird über den Antrag des Haushaltsausschusses im ganzen abgestimmt. Der Antrag im ganzen wird mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Zu Ziff. II 3 der Tagesordnung der 7. Sitzung

Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Maier-Heidelberg und Gen., Ausgleich zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen und Gehältern betr. (nicht gedr. Anfrage D. 3. 27).

erhält zur Begründung das Wort:

Abg. Sörter (Sozdem.):

Die Förmliche Anfrage meiner Partei trägt das Datum vom 7. November. Inzwischen ist allerdings einiges, was in der Förmlichen Anfrage gefragt wird, überholt. Aber sie ist auch heute immer noch aktuell; und ich werde deshalb auf die Dinge, die die Anfrage enthält, eingehen.

In der Zeit, in welcher unsere Förmliche Anfrage gestellt wurde, herrschte unter den Arbeitern, Anarbeitern und

Beamten lebhaft Unruhe, zum Teil auch starke Erbitterung. Die Ursache lag darin, daß durch die Reichsregierung, besonders durch das Reichsfinanzministerium, ein starker Druck auf die Löhne der Arbeiter, auf die Gehälter der Angestellten und Beamten ausgeübt wurde. Es wurde damals auch bekannt, daß die Reichsregierung die Landesämter nach Berlin berufen habe, daß sie ihnen dort in eingehender Aussprache angeraten oder anbefohlen habe, Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen wenig auszusprechen und dort, wo es sich um die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen handelte, zurückzuhalten, höchstens kleine Lohnerhöhungen in besonderem Falle, die nicht über 5 Prozent hinausgingen, zu bewilligen. Solche Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen sollten auch nur ausgesprochen werden, wenn ein allgemeines Interesse vorlag. Es war sonach verständlich, daß unter der Arbeiterchaft, den Angestellten, den Beamten erhebliche Unruhe und starke Erbitterung eintreten mußte.

Dieses Verhalten der Reichsregierung, besonders des damaligen Reichsfinanzministers, mußte natürlich auch die Verhandlungen in den einzelnen Berufen stark erschweren. Die Arbeitgeber machten sich diese Stellung der Reichsregierung zunutze. Während die Reichsregierung wenigstens noch etwas tun wollte, noch bis zu 5 Prozent Erhöhungen geben wollte, waren die Arbeitgeber nicht geneigt, auch nur noch irgend etwas zuzugestehen. Das brachte die Gefahren großer Lohnkämpfe und einer neuen Erschütterung des Wirtschaftslebens hervor.

Wenn man sich nun fragt: Warum nahm die Reichsregierung diese Stellung ein; was war die Ursache dafür?, so kommt man darauf, daß vorher die Erklärungen der Reichsregierung in das Land hinausgingen, wonach sie mit allen Mitteln auf einen Preisdruck, auf Herabsetzung der Preise hinarbeiten wollte. Diese Bemühung der Reichsregierung zeigte sich sehr bald als ein Fehlschlag. Es zeigte sich sehr bald, daß die Regierung wohl Macht auf die Schlichter hatte, wohl einen Druck auf Löhne und Gehälter ausüben konnte; sie hatte aber keine Macht auf die Handelskreise, keine Macht auf die Produzentenkreise und keine Macht, Lebensmittelpreise und die Preise für Bedarfsartikel zu senken. Im Gegenteil! Die Preise sind in dieser Zeit sehr stark gestiegen.

Ich will Ihnen das im einzelnen nachzuweisen versuchen. Ich habe hier eine Liste; sie stammt vom statistischen Amt der Stadt Karlsruhe und enthält etwa 30 Artikel, die für die Lebenshaltung und als Bedarfsartikel in den Familien unbedingt notwendig sind. Es handelt sich dabei um Mehl, Brot, Reis, Erbsen, Bohnen, Kartoffeln, Butter, Margarine, Schmalz, Fleisch, Fische, Zucker, Kaffee, Kakao, Tee, Milch, Eier und Kohlen. Verglichen gegen die Sommerpreise zeigt sich, daß die Preise bis zu der Zeit, in der die Regierung die eben gezeichnete Stellung einnahm, in erheblicher Weise gestiegen waren. Der Preis für Weizenmehl war gestiegen um 28,2 Prozent; der Preis für Brot (für Kornbrot) um 16,5 Prozent; der Preis für Reis um 11,1 Prozent, Bohnen um 7,7 Prozent; Butter um 16,7 Prozent; Margarine um 10,3 Prozent; Schweineschmalz um 13,1 Prozent; Speck um 15 Prozent; Rindfleisch um 10 Prozent; Kalbfleisch um 30 Prozent; Hammelfleisch um 11 Prozent; Fische um 55 Prozent; Zucker um 12 Prozent; Kaffee um 6 Prozent; Kakao um 5 Prozent; Tee um 9 Prozent; Eier um 35 Prozent; Kohlen um 8,7 Prozent. — Das ist eine durchschnittliche Steigerung der Preise um 13,11 Prozent. Sie sehen also, daß es berechtigt war, wenn zu dieser Zeit Arbeiter, Angestellte und Beamte bestrebt waren, entsprechend diesen erheblich gestiegenen

Preisen auch ihre Löhne und ihre Gehälter zu erhöhen. Und es war unberechtigt, in einer solchen Zeit, in der es nicht gelang, einen Abbau der Preise herbeizuführen, in der im Gegenteil die Preise in der gezeichneten Weise gestiegen sind, einen Druck auf die Löhne, auf die Gehälter ausüben zu wollen.

Es entstand in unseren Kreisen die Meinung, daß das ein Mißbrauch der Staatsgewalt sei, der hier versucht worden ist (Abg. Maier-Heidelberg: Sehr richtig!). Es ist natürlich trotz der Anweisung der Reichsregierung gelungen, unter diesen Verhältnissen die Löhne etwas zu steigern. Trotz dieser gesteigerten Löhne kann man auch heute nicht davon reden, daß sie nun ausreichend seien. Ich habe hier eine Tabelle von 20 Berufen in Karlsruhe, sie stellt die am Ende Dezember 1924 gezahlten Löhne dar. In dieser Tabelle ist der niedrigste Lohn in der chemischen Industrie mit 52,4 Pfennig genannt. Der höchste wird zurzeit im Buchdruckgewerbe mit 83,3 Pfennig bezahlt. Dazwischen steht eine ganze Reihe anderer Berufe, so die Schuhindustrie mit 60 Pfennig, die Metallbetriebe mit 61 Pfennig — dazu kommt für Facharbeiter allerdings noch eine Leistungszulage — die Lederwarenindustrie mit 63 Pfennig, Tapezierer 64 Pfennig, Eisenbahner 67 Pfennig, Schreiner 68 Pfennig, Wöttcher und Schneider 70 Pfennig, Buchbinder 72,5 Pfennig. Nur bei wenigen Berufen erreicht der Lohn 80 Pfennig, und nur bei zwei Berufen geht er über 80 Pfennig hinaus. Der Durchschnittslohn aller Berufe in Karlsruhe stellt sich sonach auf 74 Pfennig. Wenn man hierbei den Achtstundentag zugrundelegt, kommt man auf einen Tagesverdienst von 5,92 Mark. Das ist kaum der Tagesverdienst, wie er von den Facharbeitern in der Vorkriegszeit erreicht worden ist. Wir kommen bei diesem Durchschnittslohn, den Tag zu 8 Stunden, die Woche zu 48 Stunden, den Monat zu 192 Stunden gerechnet, zu einem Monatsverdienst von rund 142 Mark. Und das nur bei voller Arbeit. In dem Augenblick, wo Kurzarbeit eintritt, in dem Augenblick, wo Arbeitslosigkeit eintritt, oder wo für die Arbeiter schlechte Witterungsverhältnisse eintreten, kürzt sich dieser Monatsverdienst um ein ganz Erhebliches. Es kommt für die Arbeiter, Angestellten und Beamten aber auch noch hinzu, daß sie diesen angegebenen Lohn nicht etwa voll für sich verbrauchen können, sondern davon werden noch ganz erhebliche Abzüge gemacht. Zunächst der Steuerabzug, dann der Abzug für die Sozialversicherung, dann sind zu berücksichtigen die Mehrausgaben für erhöhtes Fahrgehalt und vor allen Dingen die Mehrausgaben durch die erhöhten Preise. Der Standard ist ja zurzeit etwa 130 gegen 100 in der Vorkriegszeit. Wir haben also hier einen Lohn — ähnlich ist es ja auch mit den Gehältern der Angestellten —, der kaum über den Lohn der Vorkriegszeit hinausreicht, während auf der anderen Seite ganz erhebliche Belastungen eingetreten sind.

Dazu kommen noch verschiedene Klagen und Beschwerden, welche die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten ebenfalls bedrücken.

So sind Klagen aus den Kreisen der Polizeibeamten laut geworden, daß sie in ganz erheblichem Maße zu Verechtsdienst herangezogen werden. Bei jedem Anlaß, sei es, daß es sich um Einbruch, um Diebstähle, um Aufläufe usw. handelt, werden die Beamten zurückgehalten, sie müssen 3, 4, 5 Stunden im Verechtsdienst stehen, ohne besondere Vergütungen zu erhalten; diese Stunden erfordern aber, daß die Beamten schließlich noch einmal etwas essen und trinken und so Ausgaben haben, die dann der Familie wieder zur Last

fallen. Es wäre doch zu prüfen, ob diesen Klagen nicht nachgegangen und schließlich eine Abhilfe erreicht werden könnte.

Wir haben auch andere Klagen. In den letzten Jahren lag ja das Wirtschaftsleben darnieder, wir haben große Arbeitslosigkeit bei Facharbeitern, bei ungelerten Arbeitern, auch bei den Angestellten und Beamten gehabt. Nun ist verwunderlich, daß in dieser Zeit unsere Arbeitgeber sich bemüht haben, trotz der großen Arbeitslosigkeit ausländische Arbeitskräfte herbeizuholen. Solche Anträge sind bereits im vorigen Jahre gestellt worden von den Arbeitgebern im Baugewerbe, von einzelnen, sowie von der Organisation der Arbeitgeber, und sie sind geprüft worden. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß zu dieser Zeit doch erhebliche Zahlen von arbeitslosen Facharbeitern und ungelerten Arbeitern in Deutschland vorhanden waren. Man hat uns aufgefordert, Arbeitskräfte nach den Orten, wo solche fehlten, zu vermitteln. Wir haben das getan, und schon nach wenigen Tagen wurde uns mitgeteilt, wir sollten die Vermittlung einstellen, es seien bereits Arbeitskräfte in genügender Zahl vorhanden. Das ist ein Beweis dafür, daß kein Mangel an Facharbeitern bestand, daß es nicht notwendig war, ausländische Arbeitskräfte herbeizulassen. Heute früh ist mir mitgeteilt worden, daß bereits jetzt wieder Anträge von einzelnen Arbeitgebern gestellt seien, italienische Arbeitskräfte herbeizulassen. Begründet wird das wieder mit einem Mangel an Facharbeitern. Weiter wird berichtet, daß der Arbeitgeberverband beim Staat den Antrag gestellt habe, die bisher erhobene Gebühr für Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte in Zukunft wegzulassen zu lassen. Auch heute liegen die Dinge so, daß Arbeitskräfte in genügender Zahl auch im Baugewerbe vorhanden sind und es nicht notwendig ist, fremde Arbeitskräfte herbeizulassen. Wir Arbeiter würden uns nicht gegen die Zulassung fremder Arbeitskräfte wehren, wenn wirklich Mangel an Facharbeitern, an geeigneten Arbeitskräften im Land oder im Reich bestände. Wir wehren uns nur dagegen, daß in einer Zeit, wo arbeitslose Facharbeiter und arbeitslose ungelerte Arbeiter in großer Zahl vorhanden sind, sich trotzdem das Bestreben bemerkbar macht, ausländische Arbeiter herbeizulassen und alle Hindernisse, alle Beschwerden, die sich dagegen rufen, zu beseitigen. Wir müssen uns da fragen: Ist es hier wirklich nur der Mangel an Facharbeitern, der zu solchen Anträgen führt? Wenn wir diese Frage prüfen, kommen wir allerdings zu einer Verneinung. Wir wissen — ich sagte das vorhin schon —, daß in dem Augenblick, in dem die Regierung auf die Löhne und Gehälter drückte, die Arbeitgeber noch schärfer waren, daß sie nicht bereit waren, auch nur ein geringes Zugeständnis zu machen. Das war eine reine Konjunkturpolitik. Die Arbeitgeber sind vor dieser Politik gewarnt worden; man hat ihnen gesagt: das muß sich rächen in der Zeit, in der das Wirtschaftsleben ein anderes Gesicht annimmt. Und nun beugen die Arbeitgeber vor: sie wollen den Arbeitern Konkurrenz schaffen, indem Ausländer herbeigeholt werden, damit sie durch die Ausländer einen neuen Lohndruck auf die Arbeiter ausüben können. Dagegen müssen wir uns wehren. Wir müssen verlangen, daß besonders die Regierung genau prüft, ob wirklich ein Mangel an Facharbeitern vorhanden ist, und falls das nicht der Fall ist, müssen Anträge, die auf Zulassung von Ausländern gehen, abgewiesen werden.

Es zeigen sich auch andere Erscheinungen. In den letzten Tagen sind Notizen durch die Presse gegangen dahinkundend, daß in den Städten, besonders in den Großstädten, ein Überfluß an Milch zu verzeichnen wäre. Glauben Sie wirklich, daß die Kinder der Arbeiter, der Angestellten und Beamten

heute in ausreichender Weise Milch bekommen können? Ich glaube das nicht! (Zuruf rechts). Die Beispiele, die in den letzten Tagen hier angeführt worden sind, zeigen etwas anderes. Es ist nicht etwa ein Überfluß an Milch deswegen vorhanden, weil wirklich in ausreichender Weise die Kinder Milch bekommen könnten, sondern der Überfluß ist vorhanden, weil leider sehr viele Familien die Milch nicht kaufen können (Abg. Arnold: Sehr richtig!), sie ihren Kindern vorenthalten müssen. Sie sehen also, daß eine schlechte Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer Minderung des Konsums führen muß, zu einem Rückgang des Absatzes, und darunter hat z. T. auch die Landwirtschaft zu leiden. Das müßte dazu führen, daß die Regierung nicht etwa auf Löhne und Gehälter drückt, sondern im Gegenteil mit dafür eintritt, daß die Löhne und Gehälter in so ausreichendem Maße gezahlt werden, daß die Familien in der Lage sind, ihre Bedürfnisse wirklich auch befriedigen zu können.

Der Badische Landtag hat ja seinerzeit durch die Annahme der Regierungsvorlage gezeigt, daß er die Niederhaltung der Löhne und Gehälter, wie sie von der Reichsregierung beliebt wurde, nicht will. Wir sind damals durch Annahme der Vorlage über die Sätze der Reichsregierung, die den Beamten nur 12 Prozent geben wollte, hinausgegangen und haben 20 Prozent bewilligt. Wir haben inzwischen erfahren, daß der Reichsfinanzminister dagegen Einspruch erhoben und das Reichschiedsgericht der badischen Regierung, dem Badischen Landtag nicht recht gegeben hat. Es wird dadurch neue Unruhe in den Kreisen der Beamten hervorgerufen werden, die sich wahrscheinlich in der nächsten Zeit in starker Weise bemerkbar machen wird. Wir meinen, die Regierung sollte trotzdem Wege suchen, durch die es möglich werde, zunächst einmal die Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Beamten so zu gestalten, daß sie wirklich ausreichend sind. Sie sollten damit durch ein gutes Beispiel der Privatindustrie vorangehen. Wir sind nun allerdings nicht der Meinung — ich möchte das hier auch ohne weiteres aussprechen — daß die Regierung so viel Einfluß hat, daß sie auf die Privatindustrie einwirken und dort dafür eintreten kann, daß die Privatindustrie ebenfalls ausreichende Löhne, ausreichende Gehälter bezahlt. Wir wollen auch gar nicht verhehlen, den Arbeitern zu sagen, die erste Instanz, die für sie eintreten muß, muß immer ihre Organisation, muß die Gewerkschaft sein (Zuruf: Sehr richtig!). Die Arbeiter sollen nicht vergessen, daß die Gewerkschaften für sie eine Notwendigkeit sind. Sie sollen sich diesen anschließen und die Erhöhung der Löhne und Gehälter durch diese Stellen versuchen. Darüber hinaus sind wir aber der Meinung, daß in einem Volksstaat, in dem die Regierung auch für andere Notleidende, sei es die Landwirtschaft, sei es das Handwerk sorgt, auch sich der Notlage der Arbeiter und Beamten anzunehmen hat, daß sie ebenfalls alles versuchen muß, um diese Notlage zu heben. Wir nehmen an, daß der Landtag da auch mit uns einer Meinung ist, wie wir das auch seinerzeit bei Annahme der Beamtenvorlage zum Ausdruck gebracht haben. (Beifall).

Zur Beantwortung der förmlichen Anfrage erhält das Wort

Minister des Innern Kemmle:

Der Regierung ist bekannt, daß die Teuerung seit Mitte des letzten Jahres zugenommen hat. Es ist das aus den amtlichen statistischen Zahlen ersichtlich, von welcher ich nur für

drei Städte des Landes und für drei Stichtage Folgendes vorbringen möchte:

Im 19. April 1924 war der Teuerungsindez in Mannheim 125,07, am 7. Mai 137,7, am 3. Dezember 141,24.

In Karlsruhe: am 9. April 132,8, am 7. Mai 135,9, am 3. Dezember 142,65.

Eine kleinere Stadt, die Stadt Lahr, zeigte eine Indeziffer von 118,32 am 9. April des letzten Jahres, eine solche von 112,5 am 7. Mai und von 136,02 am 3. Dezember.

Baden ist ein besonders teures Land geworden. Wir sehen, daß in einer Gegenüberstellung die Reichsindeziffer 111 am 9. April, gegen 132 in Karlsruhe, wie ich vorhin bemerkte, 115 am 7. Mai gegen 135,9 in Karlsruhe, 122,2 am 3. Dezember gegenüber 142,65 in Karlsruhe an diesem Stichtag betragen hat.

Die Klagen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten über die Teuerung müssen somit als berechtigt anerkannt werden. Die Ursachen sind in erster Linie zu erblicken in der verhältnismäßig schlechten Ernte des letzten Jahres, insbesondere der schlechten Getreideernte. Wenn im Frühjahr des letzten Jahres die Lebensmittelpreise bei uns im Südwesten Deutschlands billiger gewesen waren, und sie im Herbst stark anstiegen, so spricht als zweiter Grund dafür mit, daß, insoweit die Ruhrbesetzung anhielt, eine Zollgrenze für den Westen von Deutschland nicht bestand und zu erheblichen Schleuderpreisen auf Grund der schlechten Valuta des französischen Frankreichs Lebensmittel von Frankreich nach Deutschland eingeführt worden sind, insbesondere in großen Mengen Mehl. Mit der Aufhebung der Besetzung und der Verstärkung mit den Ententeländern und Deutschland auf Grund der Länderabmachung hat die wilde Einfuhr von Lebensmitteln aufgehört, und muß Südwestdeutschland sich wieder anpassen einmal an die Verkehrsbedingungen innerhalb Deutschlands und vor allen Dingen an die Verkehrsbedingungen internationaler Art, die ja mit Zollsätzen zum Teil sogar mit Kampfszollsätzen — wie wir gestern bei anderer Gelegenheit gehört haben — gepflastert sind.

Infolge dieser beiden Umstände muß die Erkenntnis bei uns wach bleiben, daß wir für längere Zeit noch in dem Bemühen nicht erlahmen dürfen, den weltwirtschaftlichen Ausgleich der Lebensmittelernte zuwege zu bringen. Dieser weltwirtschaftliche Ausgleich oder, mit anderen Worten ausgedrückt, die normalen Verkehrsbedingungen der Länder untereinander, die heute noch sehr stark gestört sind, und angesichts der laufenden Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen besonders ins Stocken geraten sind, diesen mangelnden Verkehrsbedingungen sind vor allen Dingen mit die Ursache der sprunghaften Bewegungen der Lebensmittelpreisziffern. Es ist richtig, die Reichsregierung hat im Frühsommer des letzten Jahres oder im Sommer des letzten Jahres der Öffentlichkeit verkündet, sie wolle ihrerseits bestrebt sein, einen Preisdruck zuwege zu bringen. Wir haben damals schon in diesem hohen Hause Gelegenheit gehabt, unseren lebhaften Zweifel diesem Willen gegenüber kund zu tun, weil wir schon während der Zwangswirtschaft gesehen haben, daß auf die Dauer mit polizeilichen Kontrollvorschriften der Lebensmittelverkehr und die Lebensmittelpreisbildung sich nicht regulieren lassen. Die Reichsregierung hat nun dem Ziel zuzustreben versucht, indem sie die Umsatzsteuer nicht unwesentlich ermäßigte, wenn man berücksichtigt, daß diese Steuer erhoben wird, jeweils beim Wechsel der Ware von einer Hand in die andere. Es konnte eine Auswirkung der Herabsetzung der Umsatzsteuer noch nicht festgestellt werden.

Man darf aber loyaler Weise dabei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß wir uns jetzt im Frühjahr in einer besonders auf Grund der schlechten Ernte des letzten Jahres und auf Grund der teilweise stecken gebliebenen Verhandlungen über die Handelsverträge in einer besonders mißlichen Lage befinden. Deshalb, so haben die Herren der badischen Regierung im letzten Herbst schon gesagt, bleibt beim besten Willen keine andere Möglichkeit, als die Anpassung der Löhne an den Lebenshaltungsindex. Die Vertreter der Industrie haben diese Meinungserklärung im letzten Herbst für nicht richtig erklärt. Wenn dieser Satz aufgestellt wird, so ist richtig, dabei nicht außer acht zu lassen, dafür zu sorgen, daß auch die deutsche Industrie hinsichtlich ihrer Produktionskosten rentabel, konkurrenzfähig und exportfähig bleibt, und es kann insofern keine Rede davon sein, daß man in der Frage der Lohnregulierung einen Weg gehen kann, völlig unbehindert von allen Umständen, die sonst noch in Frage stehen. Mein wir müssen folgendes erkennen. Die Teuerung ist nicht nur in Deutschland, sie ist eine Nachkriegsercheinung in allen Ländern der Erde, auch in den neutralen Ländern. Während es den neutralen Ländern insbesondere und dem sonstigen Ausland möglich gewesen war, daß — nehmen wir ein Beispiel — das hinauffchnellen der Miete auf das 1,6- bis 1,8fache wie in der Schweiz, oder von dem Lebenshaltungsindex auf 2,4, wie es in Holland der Fall ist, ausgeglichen werden konnte mit Erhöhungen der Löhne, konnte die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft diesem Ziele nicht nahe kommen, auf Grund der außerordentlich schwierigen Verhältnisse, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet. Von diesem Gesichtspunkte her gesehen, hat man dann in den Kreisen der Reichsregierung — darin hat der Herr Vorredner recht — im Vorfrommer des letzten Jahres die Meinung vertreten, es sollte bei der Feststellung der Schiedsprüche hinsichtlich der Erhöhung der Löhne kurzer Schritt gehalten werden. Diese Meinung hat sich sehr bald verflüchtigt. Wie Sie wissen, hat die Reichsregierung selbst, hat die Reichseisenbahnverwaltung, die Reichspostverwaltung bereits im Oktober letzten Jahres das Problem der Lohnerhöhung in Behandlung nehmen müssen aus dem einfachen Grunde, weil die Erhöhung der Lebensmittelpreise mittlerweile die Auffassung, von der ich vorhin gesprochen habe, über den Haufen geworfen hat. Es ist aber nicht richtig und der badischen Regierung nicht bekannt, daß an die Schiedsrichter im Reiche schriftliche Anweisungen überhaupt ergangen seien, bei Schiedsgerichtsentscheidungen in der Weise zu verfahren, wie der Herr Vorredner das gesagt hat. Nach unseren Erwägungen ist soviel richtig: bei der Reichskonferenz der Schiedsrichter hat man über die allgemeine Lage und weltwirtschaftliche Dinge gesprochen und dabei den Standpunkt vertreten, es müsse möglich sein, den Lebenshaltungsindex herabzudrücken, was vernünftiger sei, als die Löhne zu erhöhen. Diese Möglichkeit hat sich verflüchtigt, der Standpunkt mußte aufgegeben werden und es kann somit heute nicht mehr gesagt werden, daß diese Auffassung irgend wie noch eine Unterlage hätte, nach der gehandelt würde. Ich bemerke schon, eine andere Möglichkeit als die Anpassung der Einkommensverhältnisse für Beamte und Lohnarbeiter gegenüber der Teuerung können wir nicht finden, weil reichsrechtliche Voraussetzungen für Zwangsmassnahmen nicht mehr bestehen.

Ich komme zum Schlusse, indem ich zu meinen Bemerkungen hinzufüge, die badische Regierung ist wie bisher bereit, diesen Vorgängen auf dem Lebensmittelmarkt ihre Aufmerksamkeit zu schenken und an der Stelle, wo zu arbeiten möglich ist, zur Milderung der Uebelstände das ihrige zu tun. Das

sind aber nur beschränkte Behelfsmittel; es muß den wirtschaftlichen Kreisen der Beamten und Arbeiter überlassen bleiben, nach den in der Gesetzgebung verankerten Rechten und Methoden das ihrige zu tun, um den erforderlichen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen im Familienbudget erreichen und erstreben zu können.

Die Besprechung wird eröffnet:

Das Wort erhalten:

Abg. Heurich (Zentr.):

Der Antrag der Herren Abg. Maier und Genossen gibt Veranlassung, die Debatte der letzten Tage im Hause nicht einseitig ausarten zu lassen. Wir haben in den letzten Tagen die Not der verschiedensten Erwerbsstände besonders der Landwirte hier im Hause eingehend besprochen und es hat sich erneut gezeigt, daß der verlorene Krieg und seine Folgeerscheinungen heute noch außerordentlich schwer auf dem deutschen Volk lasten. Wir dem Arbeiterstande angehörenden Mitglieder dieses Hauses haben bis jetzt in richtiger und würdiger Erkenntnis der Notlage des größten Teils unseres Volkes nicht einseitig die Notlage des Arbeiterstandes in den Vordergrund gerückt. Ich glaube, gerade wir, die dem Arbeiterstande angehören, hätten wiederholt hier im Hause Veranlassung gehabt, auf die Notlage der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der Kriegsinvaliden und der Sozialrentner bei Behandlung der verschiedensten Gegenstände hier einzugehen. Wir haben das, soweit wir in Frage kamen, in aller Kürze und in Würdigung der gesamten Lage getan. Von diesem Grundsatz möchte ich auch heute nicht allzusehr abweichen.

Für mich war es hocherfreulich, daß der Herr Minister soeben in seinen Ausführungen anerkannte und vom Regierungstisch aus erklärt hat, daß die Notlage des Arbeiterstandes in der Hauptsache nur gebessert und ausgeglichen werden kann, wenn die Löhne und die Gehälter den Lebensmittelpreisen angepaßt werden.

Ich habe vor einigen Wochen noch einen anderen Standpunkt vertreten, ich bin aber zu der Überzeugung gekommen, daß es eine vergebliche Liebesmühe ist, wenn man nun einen Kampf um die Verbilligung der Preise führen will, dies nicht mit Mitteln geschehen kann, die in der volkswirtschaftlichen Entwicklung der verschiedensten Großstaaten Europas nicht die nötige Resonanz finden. Die Weltteuerung ist heute vorhanden, die allgemeine Geldnot ist in vielen Staaten vorhanden, und wir haben damit zu rechnen und uns abzufinden, daß nicht ein Land aus der Reihe tanzen kann. Die Weltteuerungstabelle sagt uns hier alles, was wir zur richtigen Verteilung brauchen. Die Teuerung ist nämlich fast in allen Ländern gleichmäßig. Sie schwankt von einem Land zum anderen nur um ganz wenige Prozente Unterschied. Unser Gliedstaat Baden ist mit der teuerste im Reiche. Wir bewegen uns in der Mitte im Vergleich mit anderen Ländern. Ein Zeichen dafür, daß wir in Deutschland — das doch unter den verschiedensten, aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Erschwerungen zu leiden hat — einen erfolgreichen Kampf um eine Verbilligung der Lebenshaltung nicht gut führen können, weil eben vom Weltmarkt her stärkere und wichtigere Einflüsse auf uns einströmen und einströmen und den Erfolg dieses unseres Kampfes zunichte machen.

Das Lohnproblem der Gegenwart stellt wohl eine der wichtigsten Aufgaben dar, die dem deutschen Unternehmertum, im allgemeinen dem deutschen Staat, der deutschen Industrie wie der gesamten deutschen Öffentlichkeit gestellt ist.

Von Seiten der Arbeiterschaft wird — wie das ja auch der Herr Minister anerkannt hat — mit Recht versucht, die Löhne in ein richtiges Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung zu bringen, den Reallohn dem Lebensstandard anzupassen oder durch Erhöhung des Reallohnes diesen Lebensstandard zu heben. Für mich war es erfreulich, daß der Herr Minister erklärt hat, dieses Bestreben der Arbeiter sei als berechtigt anzuerkennen und daß die Regierung die Lösung dieser Frage vorwiegend in der Hebung des Lohnes erblickt.

Aber auch schon der Herr Minister hat angedeutet, daß die Unternehmer anderer Ansicht sind. Das ist zu bedauern; ich glaube, bei richtiger Würdigung der Gesamtlage müßten auch die Unternehmer zur gleichen Ansicht kommen, wie sie soeben wiedergegeben worden ist. Wenn die Unternehmer willens sind, den Überschuß der Produktion und dasjenige, was uns seit dem Weltkrieg noch verblieben ist, gerecht auf alle Schichten des Volkes zu verteilen und wenn ihnen dieser soziale Grundsatz eigen wäre, wie er hier in Betracht kommt, dann müßten sie in Würdigung der Verhältnisse genau denselben Standpunkt vertreten, den heute der Herr Minister eingenommen hat. Leider Gottes tun sie es nicht; immer wieder sprechen sie von der „Unmöglichkeit“, die Löhne zu heben und sie den Lebenskosten anzupassen.

Sie begründen diese „Unmöglichkeit“ und ihre ablehnende Haltung damit, daß durch eine solche Anpassung „die Industrie zugrunde gehen würde.“ Ich will nun gar nicht bestreiten, daß es für die in Deutschland tätigen Unternehmer schwieriger ist als für diejenigen des Auslands, die Löhne den Kosten der Lebenshaltung anzupassen. Denn infolge der ganzen Kriegswirtschaft steht ja die deutsche Industrie heute nicht mehr auf der alten Höhe der Leistungsfähigkeit; in den Unternehmungen Deutschlands sind alle die Erneuerungen, wie sie innerhalb der letzten zehn Jahre notwendig gewesen wären und wie die Betriebe anderer Länder sie auch vorgenommen haben, eben nicht vorgenommen worden; in Deutschland hat die Technik hinsichtlich der Betriebserneuerung nicht den gleichen Fortschritt aufzuweisen wie in anderen Ländern. Hierin liegt ja auch mit ein Grund, daß jetzt in den Betrieben unserer Industrien all diese Reformarbeit nachgeholt werden muß, und ich bestreite nicht, daß diese Tatsache die Lösung des Lohnproblems und die Hebung des Reallohns erschwert. Aber heutzutage ist die für die Lebenshaltung der großen Volksmassen bestehende Steuerart, daß die Unternehmer unbedingt alles versuchen müßten, dem außer vom Herrn Minister und dem Begründer der Interpellation auch von mir ausgesprochenen Gedanken dieses „Nachziehens des Lohns“ stattzugeben und nachzukommen. Inwieweit die Arbeiterschaft an der Verarmung unseres Volkes teilgenommen hat, das geht ja aus dem Zahlenmaterial hervor, das der in dieser Beziehung verantwortliche Minister des Reiches uns wiederholt geliefert hat. Ich will vom Jahre 1913 ausgehen: Wenn innerhalb Deutschlands im Jahre 1913 der Durchschnittswochenlohn 35,7 Mark betragen hat — und wenn er sich Ende des Jahres 1923 (soweit mit Rücksicht auf die Inflation überhaupt noch eine Berechnungsmöglichkeit gegeben war) nur noch auf 19,23 Mark beziffert, so ist das als ein geradezu furchtbarer Ausfall in der Lebenshaltung anzuerkennen. Wenn wir nun das Jahr 1924 ins Auge fassen und feststellen müssen, daß der in diesem Zeitraum bezahlte Reallohn, im Durchschnitt genommen, teilweise noch lange nicht die Höhe des Lohnes von 1913 erreicht hat und wenn man obendrein die Überteuerung in Betracht zieht, dann muß man sagen, daß in Deutschland der Reallohn in erschreckender Weise gesunken ist. Denn was die soeben erwähnte Steuerart anbelangt, so

ist sie nach meinem Dafürhalten höher als 30 Proz.; ich wage sogar zu behaupten, daß heutzutage eine Überteuerung der Lebenshaltung gegen 1913 von mindestens 45 bis 50 Proz. anzunehmen ist (Sehr richtig).

Zur Wiedererlangung unserer Weltstellung brauchen wir Qualitätsarbeit; es ist intensive Arbeit auf all denjenigen Gebieten notwendig, die für den Absatz unseres Marktes in Betracht kommen. Unter den eben dargelegten Verhältnissen aber ist es unmöglich, daß wir die intensive Arbeitskraft einsetzen können, wie sie zur Zurückerlangung unserer Stellung auf dem Weltmarkte unbedingt erforderlich ist. Auch die Industrie muß erkennen, daß für sie selbst nicht etwa die Niederkhaltung des Lohnes, sondern daß im Gegenteil eben die Anpassung des Lohnes an die gegenwärtig bestehende Lebenslage das Notwendigste und Nächste ist. Was nützt es uns denn, wenn wir den Lohn zwar niedrig halten, innerhalb der Arbeiterschaft aber eine tiefgehende Verbitterung erzeugen? Es ist ja falsch und nicht von Vorteil, wenn wir die richtige Arbeitslust ertöten. Dahin aber muß es kommen, wenn die Massen der Millionen, die jeden Morgen sich in die Fabriken hineinwälzen, nicht mit Erbitterung an ihre Arbeit herantreten. Verbitterte Arbeitskräfte werden nicht dasjenige leisten, was nötig ist und was Deutschland braucht, um in der Welt wieder zur Geltung zu kommen. „Hebung der Arbeitsfreude“: das sollte das Ziel aller vernünftigen deutschen Unternehmer und Volkswirte sein, und sie sollten es sich angelegen sein lassen, alle diejenigen Mittel anzuwenden, die zur Hebung der Arbeitsfreude notwendig und dienlich sind. Einmal anständige Behandlung, dann aber entsprechende Einrichtung des ganzen Betriebssystems, wie sie unter diesem Gesichtspunkt notwendig ist. Denken wir doch nur an die viele Zeit, die man vergeudet, um den Achtstudenten zu bekämpfen, die man aufwendet, um nachzuweisen, daß man, um in der Welt zu bestehen und weiterzukommen, unbedingt den Zehn- und 11-Studenten haben müsse. Hätte man diese schöne Zeit in den Dienst der Aufgabe gestellt, die Arbeits- und Produktionsfreudigkeit unserer Arbeiterschaft zu heben, dann wäre dasjenige, was wir an Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege usw. vermissen, schon längst wieder ausgeglichen! Mit Löhnen von der Höhe, wie ich sie Ihnen genannt habe, ist es für den Arbeiter auf die Dauer ausgeschlossen, daß er seine Familie, seine Frau und Kinder ernähren kann. Die Industrie mag noch so viel und noch so beweglich von „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ reden: Wir glauben es ihr nur zum Teil (Zustimmungsäußerungen beim Zentrum und aus der sozialdemokratischen Fraktion, Aufzehrungen des Widerspruchs rechts) — nur zum Teil! Wir wissen auch ganz gut, warum wir ihre Versicherungen und Behauptungen nur zum Teil glauben. Weil die Vertreter der Industrie eben ganz andere Ziele verfolgen und weil nicht alles mit ihren Reden in Übereinstimmung steht. Man braucht ja nur eine einzige Tatsache ins Auge zu fassen. Wir wissen alle, daß in den Fabriken tausende von Menschen entlassen worden sind. Man braucht ja nur einmal nachzusehen, ob eine im Verhältnis dazu stehende oder in gleichem Maße vorgenommene Entlassung von Direktoren und Betriebsleitern der Industrie zu verzeichnen ist. Die Antwort muß lauten: Nein — mehr Kräfte dieser letztgenannten Art sind heute vorhanden! Diese industriellen Betriebe haben heute durchweg mehr Direktoren als sie früher hatten. Das ist doch ein Zeichen dafür, daß es nicht in allen Beziehungen sich so verhält, wie man es uns dargestellt hat. Ich habe die Überzeugung: Sobald Gewerbe und Industrie die in dieser Hinsicht bestehenden Notwendigkeiten einsehen und sobald die Vertreter der Industrie einmal mit festem Willen all die Mittel, die sie

noch zur Verfügung haben, in den Dienst einer Vermehrung der Produktion und der Produktionsfreudigkeit stellen — sobald sie sich bemühen, die Arbeiterschaft nicht zu verbittern, sondern sie jeweils für ihren Betrieb zu interessieren —, dann wird auch die Weiterführung des Lohnproblems möglich sein, wenn sie auch nur schrittweise ihrer Lösung näher gebracht werden kann. Aber gerade den eben von mir verlangten festen Willen, mit für eine Abhilfe der Bedrängnis zu sorgen, vermessen wir in zahlreichen Einzelfällen. Wir vermessen auch den guten Willen, in dem Arbeiter den Menschen und nicht etwa nur eine Nummer sehen zu wollen — ich sage: „den Menschen!“ In den großen Konferenzen der Arbeitgeberkonferenzen unterhält man sich doch über alle möglichen Dinge. Wenn man dort in den Konferenzen nur endlich einmal auch den sozialen Gedanken mitsprechen ließe, dann wäre viel gewonnen.

Es gibt nicht nur ein Hier und ein Heute im wirtschaftlichen Leben, sondern auch ein Morgen und ein Übermorgen. Wir dürfen uns nicht nur für das Heute interessieren und einstellen. Die Arbeiter sind mehr wie wirtschaftliche Energien, und wenn man sich nur in der eben bezeichneten Weise einstellt, ist es falsch, dann wird der Staat nie aus den Unruhen herauskommen. Etwas soziales Öl wieder in die Röhren der sozialen Reaktion hineinzugießen und in den Massen Glieder des Volkes, Glieder der Volksgemeinschaft zu sehen, halte ich für viel wichtiger, als nur einseitige Interessen zu verfolgen.

Das hartherzige Rechnen nur mit materiellen Dingen wird sich bitter rächen. Man muß auch für den Gedanken, den wir in unserer Partei seit Jahrzehnten vertreten haben, den sozialen Gedanken, für den sich die Größten unserer Partei eingesetzt haben, sich noch etwas interessieren. Und wir müssen in der heutigen Zeit der Einseitigkeit immer wieder die großen sozialen Gedanken eines Bischofs v. Ketteler in die Öffentlichkeit hineinrufen. Im Geiste Kettelers muß gearbeitet werden; mit diesem Geiste müssen sich auch die Unternehmer vertraut machen. Die in der Produktion stehenden Arbeiter sind Menschen wie wir alle; sie haben ein Anrecht auf menschenwürdiges Leben. Sie sollen nicht nur Arbeitstiere sein, sondern sie sollen wie die Geschöpfe Gottes ihr Dasein fristen; das können sie verlangen, dazu haben sie ein Recht.

Deshalb muß man, wenn man das wünscht, auch die Lohnfrage entsprechend den Verhältnissen gestalten. Wir verkennen durchaus nicht, und es wäre ganz falsch, heute hier zu fordern oder von den Unternehmern zu verlangen: Ihr habt jetzt die Löhne den Lebenshaltungskosten sofort anzupassen! Das ist nicht möglich, und das wird im letzten Moment auch die Arbeiter selbst schädigen. Wir müssen konkurrenzfähig werden und bleiben. Wir, die wir an der Spitze der Organisationen stehen, die im Dienste der Arbeiter stehen, sind so vernünftig und fordern nur ein schrittweises Anpassen der Löhne an die Lebenshaltungskosten. Wir wissen, daß das nicht denkbar ist von heute auf morgen. Aber den guten Willen, mit uns zu beraten, inwieweit das möglich ist, vermessen wir, besonders bei der Industrie. Wir wollen den Arbeitsgemeinschaftsgedanken wieder wachgerufen haben. Wir wollen mit den Unternehmern am grünen Tisch beraten, inwieweit die Löhne erhöht werden können, und durch unsere sachliche Mitarbeit die Mittel dann herausfinden, mit dem die Lohngestaltung vorgenommen und durchgeführt werden kann.

Gestatten Sie mir ein Wort zu den Gehältern der Beamten gegenüber den Löhnen der Beamten und Arbeiter. Es soll nicht geschehen, um den Beamten irgendwie zu nahe zu treten. Das liegt mir fern. Ich bin der Meinung — und ich

habe das wiederholt zum Ausdruck gebracht —, daß die untersten Gehaltsgruppen der Beamten in ihrer Höhe ebenfalls noch zu wünschen übrig lassen. Aber ziehen Sie bitte einmal einen Vergleich; und ich lege die Frage vor: Ist es auf die Dauer erträglich, daß der qualifizierte Handwerker, der seine Lehrzeit durchgemacht hat, der 10, 15 Jahre seiner Lehrzeit durch praktische Arbeit ergänzt hat, der heute all die Feinheiten unserer Arbeitsmethoden kennt, der nicht nur seine physische Arbeitskraft, sondern auch sein geistiges Können in den Dienst der Produktion stellt. Auch der Arbeiter verrichtet geistige Arbeit. Es gibt nicht nur eine einseitige geistige Arbeit bei den studierten Schichten (Zurufe: Sehr richtig!); es gibt auch eine geistige Arbeit in dem Proletariat, bei dem Arbeiterstand (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), an der Schraube, an dem Schraubstock, an der Hobelbank, an der Textilmaschine. Dort gibt es sehr viel geistige Arbeit (Sehr richtig! beim Zentrum). Es wäre unmöglich, nur die physische Kraft heute bei den ausgedehnten und komplizierten Maschinen arbeiten zu sehen. Der Arbeiter muß seine geistige und körperliche Kraft in den Dienst der Gesamtheit stellen. Und deshalb sage ich, man darf nicht überspannen in der einseitigen Einschätzung der geistigen Kraft der sogenannten Studierten, wie im Volksmunde gesagt wird. Nehmen Sie heute einmal die Gehaltsgruppe I: Ein Schrankenwärter mit 2 Kindern hat heute einen Monatsgehalt von 175,25 Mark. Nehmen Sie die Gehaltsgruppe II: Ein Postbote hat 178,75 Mark. Nehmen Sie einen Schaffner: 193,25 Mark. Nehmen Sie einen Assistenten: 241,75 Mark. Nehmen Sie in der Gehaltsgruppe VI einen Sekretär: 281,75 Mark. Früher war es so, daß der qualifizierte Arbeiter mit der Gehaltsgruppe IV und V verglichen werden konnte. Heute kann der qualifizierte gelernte Arbeiter nicht mehr mit der Gehaltsgruppe II verglichen werden, nicht einmal mehr mit I (Abg. Rückert: Sehr richtig!).

Ich frage: Hat hier der Staat das getan, was im Interesse der gesamten Volkswirtschaft seine unbedingte Pflicht gewesen wäre, alles zu tun, um die Löhne der Arbeiter im Verhältnis zu den Löhnen der unteren Beamten so zu gestalten, wie das früher gewesen ist? Der Staat kann nicht eingreifen und kann die Löhne der Industrie regulieren. Aber er hätte Ermahnungen geben können und vielleicht auch bei der Gestaltung der Gehaltsgruppen manches anders gestalten müssen. Dort vermessen wir auch das große soziale Moment; dort vermessen wir den Spruch, der Wahrheit bleiben sollte, wenn die Decke eines Volkes zum Zudecken nicht reicht, daß alle von der Blöße zu tragen haben. Wir vermessen, daß in Deutschland viele Schichten heute von der Blöße etwas tragen. Und diese Schichten beklagen sich noch! Und trotzdem es vielen besser geht wie dem Arbeiter, stürmen heute viele Kreise auf den Staat ein. Der Staat wird täglich gequält, um die Gehälter noch höher zu gestalten. Das ist falsch. Das wird weiter Erbitterung in der Arbeiterschaft auslösen. Wir müssen auch an die großen Massen des Volkes denken; sie bringen die Volkswirtschaft ins Leben; sie erzeugen die Produkte durch ihrer Hände Arbeit. Ohne Arbeit, so ist geistern gesagt worden, keine Volkswirtschaft! Jawohl, so ist es. Deshalb Wertschätzung der Arbeit, die nötig ist zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Wir müssen das mit aller Deutlichkeit aussprechen, ohne irgend welchem Stande entgegen zu treten, ohne irgend welchem Stande zu nahe zu treten. Es ist unhaltbar, wenn heute die Lebenshaltungskosten gegenüber 1913, wo die Handelspreise im Durchschnitt mit 50 Proz. zu veranschlagen waren, heute auf 85 bis 90 gestiegen sind. Der Handel kann sich

scheinbar in der Stabilität unserer Währung noch nicht zurecht finden (Zurufe: Sehr richtig!); und er handelt immer noch nach den Grundsätzen der Inflation, die nicht die nötige Verantwortung an den Tag legen. Die Grundsätze einer vernünftigen Wirtschaft scheinen in die Köpfe des Handels noch nicht hineingekommen zu sein. Statt nach großem Umsatz und kleinem Nutzen geht heute das Streben nach kleinem Umsatz und großem Nutzen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, ein falscher Grundsatz.

Es ist doch selbstverständlich, wenn ein Teil unseres Volkes mehr zum Leben hat, als er zu beanspruchen hat, daß dann auf der anderen Seite ein Fehlbetrag erscheint. Und dieser Fehlbetrag ist heute festzustellen bei unseren Arbeitermassen und zwar allgemein mit wenig Ausnahmen. Deshalb eine gerechtere Verteilung dessen, was uns noch verblieben ist, und eine sozialere Behandlung der Volkswirtschaft, Fragen nach ethischen, sittlichen und christlichen Gesichtspunkten. Während nun die Arbeitnehmer darben — ich habe es schon nachgewiesen —, sagt die Industrie, sie könnte nicht mehr konkurrieren, wenn die Löhne steigen, sind aber die Direktoren der kaufmännischen und industriellen Unternehmungen heute höher bezahlt wie die höchsten Beamten des Staates (Hört! hört! beim Zentrum). Wir haben Direktoren, die zweimal soviel Gehalt haben als der erste Beamte des Reichs. Wir haben auch in Baden Duzende, ja ich möchte sagen, Hunderte von Beamten der Industrie, Direktoren, die mehr Gehalt haben wie unsere Minister, die an der Spitze des Staates stehen (Lebhafte Zurufe: Hört! hört). Ist das ein Ausdruck der Armut? (Abg. Frau Rigel: Nein!). Ist das der Ausdruck der Volksgemeinschaft? Ist das der Ausdruck der gegenseitigen Berücksichtigung der Interessen? Nein! Und deshalb sage ich: Wir glauben nicht alles nach dieser Richtung. Wir sehen das Elend; wir verspüren es in den Massen. Und deshalb verlangen wir und gerade wir von unserer Partei mit allem Nachdruck den sozialen Ausgleich unter den Ständen des Volkes. Das Wort *sum cuique!* soll die Richtlinien angeben, wie in Zukunft die Verhältnisse geregelt werden sollen, das heißt: Jedem das Seine! (Beifall).

Wir fordern deshalb im Verfolg auch dieser Schäden, die sich heute beim Arbeiterstand bemerkbar machen, von der Regierung, daß sie bei der Reichsregierung dahin wirke, daß die Erwerbslosenunterstützung alsbald in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt werde. Wir fordern weiter die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung und wir fordern ferner die Befreiung der Kurzarbeit vom Arbeitslosenbeitrag. Diese Forderungen durchzuführen, scheint uns in der nächsten Zeit möglich zu sein. Weitergehende Forderungen zu stellen, hat heute keinen Sinn, wir wollen uns ja schließlich nicht gegenseitig antreiben im Forderungstellen. Es ist gestern schon vom Staat so viel gefordert worden, daß man wirklich die Herren, die an der Spitze der Regierung sitzen, nicht zu beneiden braucht: Anträge auf Anträge, immer wieder Mehrausgaben — und wenn es zum Bewilligen geht, dann streiten sich alle, der eine sagt: der andere soll bezahlen! Das ist auch kein würdiges Verhältnis in einer Nation wie die deutsche, die heute unter dem Druck des Auslandes schmachtet. Kein würdiges Verhältnis, daß keiner von der Blöße, die unser Vaterland heute bietet, tragen will! Nein, Einkehr in allen Ständen, auch Einkehr bei der Landwirtschaft, einmal nicht mehr zu fordern, als Staat und Gesellschaft geben kann. Wir Arbeiter halten uns auf dieser Linie, wir fordern nur unser soziales Recht und Würdigung unseres Menschentums (Beifall beim Zentrum).

Abg. Mager (D. Natl.):

Die Anfrage rührt zweifellos an das schwierigste Problem, um das wir uns in der nächsten Zeit bemühen müssen. Denn von der Lösung dieses Problems wird es abhängen, ob wir volkswirtschaftlich überhaupt bestehen, ob wir leistungsfähig bleiben können. Diese Frage aber muß für uns positiv gelöst werden. Denn, wie kann man all die Gesetze, die heute durch den Einfluß des Dawes-Abkommens über uns kommen — wie soll man die Leistungen aus diesen Gesetzen, die Folgewirkungen erfüllen, wenn wir nicht an sich leistungsfähig gemacht werden?!

Nun ist aber hier bei dieser Frage, bei der Frage der Löhne und der Lebenshaltung, eine außerordentlich große Schwierigkeit darin zu erblicken, daß eine gewissermaßen internationale Verflechtung der Dinge vorliegt. Es ist vorhin von verschiedenen Seiten schon, auch vom Herrn Minister, darauf aufmerksam gemacht worden, daß ja die Teuerung, die wir hier in Deutschland beklagen, auch in anderen Ländern, auch in neutralen Ländern, die nicht zu den kriegsführenden gehörten, vorhanden ist. Daraus erkennen Sie die internationale Verflechtung in dieser Frage. Die Lösung der Frage ist in Deutschland selbst so außerordentlich schwierig, weil wir an diese Aufgabe nicht losgelöst von den großen internationalen Aufgaben herangehen können.

Es steht nun einmal fest — darüber sind wir uns alle klar —, daß heute die Lebenshaltung aller Schichten unseres Volkes, nicht nur der Arbeiter — mit Ausnahme ganz weniger, die sich auf irgend eine Weise größeres Vermögen haben erwerben können, das ist aber nicht ausschlaggebend — daß die Lebenshaltung der großen Massen unseres Volkes heute bedeutend unter derjenigen liegt, die wir früher eingenommen haben. Das ist unbestritten.

Bestritten wird schon das zweite: daß es in Zukunft notwendig sein wird, mit Willen und Wissen unter der früheren Lebenshaltung zu bleiben. Es wird uns gar nichts anderes übrig bleiben, als uns daran zu gewöhnen, uns unter der Lebenshaltung von früher zu bewegen. Wir werden an diese in den nächsten Jahren nicht herankommen können; das ist gänzlich ausgeschlossen (Zuruf des Abg. Gäßler). Es wird sich bei uns nur darum handeln, den Lebensstandard, also die Grenze, die da gebildet werden soll, so hoch hinaufzusetzen, daß die Sache für uns alle erträglich wird. Klagen werden nicht ausbleiben; wir werden immer wieder Klagen müssen, daß es zu wenig sei. Wir müssen uns aber damit abfinden, daß es wenig sein wird.

Nun sind von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von dem Herrn Minister, eine ganze Menge Gründe, die z. T. auch statistisch belegt worden sind, angeführt worden, warum nun einmal heute die Dinge so schlecht liegen. Es sind die Frachten, die Steuern, die sozialen Lasten, die Auswirkungen aus dem Dawes-Gutachten, die Industriebelastung, die Landwirtschaftsbelastung; alle diese Dinge haben eine ungeheure Bedeutung für diese Frage. Weil man die Folgewirkungen aus all dem nicht richtig abschätzen kann, ist es auch so schwierig, den Anfang zu finden, wo man abbauen könnte.

Es ist in der Praxis tatsächlich so, daß man, der Industrie hauptsächlich, suchen muß, überall da sich seinen Vorteil zu wahren, um die Rentabilität des Betriebes zu erhalten, wo er es nur irgend kann. Wenn durch die Steuergesetze des Staates, durch die Frachttarife der Eisenbahn und durch die Einwirkungen des Dawes-Gutachtens seine Gesehungskosten ungeheuer hoch getrieben werden, so wird er nach Auswegen suchen, um diese Gesehungskosten heruntersetzen zu können. Es ist klar, daß man da auch darauf kommt, die Gehälter und

Löhne herunterzugehen zu suchen (Zuruf des Abg. Gäßler). Ist es denn etwa nicht die Auswirkung dieser Tatsachen, daß man versucht, billigere Arbeitskräfte zu bekommen? — Ich komme auf diese Frage nachher noch zurück. — Das sind alles Auswirkungen der Notwehr, in der sich derjenige befindet, der für das, was er zu verwalten hat, einstehen muß; er muß suchen, sich so gut wie möglich aus der Sache herauszuziehen (Zuruf des Abg. Gäßler). Diese Einstellung dürfen Sie nicht als eine feindliche Einstellung gegenüber der Arbeiterschaft betrachten, sondern Sie dürfen sich der anderen Seite den Tatsachen nicht verschließen und müssen erkennen, daß derjenige, der hier nun auch bezüglich der Löhne, der Gehälter und in sonstiger Richtung drückend zu wirken sucht, das nicht tut, weil es ihm Vergnügen macht, sondern weil ihm nichts anderes übrig bleibt (Zuruf des Abg. Gäßler), weil er muß. Darum handelt es sich.

Wir wollen heute diese schwierige Frage, die zur Zeit der Inflation hier öfter erörtert worden ist, nicht wieder aufleben lassen, indem wir die Wechselwirkung betrachten und festzustellen suchen, was das Primäre an dieser Wechselwirkung ist und was das Sekundäre ist, nämlich ob die Lebensmittelpreise das Treibende sind oder ob es die Gehälter und Löhne sind. Heute, wo wir uns gewissermaßen in einer Bewegung befinden, die die umgekehrte Richtung annehmen möchte als seinerzeit, wo alles nach der Höhe strebte — wenn auch nur zahlenmäßig — heute sucht man überall, von Staats- und Reichswegen, bei der Industrie usw., eine Preisentung herbeizuführen.

Staat und Reich haben ja alles mögliche versprochen und auch versucht. Ich erinnere nur an das, was man unter der „Restriktionspolitik der Reichsbank“ versteht, unter der Kreditbeschränkung, die im vorigen Jahre die Reichsbank durchgeführt hat. Ich habe persönlich eine Reihe von Beispielen erlebt, und wenn wir heute Skandale wie den Darmats, den Kautischer-Standal usw. erleben, so stehen diese Dinge in Wechselwirkung. Damals hat die Reichsbank durch die Restriktionspolitik, durch die Beschränkung der Kredite, darauf hinarbeiten wollen, daß diejenigen, die sich Waren, Material usw. angesammelt hatten, gezwungen werden, dieses Material, diese Waren wieder auf den Markt zu werfen, um dadurch den Preis herabzubringen. Das war der Sinn der Restriktionspolitik. Ob man den Zweck erreicht hat, darüber wollen wir uns heute nicht streiten. An der Tatsache, daß heute wieder eine Steigerung, eine Welle nach oben eingeseht hat, sehen Sie, daß diese Restriktionspolitik das Endziel, das sie erreichen wollte, jedenfalls nicht erreicht hat.

Ob die umgekehrte Bewegung, die nun merkwürdigerweise von allen Seiten gefordert wird, nämlich eine starke Erweiterung und Hergabe der Kredite, das Richtige sein wird? Ich will dazu, soweit ich überhaupt imstande bin, das objektiv zu beurteilen und nicht aus meinem Standpunkt als Industrieller heraus, nur sagen: ich glaube persönlich nicht daran, daß eine bedeutende Erweiterung in der Kredithergabe die versprochene Wirkung haben wird.

Viel wertvoller als die Hergabe stärkerer Kredite wäre es, wenn die Kredite recht billig, so billig wie möglich, hergegeben würden. Dann würde wenigstens eine Seite der Teuerungursachen verschwinden, nämlich die außerordentlich hohen Zinsen, die wir als Industrielle heute immer noch an die Banken und Geldgeber im allgemeinen zahlen müssen. Die Teuerung des Geldes, das wir hereinbekommen, die hohen Steuern, die kolossalen Frachten usw., die bezahlt werden müssen, stellen uns vor ein Rätsel.

Wenn den Unternehmern die Forderung entgegengesetzt wird, mit ihren Preisen herunterzugehen — wie sollen sie das machen? Das ist ausgeschlossen! Wir müssen einmal billigeres Geld bekommen, wir müssen billigere Frachten bekommen, die Steuern müssen heruntergehen. Es ist ja jetzt allgemein anerkannt, daß hier etwas geschehen muß und im Zusammenhange damit müssen wir auch — das wollen wir offen hier aussprechen — die Löhne vorläufig, wenn es irgend wie geht, auf dem Niveau zu erhalten suchen, wo sie sind (Zuruf von den Sozialdemokraten). Nein, wenn Sie einseitig die Sache nur vom Lohnstandpunkt und vom Standpunkt des Lohnnehmers aus betrachten, dann kommen Sie zu keinem richtigen Ziel. Es handelt sich, wie ich vorhin schon gesagt habe — und den Grundgedanken wollen Sie ja nicht erkennen (zur kommunistischen Seite gemendet) ich weiß nicht ob Sie zu beschränkt dazu sind oder nicht (Zuruf der Abg. Frau Unger) — der Grundgedanke ist der, daß der Standard der Lebenshaltung so gestaltet werden soll, daß der Betreffende existieren kann. Das ist notwendig (weitere Zwischenrufe). Aber es kann nicht verlangt werden, daß der Standard der Lebenshaltung so in die Höhe gehoben wird, wie er früher war. Das werden Sie nicht erreichen (Zwischenruf des Abg. Gäßler). Wir haben ihn auch nicht, keiner von uns hat ihn, auch der Arbeitgeber nicht (Zwischenruf des Abg. Gäßler). Das ist gänzlich ausgeschlossen. Ich habe vorhin schon gesagt, wenn wir diesen Standpunkt vertreten, so ist das durchaus nicht der Ausdruck irgendwelcher Feindschaft gegen die Lohnempfänger, das ist durchaus nicht der Fall. Die Industriellen wissen ja zu gut, vielleicht noch besser als Sie selbst, daß sie an dem Arbeiter, den sie gut bezahlen, einen viel besseren, leistungsfähigeren Menschen haben, als wenn sie ihn schlecht bezahlen. Aber in der heutigen Lage können Sie nicht die Dinge einseitig nur vom Lohnnehmerstandpunkt aus betrachten, sondern Sie müssen alle diese anderen Dinge mitberücksichtigen, die ich eben aufgeführt habe. In diesem Zusammenhange ein kurzes Wort zu dem, was der Herr Abg. Horter vorhin über die ausländischen Arbeiter gesagt hat. Ich bin auch der Ansicht, daß man ausländische Arbeiter, wenn es irgend geht, zu vermeiden sucht, nicht hereinlassen soll. Wir müssen vor allen Dingen einmal für unsere eigenen Arbeiter sorgen, daß die zu tun haben, daß sie Verdienst haben. Aber sehen Sie, die Sache liegt parallel ganz ähnlich beim Zoll, bei der Landwirtschaft, bei der Industrie usw. Diese verlangen Zölle, gegen das Hereinkommen von Waren, die uns im Preis unterbieten, die uns konkurrenzunfähig machen und ähnliches. Sie sagen mit Recht, ich will diese Konkurrenz, diese ausländischen Arbeiter nicht haben (Zuruf des Abg. Horter). Bitte, jeder Vergleich hinkt. Selbstverständlich ganz genau ist das nicht zu nehmen, aber die Dinge liegen so ähnlich, und ich gebe Ihnen recht, wie ich den Landwirten recht gebe, daß sie Zollschutz suchen und den Industriellen, daß sie sich gegen diese Dinge zur Wehr setzen, daß sie suchen, das zu vermeiden. Aber Sie müssen auch Gerechtigkeit gegenüber dem anderen Standpunkt erkennen lassen, der darauf sucht, ähnlich wie Sie, den Hereinfluß fremder Arbeiter, den Hereinfluß fremder Waren zu vermeiden. Das sind Dinge, die ganz parallel verlaufen, und es wäre falsch, einseitig den Standpunkt einzunehmen: hier kann es wohl getan werden, aber in der anderen Richtung darf es nicht berücksichtigt werden.

Es ist vorhin auch schon auf den Widerspruch in der Höhe der Bemessung der Gehälter und Löhne verwiesen worden. Herr Abg. Heurich hat das getan. Eine der Hauptursachen, daß eine so starke Divergenz auftritt, liegt aber auch in diesem

Grundproblem, das ich angeführt habe. Staat, Reich und Gemeinden, die an ihre Beamten Gehälter bezahlen, haben als Rückhalt für die Auszahlung dieser Gehälter die Steuerquellen, der Industrielle, der Gehälter und Löhne an die Beamten und Arbeiter zu bezahlen hat, hat keine Steuerquellen im Hintergrund, und keine Steuerfchraube, die er anziehen kann. Er hat lediglich seinen Betrieb hinter sich, den er rentabel gestalten muß. Deswegen muß er wesentlich anders rechnen, als der Staat es tun kann. Das sind Dinge, die so einschneidend sind, daß man nicht so ohne weiteres die Dinge gegenüber stellen kann, wie Herr Abg. Heurich es vorhin getan hat. Ich erkenne vollständig an, daß die Divergenz, die hier auftritt, zweifellos so groß ist, daß ich sie auch bedaure, und daß wirklich zu wünschen wäre, diese Divergenz würde ausgeglichen. Aber die Schwierigkeit liegt darin, daß wir heute in unserer Industrie kraft all der Lasten, die auf uns ruhen, nicht mehr leistungsfähig und konkurrenzfähig sind, und nun suchen müssen, mit allen möglichen Mitteln und Wegen unsere Produktion zu verbilligen, darauf kommt es an; denn nicht in der Schaffung höherer Produktion allein liegt die Seligkeit in der Zukunft, sondern darin, daß wir diese Produkte mit entsprechenden billigen Spefen an die Abnehmer heranzubringen können. Wir produzieren heute eine ganze Reihe von Maschinen schon derartig, daß sie bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit und der Menge, die wir davon herstellen können, durchaus wieder auf dem früheren Standpunkt stehen. Aber wir können diese Maschinen nicht verkaufen, das ist die Tatsache, denn wir sind teurer als die Belgier, die Engländer und Amerikaner. Deshalb müssen wir Industrielle suchen, um diese Produktion hinauszubringen, die Preise irgendwie herunterzudrücken. Wenn wir auf dem heutigen Preis bleiben, so hilft uns alle Produktion nichts, wenn uns niemand die Produkte abnimmt. Wo ist das Äquivalent für die Leistung, die ich als Industrieller gehabt habe? Diese beiden Dinge müssen Sie bedenken, und nicht immer nur verlangen, die Produktion zu erhöhen, sondern Sie müssen darauf sehen, und müssen den Industriellen Mittel und Wege frei lassen, ihre Produktion so billig herzustellen, daß sie sie auch im Ausland verkaufen können. Erst dann wird dieser Kreislauf des Geldes, das ja das Blut im Wirtschaftsleben bedeutet, wieder in Ordnung gehen. Vorher ist es nicht möglich.

Deshalb möchte ich zum Schluß an das anknüpfen, was vorhin der Herr Abg. Heurich mit den beiden lateinischen Worten *sum cuique*, gesagt hat. Ich möchte das für uns alle wünschen, aber nicht in der einseitigen Form, wie es hier und da vorgetragen wird, daß der Einzelne wohl das Recht haben soll, aber nicht der Andere. Jedem Einzelnen soll das zukommen, was ihm zusteht, das ist ein guter alter Spruch eines preußischen Königs, und den können wir uns alle zu Herzen nehmen. Wir müssen uns aber dabei hüten — das möchte ich immer und immer wieder betonen, und nur deswegen habe ich mich zum Wort gemeldet — die Dinge nicht immer einseitig zu betrachten, sondern auch zu sehen, wie es auf der anderen Seite steht, und dann nicht ungerecht gegen denjenigen zu sein, der seinerseits ebenfalls sein Interesse zu wahren sucht.

Abg. Weiskmann (Sozdem.):

Es darf keine Ungebuld eintreten, wenn einmal die Frage der Lebenshaltung der Arbeiter ausdrücklich zur Debatte steht und hier in diesem Raume ausführlich besprochen wird. Sie wissen, wir hatten Debatten über die Landwirtschaft, die in ihrer Länge oft der Auffassung Raum gaben, daß man der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit widme, ihr mehr

Bedeutung beimesse, als der Arbeiterschaft (Abg. Klaiber. Wir reklamieren ja nicht). Herr Klaiber, das wissen Sie ganz genau, daß nach jeder zweiten oder dritten Minute im Landtag eine Debatte zwischen Zentrum und Landbund eintritt. Sie dürfen sich also nicht wundern, wenn wir der Bedeutung der Arbeiterschaft entsprechend die sozialen Fragen der Arbeiterschaft hier ansprechen (Zuruf: Ganz richtig). Ich würde mich auch nicht zum Worte gemeldet haben, wenn nicht der Herr Abg. Heurich eine Frage angeschnitten hätte, die wir von der sozialdemokratischen Fraktion, im Ausschuß mehrfach, weniger hier im Plenum, erörtert haben. Es ist die Frage der Einreihung der gelernten Arbeiter in die staatliche Besoldungsordnung. Der Herr Abg. Heurich hat beklagt, daß gelernte Arbeiter, Maschinenisten, Metallarbeiter, Schreiner und andere so schlecht in der Reichsbesoldungsordnung bedacht sind. Vielleicht darf ich auf die Verhandlungen des Haushaltsausschusses hinweisen, wo meine Kollegen, die selbst Handwerker sind, mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit darauf hingewiesen haben, daß es ein Skandal ist — ich wiederhole, daß es ein Skandal ist, — wie man gelernte, qualifizierte Arbeiter in der Reichsbesoldungsordnung behandelt. Ich komme nicht in den Verdacht, einseitig nur die körperliche Arbeit zu vertreten. Ich bin selbst Gesitesarbeiter, und ich weiß, was körperliche und was geistige Arbeit heißt. Ich weiß aber auch, wie ungerecht es ist, daß die gelernten Arbeiter, die 4 Jahre Lehre hinter sich haben, die heute vertraut sein müssen mit der Entwicklung der Technik, mit der ganzen Entwicklung, die auf dem Gebiete vor sich geht, eingruppiert sind, in Gruppe III. u. IV. Im Haushaltsausschuß weiß man genau, daß wir zur Unmöglichkeit beurteilt waren, hier helfend eingzugreifen.

Wir haben hingewiesen auf die Staatsarbeiter im allgemeinen auf die Steindrucker, die Schriftsetzer und Buchdrucker, die in staatlichen Anstalten beschäftigt sind, wir betonten, daß sie im Privatbetrieb zu den höchstgestellten Arbeitern gehören, der Staat gruppiert sie aber in Klasse III und IV ein. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Deswegen sagen wir, die Schuld liegt nicht an der badischen Regierung, nicht an der Reichsregierung, sondern an der famosen Politik des Reichsfinanzministeriums. Ich muß sagen, nachdem die neue Regierung gebildet ist, kann man sich eines noch „Besseren“ versehen. Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Luther ist ja jetzt Reichskanzler, und Herr von Schlieben ist in der neuen Reichsregierung ebenfalls drin. Die Aussichten sind somit herzlich schlecht. Es ist zu bebauern, und es ist anzustreben, daß darin eine Besserung eintritt.

Nun zu der Frage der Arbeiter und Beamten. Glauben Sie nicht, daß ich einseitig eingestellt bin, weil ich selbst Beamter bin. Ich sage, man soll den Grundsatz aufstellen: Die Arbeiter sollen besser bezahlt werden, nicht die Beamten schlechter, die Arbeiter also besser, das ist das, worauf ich hinaus will (Abg. Ziegelmaier-Obl.: Das habe ich nicht behauptet!). Gewiß, das haben Sie nicht behauptet. Das ist aber der Grundsatz, Herr Abg. Ziegelmaier, den man so oft hört, man soll die Arbeiter besser bezahlen, die Beamten braucht man deswegen nicht schlechter bezahlen. Wir haben es erlebt, was im Reichsschiedsgericht vorgekommen ist, daß, wenn die badische Regierung helfen wollte, sie eines auf das Dach bekommen hat. Da heißt es: Das machen wir in Berlin, was wollt ihr in Baden als dem 30. Teil des Reiches! Herr Klaiber, daran sind wir nicht selbst schuld. Die Dinge liegen so, daß das Reich sagt, wir sind die Herrscher, wir haben

die entsprechende Besoldungsordnung festgesetzt und haben unsere Schiedsgerichte und anderes. —

Dann möchte ich einmal etwas Prinzipielles sagen, Herr Abg. Mager, und das ist folgendes: Soviel ich mich erinnere, hat der Herr Abg. Seurich betont, daß die Direktoren der Industrie- und Gewerkschaften in Deutschland bedeutend besser bezahlt werden, als meinetwegen die Minister, selbst die Reichsminister. Das ist eine anerkannte Tatsache, welche wir zugestehen. Auf der einen Seite sind die Arbeiter sehr schlecht bezahlt, auf der anderen Seite zahlt die Industrie ihren geschäftsführenden Leuten und den Direktoren ungeheuer hohe Gehälter. Ich muß zugestehen, daß darin ein großes Mißverhältnis liegt (Zuruf: Sehr richtig!). Die Dinge liegen aber so, daß jeder im Wirtschaftsprozess notwendig ist, der Arbeiter und der Direktor, ohne den einen ist der andere nicht möglich. Wenn Sie die Lebenshaltung der Masse der Arbeiter vergleichen mit der Lebenshaltung eines Direktors, so müssen Sie zugestehen, daß es ein schreiendes Mißverhältnis ist, was wir in Deutschland haben (Zuruf: Sehr richtig!).

Dann möchte ich dem Herrn Abg. Mager sagen, wenn er behauptet hat, in England und Amerika sei es auch nicht anders, so weit ich mir ein Urteil erlauben darf, daß die Verhältnisse doch bedeutend besser sind, als in Deutschland. Der englische Arbeiter lebt durchweg besser als der deutsche, und der amerikanische Arbeiter wird durchweg besser bezahlt als der deutsche. Das sind Selbstverständlichkeiten, die sich volkswirtschaftlich nachweisen lassen, und ich glaube, was man in Amerika kann, könnte man in Deutschland auch, wenn man nur wollte.

Ich darf in dem Zusammenhange sagen, daß ich mich manchmal frage, wie kommen die hunderttausende von Arbeitern mit diesen niedrigen Löhnen aus, wie können sie ihre Familie die Existenz so gestalten, daß sie nicht verhungern? Ich habe im „Volkshilfswort“ eine Zusammenstellung gelesen von einem Arbeitslosen, die ganz kurz war, aber prägnant diese Lage schildert: Jetzt wieder Arbeit, jetzt wieder Arbeitslosigkeit, 4 Kinder usw., das hat mir an die Seele gegriffen. Ich habe mir gesagt, wenn ich es hätte machen können, als Zeitungsmensch, ich hätte in sämtlichen kapitalistischen Zeitungen diese furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung gebracht. Wir sind zu grausam, wir sind zu brutal, zu wenig mitleidig, wir sehen tausende und aber-tausende mit dem Kampf ums Leben, um ihre Existenz ringen und fragen nicht, wie sollen sie leben. Das sind doch Menschen, wie wir. Ich möchte ferner betonen, es ist eine auffallende, aber zu begreifende Erscheinung, daß in neuerer Zeit die Selbstmorde in diesen Kreisen zugenommen haben. Sehen Sie die Blätter nach, heute in München, morgen in Berlin, oder in Frankfurt, in Mannheim oder auch in Karlsruhe finden wir Selbstmorde mehr wie früher, weil der Kampf ums Leben nicht mehr durchzuführen ist. Ich weiß, dies erstreckt sich nicht allein auf die Arbeiter, sondern auch auf die Kleinrentner usw., auf alle, die durch die Inflation um ihre Existenz und um ihre Ersparnisse gekommen sind, erstreckt sich dieser Kampf in gleicher Weise.

Es ist ein erschreckendes Mißverhältnis, wenn wir daneben feststellen müssen, daß wir in Deutschland Direktoren haben, mit 30 und 40 000 Mark Jahresgehalt, und ein großer Bruchteil der Bevölkerung in so elenden Verhältnissen sein Leben führen muß. Die Lebenshaltung in England und Amerika ist wesentlich besser. Die Unternehmer sind sehr unklug, wenn sie den Standard der deutschen Lebenshaltung nicht heben.

Wenn wir die Arbeiter besser bezahlen, gibt es mehr Konsumenten. Der Arbeiter legt nichts auf die hohe Kante, er kauft Schuhe, Kleider, es gibt kein besseres Geschäft, als wenn der Arbeiter besser bezahlt wird. Wenn ich den Herrn Abg. Mager richtig verstanden habe, hat er gesagt, wir müssen uns in Deutschland daran gewöhnen, daß der Stand der Lebenshaltung in Deutschland nicht so wird, wie vor dem Kriege. Herr Mager, darin haben Sie nicht unrecht, das sehen wir ebenfalls ein, aber eines sehen wir auch, die Bezahlung ist nicht so, wie im Kriege und wie vor dem Kriege, und die Preise sind heute 2 bis 3fach höher als sie vor dem Kriege waren. Das ist ein zwingender Effekt und deshalb sagen wir, da sollte man einsehen und mit den gewerkschaftlichen Organisationen mehr erreichen können. Der Herr Minister hat recht, der Staat kann hier nicht viel tun, er kann nicht so in den Produktions- und Lohnprozess eingreifen, wie das notwendig wäre. Der Staat kann das nicht, dafür sind die Gewerkschaftsorganisationen und die anderen Organisationen da. Aber im allgemeinen darf man sagen, und deswegen habe ich mich zum Worte gemeldet, im allgemeinen ist es tief traurig und beschämend, daß man tausende und zehntausende von Arbeitern in ihrer Existenz leiden läßt, daß wir die Arbeitslosen so schlecht bezahlen und nicht alle Mittel und Wege erschöpfen, um das ganze Volk an dem teilnehmen zu lassen, was wir alle zur Kulturentwicklung brauchen, da gibt es noch viel zu arbeiten, und wenn heute die Arbeiter sagen, ich weiß nicht, wie ich auskommen soll, wie ich leben soll, da sollen sich die Arbeitgeber mit weniger Gewinn begnügen, finde ich dies begreiflich. Ich will nicht generalisieren, Sie werden mir zugeben, ich bin nicht gewohnt, mich kraz auszudrücken, aber das eine werden Sie mir zugestehen, daß ein Arbeitgeber, welcher in der Gefahr des Verhungerns stand, wohl nicht anzutreffen ist, sicher aber hunderttausende von Arbeitern. Ich sage, was notwendig ist für die Lebenshaltung des Arbeiters, müssen wir geben; wir müssen etwas mehr soziales Gefühl aufbringen, dann wird es in Deutschland besser gehen. Weshalb haben wir die ganze politische Strömung der Unzufriedenheit, weshalb das Schimpfen auf den Staat, weshalb die Verneinung des staatsnotwendigen Gedankens, einzig und allein aus dem Umstande, weil es den Leuten viel schlechter geht als früher.

Diesen Gedanken mußte ich Ausdruck geben. Ich wünsche, daß sie nicht ganz umsonst gesprochen sind.

Abg. Ritter (Komm. P.):

Wenn die Kommunisten hier im Landtag öfters die Not und das Elend der breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten schilderten, erklärten die Herrschaften der anderen Parteien immer, die Kommunisten haben wieder ihre alte Walze heruntergeleiert. Ich stelle heute fest, daß die Ausführungen des Kollegen von der Zentrumsparterie wie die von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes waren, als das alte Gejammer, das man hier in diesem Landtag seit 3 Jahren anhören muß, ohne daß sich in dieser Frage irgendwie etwas nur geändert hätte. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten sind während dieser Zeit immer tiefer gesunken, die Not und das Elend ist immer größer geworden. Die Unternehmer haben heute die Macht in der Hand, tyrannisieren die Arbeiterschaft und heute hören wir wieder dieselben Töne der Regierungsparteien, die Regierung muß eingreifen. In den Taten aber, die sie während ihrer Regierungszeit usw. vollbracht haben, kommt gerade das Gegenteil zum Ausdruck. Leider ist die

Aufklärung unter den Angehörigen der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamtenschaft noch nicht so weit gediehen, daß sie den Schwindel dieser Parteien erkannt haben.

Ich will über diese Frage nur wenige Worte verlieren. Denn wir stehen auf dem Standpunkt: Auch mit den Lohn- und Gehaltsfragen wie überhaupt mit den Existenzfragen des arbeitenden Volkes verhält es sich nicht anders wie mit derjenigen Frage, die wir gestern hier zu behandeln hatten, mit der Steuerfrage: es handelt sich dabei um eine Machtfrage. Erst dann wird die Existenz des arbeitenden Volkes gesichert und erst dann wird diese Sicherung von Bestand sein, wenn das arbeitende Volk sich zusammengeschlossen, wenn es die Parasiten und die Ausbeuter zum Teufel gejagt und die Regierung der Werkstätten errichtet hat; erst dann wird die Möglichkeit einer guten Existenz für Arbeiter, Angestellte und Beamte, aber außerdem auch für jene Leute gekommen sein, die heute vollständig der Proletarisierung zum Opfer gefallen sind: für die kleinen Unternehmer, die Kleinbauern, Kleinhandwerker usw. Denn wie verhält es sich heute mit diesen?

Um darzutun, wie es in dieser Beziehung sich verhält, knüpfe ich am einfachsten an einen Zuruß an, der vorhin von deutschnationaler Seite aus gefallen ist, als hier der Herr Kollege Weßmann sprach; dieser Zwischenruf lautete: „Die Unternehmer gehen zugrunde“. Jawohl, es gibt in Deutschland massenhaft kleine Unternehmer, kleine Gewerbetreibende, die zugrunde gehen. Wer aber trägt die Schuld daran, daß sie zugrunde gehen müssen? Liegt die Schuld etwa in den sogenannten hohen Löhnen, welche den Arbeitern, Angestellten und Beamten bezahlt werden? Nein! sie ist in der Vertrustung, in der Konzentrierung der großen Blutsauger und Ausbeuter, derjenigen Kapitalisten in Deutschland zu suchen, die sich lediglich und ausschließlich zu dem Zweck zusammenschließen: erstens einmal alle kleinen Konkurrenten tot zu machen und zweitens auf die Preisbildung eine solche Macht auszuüben, die sie in den Stand setzt, die von ihnen gewünschten Preise zu fordern, weil sie unter allen Umständen in Deutschland keine andere Konkurrenz mehr dulden.

Hier liegt der Grund, warum diese kleinen Existenzen in Stadt und Land — die kleinen Unternehmer, die Kleinhandwerker und Kleinbauern — zugrunde gehen. Die Schuld ist also nicht zu suchen bei den Arbeitern und ihren Lohnforderungen, sondern sie gehen einzig und allein durch die Schuld der Besitzenden, der Unternehmer, der Kapitalisten in Deutschland zugrunde. (Abg. Gähler: Sehr richtig!). Es ist nur das eine zu bedauern, daß es innerhalb des Kleinhandwerks und überhaupt innerhalb dieser kleinen Existenzen heute noch große Teile gibt, die zu jener Klasse der Besitzenden halten.

Die Produktion kann bedeutend verbilligt werden. Es wurde ja auch von dem einen oder anderen der Kollegen ausgeführt, daß es Direktoren gibt, die heute noch einmal oder noch zweimal soviel Gehalt beziehen als der höchste Beamte des Reiches — obwohl schon dieser höchste Beamte des Reiches einen Gehalt bezieht, der ihm nach unserer Auffassung sogar ein fürstliches Leben gestattet. Wenn also diese Herrschaften von Direktoren sogar das Zwei- und Dreifache dieses Gehaltsbezugs einstecken, so können sie schleimen, prassen und in Luxus leben. Das tun sie im reichlichen Maße, während das arbeitende Volk hungert und friert und dabei zugrunde geht.

Es kommt aber noch etwas anderes dazu. Wenn heute die Produktion verbilligt werden soll, dann müßte eigentlich der

Staat — was er natürlich nicht kann, was er ablehnt, weil er es überhaupt von sich weist, in die Privatindustrie einzugreifen — dazu übergehen, gerade diese höchsten Stellen der Privatindustrie abzubauen. Ich weiß in Mannheim einen Betrieb, in dem jetzt so weitgehend abgebaut ist, daß er nur noch 5000 Arbeiter beschäftigt; eben dieser Betrieb aber hat nicht weniger als 27 Direktoren (Abg. Gähler: (Hört! Hört!). 27 Direktoren verschlingen, bis das Jahr herum ist, eine Riesensumme an Gehalt. Ich bin der festen Überzeugung, daß für diesen Betrieb mit seinen 5000 Arbeitern 7 Direktoren ebenfalls genügen würden und daß die anderen 20 abgebaut werden könnten; sie könnten irgendwo anders eine nützlichere Arbeit leisten.

Nun ist aber eines in den Ausführungen der verschiedenen Redner zum Durchbruch gelangt. Sie sind wesentlich dafür eingetreten, daß mindestens (ich will mich einmal so ausdrücken:) die „Arbeiteraristokratie“ — die Facharbeiter, die Spezialarbeiter, die gelernten Arbeiter — eine gute Existenz haben müssen; was aber die Hilfsarbeiter, die Lohnarbeiter, die Landarbeiter und dergleichen anbelangt, so wurde über diese kein Ton laut, obwohl gerade sie den größten Teil der Arbeiterschaft Deutschlands ausmachen.

Nun begreifen wir ja ganz gut, warum gerade für diese Schicht von Arbeitern ein gutes Wort eingelegt wird: man versucht beständig in die Reihen der Arbeiterklasse einen Keil hineinzutreiben. Die Arbeiterschaft ist gespalten; diese Spaltung rührt daher, daß gerade diese eben erwähnte Arbeiteraristokratie jener Partei nachläuft, die auf Grund ihres Einflusses in Regierungsstellen so stark ist, daß sie eben dieser sogenannten Arbeiteraristokratie behilflich sein kann. (Zuruß von sozialdemokratischer Seite.) Das erkennt man, wenn man im Betriebe steht und gestanden hat, daß die von mir bezeichnete Schicht von Arbeitern dieser Partei nachläuft.

So wird es auch heute wieder versucht, zwischen die „ungelernten“ Arbeiter — die vielen Millionen derjenigen, die kein Handwerk gelernt haben und keines lernen konnten — auf der einen Seite, und der kleinen Gruppe der Arbeiteraristokratie auf der andern Seite einen Keil hineinzutreiben, damit immer wieder Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterklasse herrscht. Denn die Unternehmer wissen ganz genau, daß es nur dann möglich ist, die Arbeiter, Angestellten und Beamten auszuplündern, wenn die Angehörigen dieser Klasse sich selbst uneinig sind. Ein Beispiel dafür hat man jetzt wieder in Mannheim. Dort sind die Metallarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Trotz der Teuerungszahlen, die hier mitgeteilt worden sind und die ich nicht zu wiederholen brauche, billigen die Unternehmer der Metallindustrie in der jetzigen Zeit, in der doch nachträglich die Teuerung noch um so und so viele Prozent gestiegen ist, den Mannheimer Metallarbeitern nur eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig für die Stunde, teilweise nur von ½ Pfennig für die Stunde zu (Zuruß des Abg. Gähler).

Die Arbeiter als solche sind jedoch nicht in der Lage, sich dagegen zu wehren — aus dem sehr einfachen Grunde, weil diejenigen Organisationen, die auch heute wieder hier als die ausschlaggebenden genannt worden sind und welche diese elementarsten Interessen der Arbeiterschaft überhaupt zu vertreten hätten, nicht dasjenige tun, was ihre Aufgabe und Pflicht wäre: hier den Kampf gegen ein solches brutales Unternehmertum aufzunehmen (Abg. Gähler: Sehr richtig!). Die christlichen, ebenso wie die Hirsch-Dunderschen und die Freien Gewerkschaften stehen gemeinsam auf dem Boden dieses Klassenstaates; sie stehen auf dem Standpunkt, daß

wir dessen Wirtschaft wieder aufbauen müssen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß der Dawesplan, der Versklavungsplan für die Arbeiterschaft durchgeführt werden muß. Im Hinblick darauf kann man es begreifen, daß jene Organisationen und ihre Führungen nicht den Kampf gegen den herrschenden Staat und gegen das Unternehmertum aufnehmen können, da sie doch für deren Interessen eintreten.

Der Herr Abg. Heinrich hat hier erklärt: Wir müssen zur Politik der Arbeitsgemeinschaft zurückkehren. Er will zu der Arbeitsgemeinschaftspolitik zurück, von der jeder Arbeiter heute weiß, daß sie zu seinem Schaden war (Weiterkeit). Wir erinnern uns recht wohl dieser Arbeitsgemeinschaftspolitik, die jahrelang getrieben worden ist. Sie wurde von genannten Gewerkschaften während der Inflationszeit betrieben, wo die Arbeiter im Vergleich zur Teuerung einen Hungerlohn von wöchentlich 10, 12 und 15 Mark verdient haben. Das war jene Zeit, in welcher Arbeitsgemeinschaftspolitik getrieben wurde. Durch diese Politik sind die Unternehmer wieder zur Macht gelangt und sie pfeifen auf die Dienste der Handlanger. Und diese Politik der Arbeitsgemeinschaft möchte der Abg. Heinrich, möchten auch die Sozialdemokraten wieder haben; er glaubt, daß dann sich wieder ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einstellen würde, das heißt ein besseres Verhältnis der Arbeiter zu jenen Leuten, die bisher schon immer am grünen Tisch die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgeknobelt haben — wobei jedesmal die Arbeiter, Angestellten und Beamten nach der Verhandlung die Betroffenen waren.

Die „Rote Fahne“ gibt wöchentlich den Lebenshaltungsindex je einer Arbeiterfamilie mit 2, mit 3 und mit 4 Kindern heraus. Die Statistik zieht dabei alle Umstände in Betracht: die Teuerung, die Geldentwertung, die Goldentwertung dem Friedensgold gegenüber usw. Auf Grund des von ihr errechneten Index müßte der Lohn, welchen der Arbeiter in der Woche verdienen müßte, 67 Mark 38 Pfg. betragen. Diese Summe würde dem Lohn entsprechen, den ein Arbeiter in Friedenszeiten verdient hat, wenn man in Betracht zieht, wie die Verhältnisse betreffs der Lebensbedingungen und der sonstigen Umstände gelagert sind. Nun verdient aber der Arbeiter heute nicht 67 Mark und 38 Pfennig, er verdient 50 Proz., 60 und 70 Proz. weniger als er in Friedenszeiten verdient hat. Auf der andern Seite können wir aber heute schon wieder, sobald wir den wirtschaftlichen Teil der Unternehmerzeitungen durchblättern, die Feststellung machen, daß die Gewinnverteilung an die Aktionäre, die „Ausfütterung der Dividenden“ in sehr hohem Maße im Steigen begriffen ist, daß der Profit des Unternehmers in der jetzigen Zeit, wo Millionen deutscher Arbeiter ungeheuer leiden unter den Verhältnissen, wieder eminent steigt. Und wenn man dann die schönen Töne hört, auch von dem Herrn Mager — er hat auch versucht, hier den Arbeitern etwas Entgegenkommen zu zeigen, obwohl das auch nur leere Worte gewesen sind; in der Praxis ist es nämlich anders (Zuruf des Abg. Mager) —, so könnte man meinen, daß die Arbeiter in einigen Wochen den Himmel auf Erden hätten. Jedoch zwischen Worten und der Tat ist ein sehr großer Unterschied. Wenn man eintritt für die Interessen der Minderbemittelten, der großen Masse der Ausgebeuteten, dann muß man auch das durch die Tat zeigen (Mehrfache Zurufe des Abg. Mager).

Wenn man die Reichstagsverhandlungen des verflorenen Reichstags verfolgt und zwar bei allen Abstimmungen, bei denen es gegolten hat, etwas zu tun für Arbeiter, Angestellte,

Beamte, besonders des Staates, ist immer festzustellen, daß gerade die bürgerlichen Parteien, miteingebunden die sozialdemokratische Partei, nicht dafür zu haben waren immer mit der Motivierung: dann könnten unsere Währung, unsere Finanzen wieder in große Gefahr kommen, die Währung wieder in Verfall geraten, eine Inflation wieder eintreten; der Staat kann jetzt unmöglich diese Erhöhungen der Gehälter der Angestellten und Beamten tragen, wie es im Interesse der Beamten und Angestellten gelegen wäre. Jene Parteien sind es, die immer dagegen gestimmt haben. Und alle Anträge der kommunistischen Partei, welche eine wirkliche Besserung der Ärmsten der Armen herbeigeführt hätten, wurden dort von jenen Parteien abgelehnt. Auch ihr Mahnruf an die Schlichter, daß dieselben in Zukunft mehr die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vertreten sollten, ist eine Agitationsphrase. Die Schlichtungsausschüsse sind ein Werkzeug der Kapitalisten und vertreten nur deren Interessen. Vertrauen seitens der Arbeiterschaft zu diesen Schiedsstellen besteht nicht und hat noch nicht bestanden. Und als Sozialist sollte man nicht verlangen, daß die Regierung auf jene Instanzen drücken müsse, damit sie gerechtere Schiedsprüche fällen, weil man wissen müßte, daß sie ein Instrument in den Händen dieses Klassenstaates sind. Und dieser Klassenstaat verlangt von ihnen, daß sie nur Schiedsprüche fällen, die im Interesse der Unternehmer gelegen sind und nicht im Interesse der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft draußen hat dies längst erkannt, denn das Vertrauen zu diesen Schiedsprüchen — das weiß jeder, der enge Fühlung mit der Arbeiterschaft hat, — ist nicht vorhanden. Ebenso ist der Arbeiterschaft bekannt, daß die Sozialdemokratie eine arbeiterfeindliche Politik treibt.

Wir haben also nach wie vor die Auffassung — und ich spreche das auch wieder aus, trotzdem man vielleicht sagt, es sei die alte Walze, die wieder heruntergeleiert werde —, daß eine Besserung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten, daß eine Besserung der kleinen Handwerker, des sogenannten Mittelstandes, des kleinen Landbauern erst dann eintritt, wenn alle jene Kreise, die zu der Klasse der Ausgebeuteten gehören, sich zusammenschließen, die jetzige Bourgeois-Herrschaft stürzen und an ihre Stelle die eigene Diktatur, die Diktatur der arbeitenden Klassen setzen. Das wird dann geschehen, wenn die 10 Prozent Parasiten, Schlemmer und Praffer zum Teufel gejagt sind (Sehr richtig! bei den Kommunisten), wenn sie enteignet sind, wenn sozialisiert wird. Wir als Kommunisten sehen das klar voraus und klären die Arbeiter in dieser Beziehung auf. Wir arbeiten mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, auf diese Situation hin (Beifall bei den Kommunisten).

Abg. Wisler (D. Sp.):

Gestatten Sie auch einem dem Arbeitgeberstand angehörenden Mitglied dieses Hohen Hauses einige Ausführungen zu der Frage des Ausgleiches zwischen Lebensmittelpreisen und Lohn- bzw. Gehaltseinkommen zu machen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Spanne zwischen diesen beiden Punkten eine äußerst knappe ist, und daß heute sehr viele Leute mit ihrem geringen Einkommen tatsächlich nicht wissen, wie sie sich bzw. sich und ihre Familie ernähren sollen.

Ich gehe darin mit dem einen der Herren Vorredner vollkommen überein, wenn er sagt, daß heute in gewisser Beziehung viele Leute noch nicht erkannt haben, daß wir ein verarmtes Volk geworden sind, und daß wir unsere Ansprüche in weitestem Maße herunterschrauben müssen. Und ich gestehe

gern, daß auf der anderen Seite es Leute gibt, die das noch viel weniger erkannt haben, die heute noch in einer Art und Weise leben, die mit der Not, die große Teile unseres Volkes beherrscht, nicht in Einklang zu bringen ist.

Der Herr Kollege **Heurich** hat nun vorhin geglaubt, dem Handel einen Vorwurf dadurch machen zu können, als er sagte, der Handel könne nicht mehr kalkulieren. Ich habe mir von einigen Kollegen, die dem Lebensmittelhandel nahe stehen, Preise geben lassen von dem Einkauf bezw. dem Verkauf ihrer Ware und habe dabei — es sind nur ganz wenige der wichtigsten Lebensmittel, nach denen ich mich erkundigt habe — folgendes festgestellt: Es kostet beispielsweise jetzt Schweinefett 95 Pfg. und wird für 1 Mk. verkauft; der Zucker kostet 33 Pfg. und wird für 34 Pfg. verkauft; Streichhölzer kosten 18 Pfg. und werden für 20 Pfg. verkauft; Mehl, ein 5 Pfund-Säckchen reines Blütenmehl, im Ankauf 1,50 Mk., im Verkauf 1,70 Mk. Ein geringeres Mehl, das im Einkauf für 21 bezw. 21½ Pfg. zu haben ist, wird für 22 Pfg. verkauft. Wenn man dazu noch rechnet, daß der Händler den Gewichtsverlust zu tragen hat, wird niemand davon sprechen können, daß der Handel nicht kalkulieren könne oder daß der Handel zu große Gewinne nähme (Abg. **Rüdert**: Aber in den Kaufläden kann man das nicht bekommen; ich habe ja hier die amtliche Liste!). Ich sage Ihnen nachher, wer es mir gesagt hat, wo es zu haben ist (Abg. **Rüdert**: Ich bin sehr neugierig!). Ich habe mich heute früh noch vergewissert, ob die Preise, die ich mir am Dienstag habe geben lassen, noch zutreffen (Abg. **Rüdert**: Das Pfund Zucker ist nicht unter 41 Pfg. zu haben! — Abg. **Ziegelmaier-Oberkirch**: Blütenmehl . . . ! — Abg. **Rüdert**: Auch nicht!). Herr Kollege **Ziegelmaier**! Auch Ihnen sage ich gerne, von wem ich diese Angaben habe. — Es ist also nach diesen Beispielen irrig zu behaupten, daß nicht kalkuliert werden könne.

Wer im wirtschaftlichen Leben steht, wird mir darin beipflichten, daß der Konkurrenzkampf wahrscheinlich nie so scharf war, auch vor dem Krieg nicht, wie er gegenwärtig ist. Preisvereinbarungen, die früher da oder dort einmal existiert haben, sind längst hinfällig geworden. Kein Mensch denkt daran, sich mit einem anderen über einen Preis zu verständigen. Es ist vielleicht auch ganz gut, daß der freie Handel sich wieder auswirken kann. Denn nur dadurch kann der Preis in erträglichen Grenzen gehalten werden.

Allgemein gesprochen, möchte ich sagen, — das ist mir vom Lebensmittelhandel bestätigt worden —, daß der Bruttoverdienst gerade bei den lebenswichtigen Artikeln allerhöchstens 15 bis 16 Prozent beträgt. Wenn wir nun von diesem Satz noch all die Unkosten abziehen, die wahrlich nicht gering sind, kann von einem Überwuchern oder Übervorteilen des Volkes, der breiten Schichten des Volkes, in keiner Weise die Rede sein.

Allerdings, eines muß ich zugeben: Wenn heute jemand in der Lage ist, sich teure Lebensmittel oder teure Luxusgegenstände zu kaufen, wer also die Mittel hierzu hat, der soll es meines Erachtens auch bezahlen; und dem Händler bezw. dem Fabrikanten, der für solche Gegenstände einen höheren Preis nimmt bezw. einen höheren Nutzen nimmt, als vielleicht allgemein üblich, ist meines Erachtens in gar keiner Weise ein Vorwurf zu machen.

Der Herr Minister ist vorhin in dankenswerter Weise darauf eingegangen, warum vor allen Dingen die Getreidepreise gegenwärtig verhältnismäßig hoch sind. Nicht nur bei uns, auch teilweise im Auslande ist im vergangenen Jahr eine Mißernte gewesen. Wenn wir dann noch berücksichti-

gen, wie in Amerika eine Präsidentenwahl gemacht wird, so wird es ziemlich klar werden, warum am amerikanischen Getreidemarkt die Getreidepreise in die Höhe gehen müssen. Der Präsident Coolidge hat zu seiner Wiederwahl u. a. auch die Stimmen der amerikanischen Farmer gebraucht, und er hat es mit Hilfe der republikanischen Partei in Nordamerika meisterhaft verstanden, den Getreidemarkt vorher derartig zu beeinflussen, daß ihm die Stimmen der amerikanischen Farmer dank der gestiegenen Getreidepreise nahezu restlos zugefallen sind. Dieser politische Vorgang in Nordamerika war mit ein Grund, weshalb am Weltmarkt die Getreidepreise in die Höhe gegangen sind. Nun ist trotz einer guten Getreideernte in Argentinien und Australien der Getreidepreis nur ganz unerheblich gesunken, und das ist ein Beweis dafür, welcher vorherrschenden Einfluß der amerikanische Getreidepreis auf den Weltmarkt ausübt.

Wir haben eine Zeit gehabt, in der die Preise in gar keinem Verhältnis zu den Vorkriegspreisen standen, in der sie also noch ganz wesentlich höher waren, als sie heute sind; das war jene Zeit, in der die Produktion sehr viel geringer war, als sie im Laufe der letzten 2 Jahre geworden ist. Es ist ja eine alte Erfahrungstatsache und es ist im Wirtschaftsleben von jeher so gewesen und es wird immer so bleiben, daß der Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt; je größer das Angebot ist, desto billiger wird die Ware.

Deshalb ist es Aufgabe unserer Industrie, dafür zu sorgen, daß sie vor allen Dingen rationell arbeitet. Daran krankt es an vielen Stellen noch ganz außerordentlich. Wenn wir beispielsweise die amerikanische Automobilindustrie mit der deutschen vergleichen, so müssen wir feststellen, daß da ein Unterschied besteht, wie wir ihn früher niemals für möglich gehalten hätten. Die amerikanische Industrie hat sich schon seit langen Jahren auf die sogenannte Serienherstellung eingestellt; etwas, was wir in Deutschland bis dahin überhaupt nicht gekannt haben. Deswegen müssen wir von unserer Industrie fordern, daß sie sich die technischen Errungenschaften und alle technischen Neuerungen so rasch wie möglich zu eigen macht, um dadurch auf einen billigeren Produktionsweg zu kommen.

Und nun noch etwas, was auch der Herr Kollege **Mager** vorhin schon kurz erwähnt hat. Eine Ursache der Preise bezw. der Preisgestaltung ist unsere Kreditnot. Unsere Wirtschaft, ganz allgemein gesprochen, ist in einer Art und Weise auf Kredit angewiesen, wie es früher nie der Fall war, bezw. wie man es sich überhaupt nicht hat ausdenken können, daß es einmal der Fall werden könnte. Der tiefste Grund dafür liegt darin, daß überall im Laufe der letzten Jahre eine ganz bedeutende Substanzverminderung eingetreten ist. Man halte doch nicht der Wirtschaft vor, daß sie sich in der Inflationszeit auf Rosen gebettet habe! (Abg. **Rüdert**: Nicht alle, sondern viele!) Die Vermögensaufstellungen vom 1. Januar 1924 bezw. 31. Dezember 1923 weisen doch klipp und klar nach, daß die Betriebskapitalien in ganz kolossaler Weise geschwunden sind (Abg. **Gähler**: ins Ausland gewandert!).

Der Herr Finanzminister hat — ich glaube, es ist auch gestern bei der Steuerberatung angeführt worden — neulich darauf hingewiesen, daß in Mannheim nur noch ein Fünftel der Vorkriegswerte versteuert werde. Ich halte Mannheim für einen außergewöhnlichen Fall deswegen, weil vor Abgabe dieser Vermögenssteuererklärung Mannheim, bezw. dessen Hafen von den Franzosen besetzt worden ist, und die Fran-

zosen es in wunderbarer Weise verstanden haben, alle Werte, deren sie im Mannheimer Hafengebiet habhaft werden konnten, abzutransportieren. In der Zeit, die der Industrie und dem Handel übrig geblieben war, zwischen der Aufhebung der Schifanenwirtschaft — es war m. B. am 18. November 1923 — und der Abgabe der Vermögenssteuererklärung, war es selbstverständlich nicht möglich, auch nur annähernd das wieder zu beschaffen bezw. zu produzieren und am Lager zu halten, was damals verloren gegangen ist. Deswegen möchte ich das Mannheimer Beispiel nicht als typisches Beispiel, sondern als ein Ausnahmebeispiel betrachtet wissen. Immerhin, Geschäfte bezw. die Wirtschaft überhaupt, die sich noch 50 Proz. ihrer Vorkriegswerte hat erhalten können, ist überaus glücklich daran, und die Leute, die auf $\frac{1}{2}$ oder bis zu 40 Proz. ihrer Vorkriegswerte heruntergekommen sind, sollten immer noch froh sein, daß es ihnen nicht noch schlechter ergangen hat, und sie können sich selbst das Zeugnis ausstellen, daß sie eigentlich recht gute Kaufleute sind, wenn sie über die Inflationszeit mit einem verhältnismäßig kleinen Verlust hinweggekommen sind. Die Folge dieser Substanzberminderung ist auf der anderen Seite natürlich, daß die fehlenden Werte nur nach und nach und nur mit Hilfe von Kredit ersetzt werden müssen.

Nun erleben wir allerdings das Schauspiel, daß das Geld auch heute noch ein ganz unverhältnismäßig teurerer Artikel ist. Während auf der einen Seite — das sind Unterlagen, die ich mir vorgestern beschafft habe — von den Banken für Guthaben nur 6 Proz., bezw. bei einer einzigen Karlsruher Bank 8 Proz. im Jahre vergütet werden, werden für den Kredit immer noch 18 Proz., das sind $1\frac{1}{2}$ Proz. pro Monat, verlangt. Wir dürfen aber wegen dieser Spanne nicht ohne weiteres den Banken Wucher vorwerfen. Wir dürfen nicht verkennen, daß auch bei den Banken der Geschäftsgang in ganz kolossalem Maße zurückgegangen ist, während auf der anderen Seite ihre Unkosten ganz außergewöhnlich, wie ja allgemein bekannt, gestiegen sind, und daß sie den Ausgleich zwischen ihren Ausgaben und ihren Einnahmen eben irgendwo hereinbringen müssen. Daher kommt es wohl auch, daß die Spanne zwischen den Zinsen für Soll und Haben eine derartige große ist.

Wenn wir heute durch die Städte wandern und uns die einzelnen Geschäfte betrachten und da und dort Ausverkäufe sehen, sei es wegen Inventur, sei es wegen „Weißer Woche“, seien es zurückgesetzte Waren, so glauben Sie mir ja nicht, daß die Geschäftsleute solche Ausverkäufe deswegen veranstalten, um sich eine besondere Arbeit aufzuladen — denn derartige Ausverkäufe und derartige besondere Tage bringen ein ganz gewaltiges Mehr an Arbeit —, sondern es geschieht lediglich deswegen, damit so rasch wie möglich wieder Geld hereinkommt.

Auf der einen Seite drängt der Staat wegen der Steuer, dann sind die Löhne und Gehälter zu bezahlen, und letzten Endes drängen die Fabrikanten, weil es ihnen, im großen und ganzen wenigstens, auch nicht sonderlich gut geht, und dabei tagtäglich leere Kassen oder doch nur ganz geringe Einnahmen! Daher diese Erscheinungen, die im allgemeinen auch für das ästhetische Bild eines Städtewesens nicht gerade erfreulich sind.

Weiter dürfen wir nicht vergessen, daß die Reichsbank in der Annahme von Wechseln außerordentlich wählerisch ist. Wechsel, die nicht von den größten Firmen kommen, bedürfen mindestens dreier Unterschriften, wenn sie überhaupt angenommen werden sollen. Und nun frage ich: wer ist denn

in der Lage, jedesmal drei der Reichsbank genehme Unterschriften beizubringen? Es ist geradezu eine Unmöglichkeit, diese drei Unterschriften sich irgendwo zu verschaffen. Solange in der Annahme von Wechseln durch die Reichsbank keine Erleichterungen eintreten, halte ich es auch für unmöglich und ausgeschlossen, daß sich das wirtschaftliche Leben wieder einigermaßen hebt.

Und dann dürfen wir bei der Preiskalkulation eines nicht vergessen; das sind die Frachtsätze. Die Frachten sind heute — das steht fest — noch bis zu 50 Prozent höher als im Frieden. Dazu kommt, daß wir im Frieden eine ganze Reihe von Ausnahmetarifen hatten, die jetzt nahezu restlos weggefallen sind.

Wenn also über die Wirtschaft bezw. über die Kalkulation bei der Wirtschaft wegwerfende Bemerkungen gemacht werden, so möchte ich die Betreffenden doch bitten, sich zuerst alle die Momente vorzuhalten, die ich eben angeführt habe. Ich glaube doch, daß das Urteil dann ein ganz anderes werden wird, als es sonst werden würde.

Mein Herr Vorredner hat vorhin ausgeführt, daß uns nur eine Regierung des werktätigen Volkes retten könnte. Es ist auch hier in diesem hohen Hause schon sehr oft der Hinweis auf Moskau gemacht worden, und ich möchte deshalb darauf verzichten, im einzelnen näher darauf einzugehen. Die Industrie, die Privatindustrie, ist auch in Rußland von der dortigen Räteregierung wieder geholt worden aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Regierung überhaupt nicht in der Lage war, das Wirtschaftsleben auch nur einigermaßen auf die Beine zu bringen ohne Unterstützung der Privatindustrie (Abg. Gäßler: Weil die Großindustrie noch nicht so weit entwickelt war), und die Großindustrie ist dort wieder in Gang gebracht worden dadurch, daß man die viel geschmähten Direktoren mit ihren Riesengehältern wieder dorthin gesetzt hat, wo sie ursprünglich waren, weil man eben mit papierernen Maßnahmen oder theoretischen Erörterungen nicht in der Lage ist, wirtschaftliche Betriebe zu erhalten bezw. sie in die Höhe zu bringen.

Der Herr Kollege Ritter hat auch gemeint, (fortwährende Zwischenrufe der Abg. Frau Unger). Sind Sie fertig, Frau Kollegin? (Heiterkeit). Der Herr Kollege Ritter hat vorhin auch gemeint, daß bei uns zu viele Trusts entstanden seien. Ich gebe ihm darin recht, daß der Zusammenschluß großer und größter Industrieunternehmen seine sehr bedenklichen Seiten hat; aber wir dürfen nicht vergessen, daß der tiefere Grund dieses Zusammenschlusses in der Kreditnot, bezw. in der Kapitalnot zu suchen ist. (Abg. Gäßler: Und im Profitinteresse). Die großen Unternehmen sind einfach nicht mehr in der Lage, allein das Geld aufzubringen, das sie dazu brauchen, um ihr Unternehmen aufrecht zu erhalten, und sie sind geradezu dazu gezwungen (Zuruf: Um die Wirtschaft zu beherrschen), sie sind geradezu dazu getrieben worden, sich mit ähnlichen Unternehmen zusammenzuschließen, damit ihre Unternehmen überhaupt aufrecht erhalten werden können (Abg. Gäßler: Damit sie das Volk ausplündern können), damit sie mit Erfolg auftreten können. Herr Kollege Gäßler, ich glaube, Sie sind ein recht guter Landwirt — ich nehme das wenigstens zu Ihren Gunsten an — ob Sie aber auf wirtschaftlichem Gebiet mitkommen, weiß ich nicht (Abg. Gäßler: Ich spüre es auch als Landwirt). Es ist aber möglich, daß Sie sich von anderen Leuten, die etwas weiter sehen können und etwas mehr interessiert sind, sich auch noch das eine oder andere sagen lassen können.

Nun noch ein Wort zu der Höhe der Direktorengehälter, Gewiß, die Zahlen, die vergleichsweise vorhin angeführt worden sind, sind außerordentlich hoch; aber wir dürfen das eine dabei nicht vergessen: die leitenden Köpfe derartiger Unternehmen tragen doch eine riesige Verantwortung, und wenn die Werke ihren Aufgaben nachkommen wollen, dann müssen sie die Leute, die an der Spitze der Unternehmungen stehen, auch entsprechend bezahlen. Wenn man glaubt, daß durch den Abbau einer Anzahl Direktoren die Produktion in den einzelnen Betrieben wesentlich verbilligt würde, so halte ich das für einen falschen Glauben. Umgerechnet auf die Jahresproduktion bzw. auf den Jahresumsatz des betreffenden Werkes, ist das doch nur ein ganz minimaler Betrag. Wie ich vorhin ausgeführt habe, muß meines Erachtens die Verbilligung durch eine rationellere Betriebsführung herbeigeführt werden.

Nun noch ein Wort auf der anderen Seite zu den Facharbeitern. Der Herr Kollege Ritter hat geglaubt, daß die Facharbeiter aus ganz gewissen politischen Gründen hoch bezahlt würden. Ich bin anderer Meinung. Ich bin der Auffassung, daß ein Mann, der etwas gelernt hat und der durch jahre- ja vielleicht durch jahrzehntelange praktische Betätigung sich zu einem gewissen — wie soll ich sagen — Spezialarbeiter ausgebildet hat, eben anders entlohnt gehört und entlohnt werden muß, als einer, der lediglich als Tagelöhner bzw. als Hilfsarbeiter irgendwo steht. Ein Mann also, der vielleicht in seiner Jugend überhaupt keine Lehre, weder in einer Industrie noch in einem anderen wirtschaftlichen Unternehmen durchgemacht hat, einem solchen gegenüber bin ich im Gegensatz zu dem Herrn Kollegen Ritter der Meinung, daß der Facharbeiter unbedingt in eine andere Lohnstufe eingereiht gehört, als es ein Hilfsarbeiter bzw. die Hilfskraft es verdient.

Lassen Sie mich jetzt von dieser Stelle aus auch noch ein Wort sagen zu einer Erscheinung, die im Laufe der Nachkriegszeit bzw. teilweise auch schon während des Krieges sich in unserem Wirtschaftsleben herausgebildet hat, und das sind die Einkaufs- bzw. Verkaufsorganisationen des einen oder anderen Berufszweiges. Es gibt, soweit mir bekannt ist, kein Mittel, irgend jemand zu verhindern, eine Ein- oder Verkaufsorganisation zu gründen, aber es gibt ein ungeschriebenes Gesetz, das die Leute verhindern sollte, sich daran zu beteiligen, und das ist der wohl in allen Fällen bisher beobachtete finanzielle Reinsfall, den die Betroffenen mit ihrem Unternehmen erlebt haben. Ich habe wenigstens noch nicht gehört, daß irgend eine Organisation, sei es nun eine von kommunalen Behörden, oder sei es eine von irgend einer Beamten- oder Arbeiterorganisation ins Leben gerufen, daß die auch nur einigermaßen ihr Dasein hätte fristen können, trotzdem ihr ja auch andererseits in gewisser Beziehung das Leben, das wirtschaftliche Leben, vielmehr erleichtert worden ist, als dem kaufmännischen Unternehmertum. Es ist damit nicht getan, daß man irgend eine Quelle weiß, wo man die Ware kaufen kann, um sie wieder zu verkaufen, sondern es gehören schließlich auch gewisse Kenntnisse dazu, was man kauft, und wie man die betreffenden Waren vor dem Verderben schützen kann. Wenn man schon derartige Unternehmen gründet, so dürfen meines Erachtens Beamte ihr im Dienst erworbenes Wissen nicht dazu benutzen und sich nicht dazu hergeben, derartige Organisationen zu unterstützen.

Ein derartiger Fall ist kürzlich in Donaueschingen vorgekommen. Ein dortiger Steuerinspektor, der im Außendienst beschäftigt war, hat seine Kenntnisse, die er bei der Revision

des Einzelhandels sich angeeignet hat, dazu benutzt, eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft lebenswichtiger Gegenstände zu gründen, und er hat dann, nachdem er diese Gesellschaft gegründet hatte, es sich nicht versagen können, in einer nicht gerade vornehmen Weise den dortigen Einzelhandel anzugreifen. Ich kann es von hier aus nicht untersuchen und habe auch nicht die Zeit gehabt, mir die Unterlagen dazu zu verschaffen, ob die Anwürfe, die der Herr Steuerinspektor dort gegen den Einzelhandel erhoben hat, überhaupt berechtigt sind, bzw. was davon berechtigt ist. Aber das eine, was der Einzelhandel in Donaueschingen dem Herrn Steuerinspektor vorhält, daß er auch nicht billiger verkaufen kann, als die Kaufleute, das ist durch die Praxis bereits erwiesen worden. Diese Verkaufsgenossenschaft hat beispielsweise Teigwaren in den Blättern angeboten zu 69 später zu 67 Pfennig und andere zu 72 Pfennig und hat sie nach ganz kurzer Zeit ebenso nach Bekanntmachung in den Blättern zu 80 beziehungsweise 84 Pfennig verkauft. Wenn man die Spanne zwischen dem ersten und dem zweiten Verkaufspreise betrachtet, so kommt man zu einem noch höheren Verkaufspreis als ich ihn vorhin von dem Karlsruher Lebensmitteleinzelhandel bekannt gegeben habe, der sich nach meinen Erkundigungen mit 15 bis 16 Prozent Bruttonutzen begnügt und bei diesem Bruttonutzen noch die Unkosten der Miete, sowie für Beleuchtung und Steuern zu bezahlen hat, die ja zu einem Großteil wenigstens bei der dortigen Einkaufsgenossenschaft wegfällt. Ich halte es deshalb nicht für angebracht, wenn man seine im Dienst erworbenen Kenntnisse dazu benutzt, um einem doch immerhin nicht unbedeutenden Zweig unserer Wirtschaft Konkurrenz zu machen, und dann weiter noch dazu übergeht, diesen Zweig der Wirtschaft mit den schärfsten und größten Vorwürfen zu überhäufen. Die Verhältnisse in Donaueschingen haben dazu geführt, daß der dortige Einzelhandel u. a. erklärt hat, wenn der Herr Steuerinspektor Weidert nicht von seinem Posten wegtömmte, dann verkehren wir mit dem Finanzamt überhaupt nicht mehr, und er hat diese Drohung sogar in die Tat umgesetzt mit dem Erfolg, daß der Herr Steuerinspektor Weidert von dem Außendienst in den Innendienst überführt worden ist. Ob das zu einer weiteren gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Behörden und Handel in Donaueschingen beiträgt, vermag ich nicht zu sagen.

Ich möchte aber doch die Bitte hier aussprechen, daß mit derartigen Praktiken ein Ende gemacht wird. Man möge bei Gründung derartiger Einkaufsgenossenschaften doch ja recht vorsichtig sein, sich dabei zu beteiligen; in den weitaus meisten Fällen kommt die Reue zu spät.

Im Verlaufe obiger Ausführungen hat I. Vizepräsident **M a i e r - H e i d e l b e r g** den Vorsitz übernommen.

Abg. F r e i d h o f (Sozdem.):

Nachdem in den letzten Tagen wie des öfteren schon über die Notlage der Landwirtschaft des langen und breiten hier im Hause debattiert worden ist, ist es zu begrüßen, daß auch über die Notlage der Arbeiter gesprochen wird. Ich freue mich, daß das von den einzelnen Rednern mit aller Offenheit geschehen ist. Ich freue mich auch über die Offenheit, mit der Herr **Abg. M a g e r** zu den Problemen der Arbeiterschaft Stellung genommen hat. Die sozialdemokratische Partei als solche wird dem Herrn **Abg. M a g e r** dankbar sein für die Offenheit, mit der er über die Notlage der Arbeiterschaft gesprochen hat, und zwar deshalb, weil er in scharfen Widerspruch sich gesetzt hat mit den Versprechungen, die seine Partei während der Reichs-

tagswahl gemacht hat, in scharfen Widerspruch gesetzt hat mit den Ausführungen, die sein Fraktionskollege Abg. Schneider als Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hier öfters schon gemacht hat. Aber die Ausführungen des Herrn Abg. Mager waren die Aufforderung der Deutschnationalen Partei zu den Arbeiterproblemen im allgemeinen. Der Herr Abg. Mager ist zunächst davon ausgegangen und sagte, man weiß nicht, ob die Löhne und Gehälter die Ursache der Preissteigerungen sind und hat dann eine These aufgestellt, indem er darauf hingewiesen hat, daß die Lohnerhöhungen mit Notwendigkeit auf der anderen Seite eine Erhöhung der Preise nach sich ziehen (Abg. Mager: Das ist ein glatter Schwindel, das habe ich nicht gesagt!). Ich weise darauf hin, daß die Erhöhungen der Löhne immer erst den Preiserhöhungen gefolgt, daß die Preiserhöhungen vorangeschritten sind, während auf der anderen Seite Lohnerhöhungen nur in ganz geringem Maße zugestanden worden sind.

Der Herr Abg. Mager hat in dem Zusammenhange erklärt, daß die Löhne für längere Zeit auf niederem Niveau gehalten werden müssen, weil das deutsche Volk verarmt sei und weil es für die Wirtschaft untragbar wäre. Ich weiß nicht, ob die Arbeiterklasse in Zukunft mit den Löhnen überhaupt noch existieren kann. Wer den Aufbau der Wirtschaft vornehmen will, wer insbesondere, wie der Herr Abg. Habermeier im Ausschuß darauf hingewiesen hat, will, daß die deutsche Industrie, die auf den Export angewiesen ist, exportfähig sein soll, muß der Arbeiterklasse Rechnung tragen, damit Qualitätsarbeit hergestellt werden kann und nur von einer gut bezahlten und ernährten Arbeiterklasse kann das geschehen. Neben dem Export kommt aber noch ein anderes in Frage, der Inlandskonsum. Ohne Erhöhung des Inlandskonsums wird es unmöglich sein, das deutsche Wirtschaftsleben aufzubauen. Deshalb ist es notwendig, Erhöhungen der Löhne und Gehälter vorzunehmen.

Nun hat der Herr Abg. Mager zu der Hereinholung ausländischer Arbeiter Stellung genommen. Wir haben uns nie gegen die Hereinnahme ausländischer Arbeiter gewendet, wenn im Inlande ein Arbeitermangel bestanden hat. Wir wenden uns aber dagegen, solange in Deutschland eine große Arbeitslosigkeit besteht, daß ausländische Arbeiter hereingeholt werden, die dann zu Lohnründern verwendet werden sollen, wie es in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Dem Herrn Abg. Mager wird es nicht unbekannt sein, daß gerade in der Deutschnationalen Erde in Ostelbien vor dem Kriege zehntausende von Erntearbeitern aus dem Auslande hereingeholt worden sind, die dann dort nicht wie Menschen, sondern wie das Vieh behandelt worden sind und als Lohnründer der inländischen Arbeiterschaft benützt wurden. Wir wissen, daß die Hereinnahme von ausländischen Arbeitern zum Lohnruder für die deutschen Arbeiter führen muß, weil die Arbeiter, die man aus kulturellen niedrig stehenden Ländern importiert, deren Ansprüche niedriger sind, als die des deutschen Arbeiters ohne weiteres zu Lohnründern für die deutsche Arbeiterschaft werden.

Der Herr Abg. Wilfer hat dann von dem verarmten deutschen Volke gesprochen, als Vertreter des Detailhandels. Der Herr Abg. Wilfer hat eines übersehen, trotzdem wir ein verarmtes Volk sind, sind an dem Körper des Detailhandels Krankheitserscheinungen aufgetreten, die auf die Dauer das deutsche Volk nicht ertragen kann. Ich weise darauf hin, daß in fast allen Städten die Zahl der Detailgeschäfte sich erhöht hat, daß an allen Ecken der Straßen Lebensmittel- und

Delikatessengeschäfte aufgemacht worden sind, in weit höherem Maße als das vor dem Kriege der Fall war. Es hat eine ungeheure Dezentralisation auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung Platz gegriffen. Es ist selbstverständlich, daß alle diese Existenzen, die während der Inflation und während des Krieges sich gebildet haben, darnach trachten, weiter zu existieren, so daß der Preis so hoch gesetzt werden muß, daß sie davon leben können. Es ist mir beispielsweise bekannt, daß in Berlin heute über 5000 Lebensmittelgeschäfte mehr vorhanden sind, als vor dem Krieg, trotzdem der Lebensmittelkonsum im allgemeinen gegenüber dem vor dem Kriege zurückgegangen ist. Derartige Erscheinungen sind unmöglich auf die Dauer für das deutsche Volk zu ertragen.

Nun ist in diesem Zusammenhang auch die Konsumbewegung von Herrn Wilfer berührt worden. Ich weise darauf hin, daß diejenigen Familien, die in den Konsumvereinen einkaufen, heute besser und billiger einkaufen, als es in den Privatgeschäften der Fall ist. Mir sind beispielsweise die Berechnungen aus Mannheim bekannt, daß eine Familie, die in dem Konsumverein in Mannheim einkaufte, gegenüber den Detailgeschäften 5 bis 10 Prozent billiger dieselbe Qualität bekam. Wir müssen dazu kommen, wie in anderen Ländern, auch die Konsumbewegungen, sowohl der Produzenten als der Konsumenten besser als seither auszubauen.

Nun hat die Erhöhung des Mehl- und Getreidepreises im allgemeinen eine Rolle gespielt. Nicht nur die schlechte Ernte, die allgemein in allen Ländern in diesem Jahre zu verzeichnen ist, hat zu der Erhöhung des Getreidepreises geführt, sondern auch die Maßnahmen, die von der Reichsregierung durchgeführt worden sind, haben zu einer gewaltigen Steigerung der Lebensmittelpreise in Deutschland, insbesondere des Getreide- und Brotpreises, der als Standardpreis für die Lebensmittelpreise benützt wird, geführt. Nicht nur die Ankündigung des Zollschutzes hat erreicht, daß die Getreidepreise in die Höhe gegangen sind, sondern insbesondere die Aufhebungen des Ausfuhrverbotes sind an dieser Erhöhung der Getreidepreise schuld. Ich will einige Zahlen nennen, in welcher großem Maße das deutsche Getreide ins Ausland gegangen ist. Weizen beispielsweise im Juli 13 000 Doppelzentner, im August 220 000 Doppelzentner, im September über 400 000 Doppelzentner, Roggen im Juli 2100 Doppelzentner, im August 200 000 Doppelzentner. Gerste im August 140 000 Doppelzentner. Gewaltige Mengen von Getreide sind ins Ausland gegangen in einer Zeit, wo der Reichsregierung bekannt sein mußte, daß die deutsche Ernte nicht ausreicht, um die deutsche Bevölkerung zu ernähren.

Das deutsche Getreide ist aber auch zu einem billigeren Preis ins Ausland gegangen, als der Inlandspreis war. Die amtlichen Preise, die am Tage der Ausfuhr an der Berliner Produktenbörse festgesetzt sind, sind für die Ausfuhr wesentlich niedriger, als für das Inland (Abg. Klaiber: Blödsinn!). Herr Abg. Klaiber, das sind amtliche Preise. Am 27. September war der Börsenpreis in Deutschland 22,40 Mark für den Doppelzentner Weizen, ins Ausland ging der Doppelzentner für 20,16 Mark. Der Roggenpreis betrug in Deutschland am 27. September 25,50 Mark, ins Ausland ging er zu 17,03 Mark, also zu einem Preis, der wesentlich niedriger ist, als er in Deutschland war. Die Folge davon ist, daß nun größere Mengen ausländischen Getreides zu wesentlich höheren Preisen nach Deutschland eingeführt werden müssen, als für dasjenige Getreide erlöst wurde, das ins Ausland gegangen ist.

Eines ist allerdings erreicht worden: Daß nämlich diejenigen Großgrundbesitzer, die noch große Mengen von Getreide im

Vorrat hatten, infolge des Hinauffchnellens der Preise einen ganz gewaltigen Gewinn eingesteckt haben (Abg. Klaiher: Diese Logik verstehe ich nicht!); das war der Erfolg, der damals durch die Maßnahme der Reichsregierung erreicht worden ist.

Ich will in diesem Zusammenhang noch auf etwas anderes hinweisen (Zuruf des Abg. Klaiher). Die deutschen Arbeiter im allgemeinen werden heute zu den niedrigsten Sätzen bezahlt (Unruhe — Glocke des Präsidenten), die überhaupt ein Arbeiter in einem Kulturstaat erhält (Glocke des Präsidenten). — Der Präsident bittet um größere Ruhe). Bereits von verschiedenen Rednern ist ja auch darauf hingewiesen worden, daß heute die Löhne der Arbeiter und Angestellten, besonders in der Privatindustrie, viel niedriger sind als das vor dem Kriege der Fall gewesen ist.

Dabei darf nicht verkannt werden — wie das der Herr Minister bereits in seinen Ausführungen betont hat — daß seit dem vorigen Jahre die Preise bedeutend gestiegen sind, daß aber die Löhne und Gehälter ihnen nicht in gleichem Maße nachfolgten. Ich darf darauf hinweisen, daß heutzutage die Abzüge, die am Lohn des einzelnen Arbeiters vorgenommen werden, viel höher sind, als das in Friedenszeiten der Fall gewesen ist. Ich erinnere mich, daß im Frieden bei einem Lohn von 40 Mark, wie er damals in Mannheim innerhalb der Metallindustrie verdient worden ist — der Herr Kollege Eberhardt wird als Zeuge auftreten und diese Angaben bestätigen können — an Krankengeld, Invalidenversicherung und dergleichen, sowie für die Lokalunterstützungskasse eine Mark pro Woche abgezogen wurde.

Heute werden viel höhere Abzüge gemacht. Heute muß der Arbeiter, der einen Wochenlohn von 40 Mark hat, damit rechnen, daß ihm für die Sätze der sozialen Unterstützung und Versicherung — für Krankenversicherung, Invalidenversicherung usw., wozu dann noch der Steuerabzug kommt — fast ein ganzer Taglohn abgezogen wird. Es ist also schon auf diese Weise eine große und gewaltige Reduzierung des Realeinkommens für die Arbeiterklasse durchgeführt worden. Deshalb wäre es unter allen Umständen notwendig, überall darauf hinzuwirken, daß die deutsche Industrie erkennt, wie notwendig es ist, daß die Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter erhöht werden.

Wenn wir in die Familien der Arbeiterschaft hineinklicken, dann finden wir, daß in tausenden und zehntausenden von Arbeiterfamilien heute nicht mehr das Notwendigste vorhanden ist, was unbedingt zu einem Haushalt gehört: Tausende und abertausende von Familien haben keine Bettwäsche mehr. Wenn Sie durch die Arbeiterviertel hindurchgehen und die Kinder der Arbeiter betrachten, so werden Sie schon nach dem bloßen Aussehen der Kinder bei 70 bis 80 Prozent feststellen können, daß sie unterernährt sind (Sehr gut! Zuruf).

Sie, Herr Kollege Mager, müßten eigentlich ein Verständnis für diese Lage haben. Denn Sie wünschen ja die Wehrhaftigkeit des Volkes, um später wieder Krieg zu führen; mit einer Generation aber, die unter Ihren in der Industrie getroffenen Maßnahmen heranwächst, werden Sie niemals Krieg führen können. Wir Sozialdemokraten wollen den Krieg ja gar nicht; aber auch Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen, daß Sie jemals wieder Krieg führen können; denn diese Generation von Arbeiterkindern wird in dem Alter, in welchem sie zum Krieg führen notwendig wäre, zum größten Teil im Grabe ruhen; sie wird dieses Alter gar nicht erreichen, weil sie vorher durch Unterernährung, Tuberkulose und andere Krankheiten dem Tod anheimgefallen wäre.

Ich will nur ein Beispiel sagen, um einmal Kraft auszu- drücken, in welcher ungeheurer Notlage sich ein großer Teil der Arbeiterschaft befindet. Für diejenigen, die das ganze Jahr hindurch arbeiten und vielleicht Akkordarbeit zu einem Satz — ich will einmal sagen: — 75 oder 80 Pfennig pro Stunde leisten, ist es, ich will mich so ausdrücken, noch einigermaßen erträglich: „einigermaßen“! Diejenigen aber, die — wie das im letzten Jahr für große Teile der Arbeiterschaft innerhalb der Metallindustrie zutraf — das ganze Jahr hindurch, wenn man ihre Arbeitszeit zusammenrechnet, nur 4 oder 5 Monate gearbeitet haben, also ausgeteilt auf die einzelnen Wochen nur 2 bis 3 Tage, und die dabei keine Kurzarbeiterunterstützung erhielten, befinden sich in einer ungeheureren Notlage. Diese Notlage muß man sich nur vorzustellen versuchen (Sehr richtig!).

Dann ein anderes Beispiel! Betrachten Sie das Los der Tagelöhner — und zu diesen gehört ein großer Teil der Arbeiterschaft —, die mit 45 oder 50 Pfennig Stundenlohn nach Hause geschickt werden. Das ergibt einen Verdienst von 4 Mark pro Tag und von 24 Mark pro Woche. Wenn man die Abzüge für Kranken-, Erwerbslosen-, Invalidenversicherung usw., für Steuer usw. abrechnet, dann erhält ein solcher Arbeiter, also ein Tagelöhner, sogar mit den sozialen Zuschlägen für seine Familie, für Frau und Kinder, im günstigsten Falle 21 bis 22 Mark pro Woche. Davon soll ein Arbeiter die ganze Woche hindurch mit Frau und Kinder leben können.

In dieser Woche ist im Betrieb ein Arbeiter an die Drehbank zu mir gekommen und hat mir über seine Lage geklagt. Er ist jung verheiratet, hat für Frau und Kind zu sorgen. Nun ist aber seine Frau erkrankt. Der Arzt hat angeordnet, er müsse seiner Frau etwas „aufsetzen“. Er war nicht in der Lage, seiner Frau wirklich dasjenige zu geben, was der Arzt verordnet hatte. Um aber der ärztlichen Vorschrift zu genügen, hat er nun seinen ganzen Lohn für seine Frau aufgewendet. Nun muß aber er selbst sich damit begnügen, trotzdem er den ganzen Tag über in schwerer Arbeit steht, weiter nichts als trockenes Brot zu essen. Ja glauben Sie denn, daß ein Arbeiter auf die Dauer das aushalten kann? Glauben Sie, auf die Dauer werde es möglich sein, daß ein Arbeiter bei einer solchen Ernährung in der Lage ist, wirklich seine Arbeit verrichten zu können?

Zum Schluß darf ich noch auf eines hinweisen. Bei Behandlung der Probleme, welche sich aus der Notlage der Arbeiterschaft ergeben, dürfen wir nicht nur an diejenigen denken, die arbeiten und arbeiten können, sondern wir müssen uns auch an jene erinnern, die nicht mehr in der Lage sind, zu arbeiten: An jene, die infolge von Krankheit oder Alter außerstand sind, sich etwas zu verdienen. In jenen Kreisen sieht es fürchterlich aus. Es handelt sich dabei um Arbeiter, die sich vielleicht vor dem Kriege einige Pfennige für das Alter gespart hatten; infolge der Inflation haben sie diese Sparpfennige verloren. Ein solcher Arbeiter ist nun ganz auf die Gnade der Invaliden- und Altersunterstützung angewiesen. Dabei handelt es sich um eine Altersunterstützung, die heute für den Arbeiter vielleicht wöchentlich 15 oder 17 Mark — ich glaube jetzt 17,40 Mark beträgt. Damit kann ein Arbeiter nicht auskommen und nicht leben.

Der Herr Kollege Weizmann hat bereits auf die ungeheure anwachsende Zahl der Selbstmorde hingewiesen, die zurzeit in Deutschland stattfinden. Die ungeheure Zahl derjenigen, die sich das Leben nehmen, weil sie nicht mehr in der Lage sind zu leben, weil sie sich nicht mehr imstande sehen, überhaupt ihr Leben fristen zu können, verdient Beachtung.

Auch jener Kreise, aus welchen diese Verzweifelden kommen, ist hier im Landtag zu gedenken; auch für jene Kreise etwas zu tun, muß Aufgabe der Volksvertretung sein.

Nun möchte ich aber noch gegenüber dem kommunistischen Redner, der ja auch gegenüber meiner Partei Ausführungen gemacht hat, einiges sagen.

Gerade in der Herbstsession des letzten Landtags hat die sozialdemokratische Partei — zwar nicht durch Worte, aber durch Taten — bewiesen, daß sie wirklich bereit und in der Lage ist, für die „Armsten der Armen“ etwas zu tun (Zuruf von der kommunistischen Gruppe: *Aha, jetzt kommen die 500 000 Mark!*). Auf unseren Antrag — auf Antrag der Sozialdemokratie! — sind den Erwerbslosen in Baden 500 000 Mark zur Verfügung gestellt worden (*Abg. Ritter: Das ist auch etwas!*) — und die Gemeinden sind verpflichtet worden, ebenfalls denselben Betrag für die Erwerbslosen aufzuwenden (*Erneuter Zuruf von der kommunistischen Gruppe*). Auf Antrag der Sozialdemokratie hin (*Unterbrechung durch Zurufe von der äußersten Linken*), auf den Antrag der Sozialdemokratie hin, sind den Sozialrentnern, den Pensionären und Invaliden, diesen „Armsten der Armen“ ebenfalls 500 000 Mark zur Verfügung gestellt worden (*Abg. Haebler: Von kommunistischen Phrasen wird keiner satt!*). Wir haben bewiesen, daß wir bereit sind, für die Arbeiter, für alle, die in Betracht kommen und auch für die Armsten der Armen etwas zu tun.

Aber den Kommunisten will ich zum Schluß noch eines sagen: Sie haben kein Recht, heute den bürgerlichen Staat oder seinen Institutionen, den Schlichtungsausschüssen usw. Vorwürfe zu machen; denn Sie haben das wichtigste Instrument der Arbeiterschaft, die Gewerkschaft, zerschlagen (*Lebhafte Zurufe von kommunistischer Seite — Gegenzurufe von sozialdemokratischer Seite — Erregung — Glocke des Präsidenten — Abg. Gäbler: Ja, die Politik der „Arbeitsgemeinschaft!“*). Herr Kollege Gäbler, da können Sie noch nicht mitreden! Sie sind ja nicht gewerkschaftlich organisiert (*Abg. Gäbler: Wenn Sie reden — das ist ja klar!*). Ich glaube, ich halte es Ihnen zugute, daß ich Sie für ehrlich genug halte, daß Sie nicht wissen, mit welchen demagogischen Mitteln von der kommunistischen Partei gearbeitet wird, um die Arbeiter niederzuhalten. Nur die Not und das Elend der Arbeiterschaft bilden die Existenz der kommunistischen Partei. Denn wenn Not und Elend beseitigt ist, wird die kommunistische Partei zusammenschmelzen wie der Schnee in der Sonne.

Wir ersuchen deshalb, unserer Auffassung zugestimmen und dafür Sorge zu tragen, daß auch den Armsten der Armen, der Arbeiterschaft und den notleidenden Schichten, in der Zukunft besser Rechnung getragen wird, wie das seither der Fall gewesen ist (Beifall bei den Sozialdemokraten — Andauernde Zurufe zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten).

Im Verlaufe vorstehender Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.

Abg. Hofheinz (D. Dem. P.):

Der Herr Minister hat in der Beantwortung der förmlichen Anfrage mit wenigen Zahlen ein zwar nicht sprunghaftes, aber konstantes Anwachsen des Preisindex nachgewiesen. Diese Zahlen sind insofern wohl nicht einmal so ganz stichhaltig, weil sie den amtlichen Index darstellen, der sich beschränkt auf eine bestimmte Menge von Verbrauchsgegenständen und dadurch die Preiserscheinungen noch nicht einmal ganz zum Ausdruck bringt. Er wird darum von den gesamten Arbeitnehmern und Verbrauchern immer in

seiner Wirkung angezweifelt. Aber diese Zahlenreihe beweist doch, daß wir in einer aufsteigenden Linie sind, und daß wir uns nicht damit abfinden dürfen, daß die Dinge so liegen, sondern daß wir darnach streben müssen, den Ausgleich zwischen diesen aufsteigenden Tendenzen in der allgemeinen Preisentwicklung und zwischen der immerhin vorhandenen Tatsache des Zurückbleibens der Lohn- und Gehaltsverhältnisse zu schaffen.

Das Problem, wie es jetzt liegt, muß rein von der sozialpolitischen Seite betrachtet werden. Denn in dem Augenblick, wo die untersten Einkommensgrenzen mindestens wieder so liegen, daß die Bezüher dieser Einkommen davon einigermaßen anständig und auskömmlich leben können, läßt sich eine Differenzierung des Einkommens viel leichter ertragen, als heute, wo die untersten Gehaltsgrenzen unter den notwendigsten Lebensvoraussetzungen liegen. Wer die Lohn- und Gehaltslisten namentlich von einigen Industrien heute überprüft, der muß sagen, daß von diesen Gesichtspunkten aus gesehen diese Lohn- und Gehaltsverhältnisse nicht als ertragbare untere Grenze angesehen werden können. Es wird immer stärker ein Existenzminimum gefordert werden müssen, unter das ein normal arbeitsfähiger und arbeitswilliger in seinem Verdienst unter keinen Umständen herabsinken darf. Wer nicht normal arbeitsfähig ist aus gesundheitlichen Gründen oder aus Gründen der Arbeitslage, wer also nicht auf dem Wege des Arbeitsverdienstes sein Einkommen erlangen kann, dem müßte stärker als bisher auf dem Wege der sozialen Zuschläge und des sozialen Ausgleichs geholfen werden. Denn das ist ganz selbstverständlich: Wenn der Staat und das Reich in ihren demokratischen Grundlagen erhalten werden sollen, dann kann man nicht jedes Jahr Hunderttausende und Millionen am Hungertuch nagen lassen mit der Vertröstung darauf, daß mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage auch eine Besserung ihrer persönlichen Verhältnisse eintreten werde.

Den Ursachen im einzelnen nachzuforschen, warum die Einkommensdrückung so stark in Erscheinung tritt, das halte ich für heute und im Rahmen dieser Auseinandersetzung nicht für möglich. Aber neben all dem Gesagten möchte ich doch abheben, daß gerade nach Angabe der Handelsverbände des Großhandels und des Kleinhandels, heute eine Sättigung an Handelsstellen vorhanden ist, die wir vor dem Kriege in keiner Weise gekannt haben. Es dürfte festzustellen sein, daß wir heute mindestens 40, vielleicht sogar 50 Prozent mehr Handelsstellen im Klein- und Großhandel haben als im Frieden. Es ist ganz selbstverständlich, daß diejenigen, die eine Firma aufmachen, ein Geschäft tätigen, davon auch leben müssen, und daß sich nach und nach durch die Überflutung mit Handelsstellen jedenfalls ein Verbrauch von organisatorischen Einrichtungen und Arbeitskräften ergibt, der in der Preissteigerung der Waren trotz Konkurrenz sich auswirken muß. Die reelle Geschäftswelt hat selbst das größte Interesse daran, daß hier keine Überwucherungen dauernd Platz greifen.

Daß Zwangsmaßnahmen zur Senkung der Preise für Lebensmittel und lebensnotwendige Dinge nicht zum Ziele führen, das haben wir in den Jahren 1923 und 1924, glaube ich, zur Genüge kennen gelernt. Und ich halte nicht viel davon, daß man vielleicht noch einmal auf dem Wege der Gesetzgebung hier einschreift. Die verschiedenen Schwankungen auf dem Gebiet der Preisgestaltung und der Lohnbewegung führen zu der Auffassung, daß tatsächlich nur das freie Spiel der Kräfte, aber für beide Teile, den notwendigen Ausgleich

schaffen wird. Vielleicht hat der Herr Abg. Freidhof recht, wenn er sagt, daß der Ausgleich zwischen Löhnen und Gehältern und Preisbildung wohl stärker in Erscheinung getreten wäre, wenn die Gewerkschaftseinrichtungen der großen Massen der Verbraucher stets hätten wirksam in Aktivität treten können (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und nicht (Zuruf des Abg. Gäßler — Lebhaftige Gegenrufe bei den Sozialdemokraten, besonders des Abg. Rüdert) entweder durch eine unerquickliche Reaktion oder durch Gewerkschaftsgegenstände zerstört worden wären (Erneuter Zuruf des Abg. Rüdert). Vor allem müssen wir unter allen Umständen warnen, nämlich solche soziale Notstände in den Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger ausgleichen zu wollen etwa auf dem Weg, den jetzt die Eisenbahn gegangen ist, und den vielleicht andere Großbetriebe auch gehen möchten, nämlich durch ein Prämienystem, das zwar einigen Wenigen eine Zubuße zu ihrem Einkommen geben könnte, die große Masse aber nicht berücksichtigt und im ganzen gesehen, nur Löhne und Einkommen noch mehr herabdrücken würde.

Daß man gewöhnlich nur die Industrie bei der Betrachtung dieser Angelegenheit anführt, genügt nicht. Alle Wirtschaftskreise, Handelswelt wie Industrie und Landwirtschaft, kurz, alle der Wirtschaft dienenden Einrichtungen und Korporationen müssen gemeinsam und zwar nicht aus Zwang heraus, sondern aus Erkenntnis ihrer sozialen Pflicht zusammenhelfen, um eine wirtschaftliche Besserung der Lebensbedingungen namentlich der unteren Lohn- und Gehaltsempfänger durchzuführen. Bei der Industrie wurde nun ganz besonders darauf hingewiesen, daß es für sie eine Unmöglichkeit sei, größere Lohnlasten zu tragen, daß die Behauptung der Arbeitnehmer doch falsch sei, als ob man sie nur als billige Arbeitskräfte betrachte, und daß eine Überbezahlung der leitenden Beamten finanziell nicht in Erscheinung trete. Das letztere mag sehr wohl stimmen. Man muß aber vor allem auf die psychologischen Wirkungen hinweisen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es ist vielleicht im Staat und in der Privatwirtschaft gleichgültig, ob ein paar Millionen mehr oder weniger an dirigierende Beamte bezahlt werden, die Hauptsache aber ist die Verbitterung, die entsteht, wenn die Einkommenslagen der Massen von Arbeitnehmern so stark im Kontrast steht zu der einer kleinen Schicht von Bevorzugten.

Unter der Unmöglichkeit der Betriebe, größere Lohnlasten zu tragen, haben auch früher immer wieder einzelne Industriezweige gelitten. Das waren aber Konjunkturererscheinungen, wie so oft bei der Tabak- oder Bijouterieindustrie, und sie hatten mit dem, was wir heute hier erörtern, nichts zu tun. Solche Konjunkturererscheinungen sind etwas anderes als die Frage nach der sozialpolitischen Tendenz der Betriebsführung. Und sozialgesinnte Unternehmer und Betriebsleiter gibt es auch heute nicht wenige, die tun, was in der wirtschaftlichen Lage möglich ist.

Ich darf aber doch erwähnen, daß manche Zweige der Industrie in den letzten Jahren und namentlich im letzten Inflationsjahr eine Anreicherung ihrer Werte haben durchführen können, die über das sonst übliche noch hinausging, und es ist vielleicht nicht ganz ohne, wenn in gewissen wirtschaftlichen Zeitschriften darauf hingewiesen wird, daß die z. T. zu starke Expansionskraft, die sich gerade im Jahre 1923 in Vergrößerung der Betriebe bei gewissen großen konzernierten Industrien geltend gemacht hat, sich zu einem großen Teil jetzt dahin auswirkt, daß heute diese Betriebe ihre Einrichtun-

gen nicht mehr ganz ausnützen können, weil sie sich übernommen haben, und daß darauf nun auch ein Teil des Rückschlags bezüglich der Löhne und Gehälter zurückzuführen ist.

Bezüglich des Vergleichs, der zwischen den Beamten und Arbeitern im Staats- und im Privatdienst angestellt worden ist, möchte ich warnen, diesen Streit anzufachen. Denn es ist das Unglücklichste, was in der Welt geschehen kann, wenn zwei, von denen keiner genug hat, bei denen nur ein gradueller Unterschied besteht, sich nun darüber streiten wollen, wer von ihnen eigentlich das größere Unrecht zu tragen hat. Man muß sich gegenseitig helfen und muß die öffentliche Meinung nach der Seite zu beeinflussen suchen, daß durch eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik eine Besserung in der Richtung einer allgemeinen Erhöhung der Einkommenslage erfolgt.

Zum Schluß möchte ich nur noch das eine anfügen: Wenn der Herr Abg. Ritter davon gesprochen hat, daß auch diese Fragen machtpolitische seien und nur von der Macht aus gelöst werden können, so hätte er nach seiner Auffassung vielleicht besser gesagt „Gewaltpolitik“. Denn Machtpolitik ist natürlich jedes politische Streben im Staat; das braucht sich nicht (Zuruf des Abg. Gäßler) und wird sich natürlich nicht in Gewaltmaßnahmen auszuwirken brauchen. Aber was man demgegenüber unter Gewaltpolitik versteht, das ist etwa das, was Herr Ritter angedeutet hat: daß man den heutigen Staat zertrümmert und darauf ein Zukunftsbild aufbaut, von dem er selber — trotz Rußland, Herr Gäßler! — noch nicht einmal sagen kann, daß es irgendwo in der Welt existenzfähig bestanden hat oder in dieser Form bestehen wird (Zuruf des Abg. Gäßler). Damit trennen wir uns in der Richtung des Organisatorischen im staatlichen Gedanken; aber wir trennen uns nicht in dem sozialen Wollen, Herr Gäßler und Sie werden uns nicht mit Recht den Vorwurf machen können, daß das soziale Empfinden für die wirklichen Notstände etwa nicht vorhanden sei. Im Gegenteil, wir glauben: je mehr die Gewaltpolitik vermieden werden, und je mehr auch auf diesem Gebiete eine Politik der Verständigung in allen Kreisen erreicht werden kann, umso besser dienen wir dem einzelnen und auch unserem ganzen Volk (Beifall bei den Demokraten).

Präsident Dr. Baumgartner:

Ich darf zur Geschäftslage folgendes bemerken: Zu der vorliegenden Materie sind vorläufig noch 2 Redner vorgemerkt. Nun ist angeregt worden, ob man nicht die beiden Punkte 4 und 5 unter II der Tagesordnung, nämlich die Interpellation Weißhaupt und Gen., die Einfuhr von Zuchtvieh, insbesondere Zuchtschaf, aus der Schweiz betr., und die Interpellation Martin und Gen., das Kindererholungsheim bezw. den Truppenübungsplatz Heuberg betr., auf eine spätere Sitzung vertagen sollte. Ich würde diesen Vorschlag auch machen, weil wir dann jetzt in einem Zuge fertig machen könnten; diese beiden Interpellationen könnten dann in der nächstfolgenden Plenarsitzung behandelt werden.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Martin (Zentr.):

Ich würde es sehr bedauern, wenn die Gegenstände, die den Heuberg betreffen, heute nicht mehr zur Verhandlung kommen könnten, namentlich deshalb, weil bekanntlich von den interessierten Kreisen großer Wert auf beschleunigte und

bringliche Behandlung gelegt wird. Bei der Geschäftslage aber und bei der Befehung des Hauses möchte ich schließlich doch nicht darauf bestehen, daß die Angelegenheit absolut heute noch zur Verhandlung kommt, wenn wir die Versicherung erhalten, daß die Anträge mindestens als einer der ersten Verhandlungsgegenstände in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden.

Im Einverständnis des Hauses werden die beiden Förmlichen Anfragen unter II 4 und 5 der Tagesordnung der 7. Sitzung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

In der Besprechung erhalten weiter das Wort:

Abg. Eberhardt (Zentr.):

Das Klagegeld über die derzeitige und schon länger bestehende Teuerung hören wir in allen Kreisen unseres deutschen Volkes. Die Teuerung, wie wir sie zu beklagen haben, ist aber nicht nur eine spezifisch deutsche Erscheinung, sondern sie geht weit über die Grenzen unseres deutschen Vaterlandes hinaus. In Amerika, in England, in Belgien ist die Teuerung sogar noch stärker als bei uns in Deutschland; nur von Frankreich kann man vielleicht sagen, daß dort die Teuerung diesen Höhepunkt nicht erreicht hat wie in Deutschland.

Während nun aber die Teuerung so gestiegen ist, hat man in den anderen Ländern versucht, einen Ausgleich zu schaffen. Die Löhne und Gehälter der Angestellten in der Industrie sind dort den veränderten Lebensverhältnissen angepaßt worden, während man in Deutschland eine solche Anpassung vergeblich sucht. Gerade die Schwerindustrie und ihre Führer sind es, die mit aller Macht und Kraft das Aufstreben und die Entfaltung der Arbeiterschaft zwecks besserer Lebensgestaltung zu verhindern suchen. Diese Führer in der Schwerindustrie geben den Ton an, und die Kleinindustrie in den übrigen deutschen Ländern muß sich dem wohl oder übel fügen. So sehen wir, wie auf der einen Seite eine gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen ist, während es auf der anderen Seite mit dem Ausgleich rückwärts geht. Wenn man Gelegenheit hat, bei den verschiedenen Lohnverhandlungen mitzuarbeiten und dort zu sehen, wie mit allen Künsten der Raffinesse versucht wird, auch nur die geringsten Lohnerhöhungen zurückzuhalten, dann bekommt man erst einen rechten Begriff davon, was für Kräfte am Werke sind und in welcher Art und Weise sie arbeiten.

Ich will einmal einige Einzelbeispiele anführen: Wir haben in der Metallindustrie in Mannheim die letzten Jahre sehr zu kämpfen mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die Löhne der Metallindustrie in Mannheim hatten einen Tiefstand erreicht, der weit unter die Friedenslöhne herunterging. Im Frühjahr v. Js. entbrannte nun ein Kampf in der Metallindustrie um die Arbeitszeit und dann auch um die Löhne. Ich will die ganzen Phasen dieses Kampfes hier nicht vorführen. Es gelang durch das Eingreifen der christlichen Gewerkschaften, einen noch halbwegs annehmbaren Manteltarif fertig zu stellen. Nachdem aber dieser fertig gestellt war, versuchte man auf Umwegen von Seiten der Metallindustrie, der Metallindustriegewaltigen und ihrer Schndigt, das, was in dem Manteltarif ihnen abgerungen war, auf andere Art und Weise wieder rückgängig zu machen, und es kam dann infolge dessen im Frühjahr zur Aussperrung. Da war es nun auffällig, wie die Arbeitgeber — und es ist typisch für alle

Kreise der Industrie — unter Aufwand von großen Geld- und Machtmitteln die Öffentlichkeit davon überzeugen wollten, daß nur allein die bösen Gewerkschaften schuld daran seien, wenn immer und immer wieder Beunruhigung unter die Arbeiterschaft käme, und daß nur die bösen Gewerkschaften es seien, die jetzt das Märchen verbreiten, daß die Unternehmer der Metallindustrie an eine Lohnreduzierung denken wollten. Die Sanguage war damals so, daß sie tatsächlich eine Lohnreduzierung im Auge hatten. In der Öffentlichkeit wurde es abgestritten, und wir, die wir in der Metallindustrie stehen, wir haben es nun in den letzten Monaten schon erfahren, was das Wort der Metallindustriellen gilt, selbst wenn es in der Öffentlichkeit gegeben wird. Wo man nicht direkt zur Reduzierung der Löhne gehen konnte, da hat man es in den Betrieben versucht und hat damit, was das schlimmste ist, die Arbeitsfreude und den Willen, am Volksganzen mitzuarbeiten, in grober Weise in weite Kreise hinein zerstört.

Nun, die Lohnreduzierung wurde in der Öffentlichkeit von den Metallindustriellen abgestritten, sie ist eingeführt worden und oftmals mit Mitteln, die nicht gerade das Wort anständig verdienen. Man tritt in den Betrieben besonders dort, wo strebsame — strebsam aber in Gänsefüßchen gesetzt — Betriebsleiter vorhanden sind. Man trat dort oftmals an die Leute heran und forderie sie auf, aus irgend welchen Gründen aus sich herauszugehen, sich anzustrengen, die letzte Kraft herzugeben. Sie könnten dann auf Grund ihres Arbeitsergebnisses einen Afford verrechnen, wie sie ihn verdient hätten, es würde ihnen nichts geschehen und wenn das dann ein oder zweimal geschehen ist, da wird man nach drei oder vier Wochen die Erfahrung machen, daß der eine oder andere mit der sogenannten Stoppuhr kommt und sagt: mein lieber Freund, Du hast so und so viel verdient damals und heute, und man wird überzeugt, daß der Afford so gut bezahlt wird, daß man Abzüge machen muß, und auf die Gügläubigkeit dieses Arbeiters, der da glaubt, dem Werke und Betriebsleiter einen Dienst zu tun, um sie aus der momentanen Schwierigkeit herauszubringen, wird nun der Affordabzug wieder eingeführt.

Diese Dinge, wie sie draußen in den einzelnen Betrieben geübt werden, diese Nadelstichpolitik, wie sie von den Arbeitgebern in die Betriebe hinein gebracht worden ist, bringt soviel Erbitterung und soviel Mißmut in die Arbeiterschaft hinein, daß man sich von oben wundern muß, wenn die Arbeiter schließlich zu den Kommunisten hinlaufen und glauben, dort Hilfe finden zu können, obwohl sie diese auch dort erst recht nicht finden (Abg. Frau Unger: Das werden wir noch abwarten).

Leider haben ja die Arbeitgeber es verstanden, das einzige Mittel, das die Arbeiter zur besseren Gestaltung ihrer Lebenshaltung in der Hand hatten, die Gewerkschaften, in Mißkredit zu bringen. In dieses Liedlein gegen die Gewerkschaften haben in vollem Maße die Herren Kommunisten eingestimmt, und wenn der Arbeiter heute sagen muß, unsere Organisationen sind diejenigen, die seit langen Jahren für die Arbeiter eingetreten sind, die den Arbeitern noch in den letzten Jahren eine annehmbare Lebensführung, die den Arbeitnehmern im Betrieb ein Mitbestimmungsrecht erkämpft haben, dann waren es die Kommunisten, die diese Organisationen, diesen Rückhalt der Arbeiterschaft mit zer schlagen haben. Wir finden nun aber auch, daß in den Betrieben draußen die Arbeitgeber dazu übergehen, die Tarifverträge nach mancherlei Richtungen hin zu sabotieren. Wohl wird

eine Sabotage nach unten vorgenommen und versucht, den Tariflohn nicht zu zahlen. Die Not des einzelnen Arbeiters stellt ihn schließlich vor die Frage: Entweder Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit oder einen niedrigeren Tariflohn. Eine Sabotierung nach oben über die Tarifverträge hinaus kann man aber nicht beobachten. Wenn nun die Arbeiter kommen und sich beklagen, daß man doch nicht einmal in den Spitzenlöhnen über die Tarifverträge hinausgehen könne, dann heißt es sofort wieder von jener Seite: Daran sind die Gewerkschaften schuld, die Gewerkschaften haben uns gebunden, daß wir nicht höher gehen können. Wir würden gerne höher gehen, wenn die Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen damals nur höher gegangen wären. So konnte man gerade in der Metallindustrie in Mannheim von den Metallindustriellen und von den einzelnen Betriebsdirektoren immer wieder hören. Aber es muß öffentlicher Protest dagegen erhoben werden, daß von jener Seite den Gewerkschaften unterstellt werden wird, als ob sie bei den jeweiligen Lohnverhandlungen nicht die Arbeiter in ihren Lohnforderungen so vertreten hätten, wie es notwendig gewesen wäre. Da finden wir nun wieder, wie von den Kommunisten Hand in Hand mit den Arbeitgeberern gearbeitet wird, wie sie in die Betriebe hinaus gehen und den Arbeitern das draußen erzählen: (Abg. Frau Unger: O, Ihr Heuchler!) Seht, so haben die Gewerkschaften gearbeitet! (Zuruf der Abg. Frau Unger): Ich weiß nicht, Frau Abg. Unger, ob Sie überhaupt für die Gewerkschaftsarbeit Verständnis haben (Abg. Frau Unger: So viel wie Sie. — Weiterkeit). So werden Mittel angewandt, die Organisation der Arbeiterschaft wird zerschlagen, um sie nieder zu halten.

Wir in der Arbeiterschaft wissen es ganz wohl, daß große Lasten auf den Schultern des deutschen Volkes liegen, und wir wissen aber auch, daß auch die Arbeiterschaft an der Tragung dieser Lasten seinen Teil mitübernehmen muß; aber das können und werden wir niemals verstehen, daß man versuchen will, diese Lasten dem werktätigen Volk, wenn irgend möglich, allein aufzubürden (Abg. Frau Unger: Ihr habt es ja gebuldet). Und Sie unterstützen das Streben, das dahin geht, das werktätige Volk noch mehr in das Joch der Großindustriellen hineinzuspannen (Erneuter Zuruf der Abg. Frau Unger. — Glocke des Präsidenten. — Der Präsident bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen).

Wenn man aber nun dazu übergehen wollte, Einzelbilder aus dem Arbeitgeberkreis zu zeichnen, wie es draußen aussieht, so will ich nur einige kurze Striche machen. Ich kenne sehr große Textilbetriebe, wo heute Arbeiterinnen im Affordlohn bei neunstündiger Arbeitszeit mit einem Wochenlohn von 15 und 16 Mark bei harter Affordarbeit nach Hause gehen. Ich kenne andere Betriebe, zum Beispiel der Chemie, wo heute die Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von 14 Mark heimgehen. Das Gros der ungelerten Arbeiter hat einen Durchschnittslohn von 24, 25 Mark. Die gelernten Arbeiter stellen sich etwas besser. Soll es noch näher ausgemalt werden, welche Not in solchen Kreisen bestehen muß, wo auch noch dazu kommt, daß seit langem Kurzarbeit in weiten Kreisen geherrscht hat. Schon vor dem Kriege war der Lohn der Arbeiter nicht so, daß sie sich wie manch andere Stände eine eigene Kultur und dann auch entsprechende Kulturwerte hätten anschaffen können. Es ist einmal hier das Wort geprägt worden, daß der Mittelstand eine eigene Kultur hat. Das ist richtig. Der Arbeiterstand konnte es infolge all' der Widerstände, die auch aus dem Mittelstande mit herauskamen, bis hinauf in die Großindustrie, zu einer

Eigenkultur nicht bringen. Infolgedessen konnte er auch materielle Kulturwerte nicht anschaffen. Es kam der Krieg, alle die bösen Jahre und das wenige, was der Arbeiter an Werten hatte, mußte aufgezehrt werden, ist aufgebraucht und heute diese überaus große Not, die niedrigen Löhne auf der einen Seite, auf der anderen Seite Höchstpreise für alle diejenigen Gegenstände, die auch der Arbeiter zu seines Lebens Notdurft und Unterhalt braucht, die er zur Erhaltung und Begründung seiner Eigenkultur haben muß.

Das sind Zustände, gegen die mit Recht in aller Öffentlichkeit einmal Front gemacht werden muß, daß auch denjenigen, die in der Wirtschaftsführung die Zügel in der Hand haben und tonangebend sind, gesagt werden muß: so können die Dinge auf die Dauer nicht weiter gehen. Wenn Sie wollen, daß unsere Wirtschaft ertragsfähig wird, und sie kann nur ertragsfähig werden, wenn Arbeitsfreude, Freude am Schaffen und Vollbringen in den großen Teilen der Arbeiterschaft wieder vorhanden ist, müssen Sie sorgen, daß auf dieser Grundlage der Arbeitsfreude unsere Wirtschaft wieder aufgebaut werden kann. Während nun auf der einen Seite diese eine große Not vorhanden ist, sieht man, daß es auf der anderen Seite für einen großen Kreis nicht so bestellt ist, wie diese Leute bei den Lohnverhandlungen selbst sagen, das Geschäft kann es nicht ertragen, daß höhere Ausgaben gemacht werden. Ich will nur einen Fall anführen, den ich in diesen Tagen zu Ohren bekam. Da hatte die Frau Gemahlin des Direktors eines mittleren Werkes, der bei verschiedenen Verhandlungen immer von der Nichttragbarkeit spricht, kürzlich Geburtstag und da bekam sie von ihrem Herrn Gemahl, der jedenfalls sehr schlecht entlohnt war, als Geburtstagsgeschenk ein zweites Auto, weil das erste nicht schön genug war (Zuruf: Hört, hört!).

Ich könnte noch eine ganze Anzahl von Bildern auch nach dieser Richtung Ihnen hier bekanntgeben. Ich will es unterlassen, es ist schon von verschiedenen Seiten deutlich genug darauf hingewiesen worden, und jeder der will, kann sehen und hören, was heute vorgeht. Möchte doch endlich einmal im Interesse unseres gesamten Volkes hier mehr Verständnis in denjenigen Kreisen, die es angeht, aufdämmern, Verständnis für die wirkliche Not der Arbeiterschaft, das würde sowohl zum Segen der einzelnen Wirtschaft, als zum Wohle des Volksganzen dienen. Es ist doch klar, daß mit einer Arbeiterschaft, die sieht, daß man ihren rechtlichen Forderungen und Wünschen nachkommt, viel eher etwas zu machen ist, als wie mit einer Arbeiterschaft, die widerwillig sich dem was notwendig ist, unterordnet, die nur schweren Herzens und mit Widerwillen das ausführt, was ausgeführt werden muß.

Es war vor einigen Tagen, da war die norddeutsche Arbeiterschaft, soweit sie auf christlichem, nationalem Boden steht, zusammengesetreten, um in großen Kundgebungen Front zu machen, gegen die Herrsch- und Gewalttucht der Großindustriellen, die sich in den letzten Jahren wieder ausgewachsen hat und die dahingeht: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir die Arbeiterschaft in Not gebracht haben, wo sie müde geworden ist und sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben muß. Dort hat die Arbeiterschaft Stellung genommen, und es war eine groß angelegte Rede des christlichen Bergarbeiterführers Impusch, der alle diese Dinge mit dem notwendigen Freimuth gezeichnet hat. Ich kann nicht unterlassen, von dieser Stelle aus mich seinem Schlußwort, das er gesprochen hat, voll und ganz anzuschließen, wenn er sagte, wenn die Dinge so weiter gehen und eine zweite Re-

olution kommen muß, weiß ich nicht, ob dann die Köpfe aller dieser Arbeitgeber noch feststehen werden. (Zuruf: Sind Sie ein Kommunist?) Das ist kein Kommunismus, das ist nur Feststellung einer Tatsache, wie sie heute besteht. Möge es gelingen, diese furchtbare Gefahr, die uns hier droht, bei Zeiten zu bannen! Sie ist zu bannen, wenn man auf der Gegenseite Verständnis und Gerechtigkeitsgefühl hat für das, was der Arbeiterschaft Not tut (Beifall beim Zentrum).

Präsident Dr. Baumgartner:

Das Wort hat die Frau Abg. Unger. (Abg. Frau Unger: Herr Abg. Rüdert war vor mir gemeldet!). Ich habe den Herrn Abg. Rüdert deswegen zurückgestellt, weil kurz vor ihm der Herr Abg. Freidhof gesprochen hat.

Abg. Frau Unger (Komm. P.):

Ich protestiere dagegen, weil ich es für eine Schiebung betrachte, Herr Rüdert war vor mir gemeldet.

Präsident Dr. Baumgartner (unterbrechend):

Frau Kollegin, das muß ich mir ganz entschieden verbitten. Der Präsident kann die Wortmeldungen so aufstellen, wie er es für gut findet in Anbetracht dessen, daß die einzelnen Parteien nacheinander zum Wort kommen.

Abg. Frau Unger (Komm. P.):

Ich begreife das nicht, da es sonst üblich ist, daß man in diesem Hause der Reihe nach das Wort erteilt, wie die Wortmeldungen eingegangen sind, daß man nun willkürlich den einen vor den andern stellt.

Präsident Dr. Baumgartner:

Da kann ich zur Behandlung der Sache sagen: daß in jeder Sitzung derartige „Schiebungen“, wie Sie es zu nennen beliebt haben, vorkommen, sowohl auf Wunsch der betreffenden Redner selbst als auch auf Veranlassung des Präsidenten, um die Redner dafür und dagegen nach den einzelnen Parteien zum Worte kommen zu lassen, genau wie es die Geschäftsordnung vorschreibt. Das ist mit anderen genau so gegangen (Abg. Rüdert: Ich verzichte auf das Wort!). Nun hat der Herr Abg. Rüdert, um die Frau Kollegin Unger zu beruhigen, erklärt, daß er auf das Wort verzichtet (Abg. Wittmann: Frau Unger soll in der Geschäftsordnung den § 61 nachlesen!).

Abg. Frau Unger (fortfahrend):

Christkudentag und Friedenslohn wird die Parole sein, unter welcher in den nächsten Wochen und Monaten das Arbeiterheer sich zum Kampfe formieren wird. Ich muß betonen, daß es traurig genug ist, daß man heute noch diese rethorisch-wunderschönen Reden mit anhören muß, die nichts anderes darstellen, als platonische Liebeserklärungen an die Arbeiterschaft. Man anerkennt die Not und das Elend, aber man tut nichts, um die Wurzeln dieser Not und dieses Elends auszurotten. Seit Jahr und Tag führt die Arbeiterklasse den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Um diesen Kampf besser führen zu können, ist die gewerkschaftliche Organisation ins Leben gerufen worden. Zweierlei, dreierlei, vielleicht noch mehr Arten von Gewerkschaften existieren; davon will ich nur die zwei Gewerkschaften, die als die wesentlichsten in Betracht kommen, herausgreifen: die Christlichen und die freien Gewerkschaften.

Einmal sind die freien Gewerkschaften ja Organisationen gewesen, die als Klassenkampfaktoren für den Existenzkampf der Arbeiter in Frage kamen. Damals waren allein die christlichen Gewerkschaften Helfershelfer und Streikbrecher im Dienste des Kapitals. Heute reihen sich die freien Gewerkschaften in diese Tätigkeit würdig ein (Abg. Heinrich: Das verstehen Sie nicht!). Als Arbeiterin, die unter diesen Dingen sehr viel zu leiden hatte, habe ich darin praktisch sehr viel zu fühlen bekommen und zu verstehen gelernt (Zuruf von sozialdemokratischer Seite). Nach Ihrer Meinung müßten die Proletarier, die nicht Vongzen sind, vom Urteil über die gewerkschaftliche Organisation und Kampfweise zurücktreten und müßten sagen: „Wir wissen nichts, wir müssen das Wissen den Vongzen überlassen!“

Aber einen Beweis dafür geben Sie nicht, daß Sie vom Gewerkschaftskampf mehr wissen: Was haben Sie, die Gewerkschaftsbürokraten, denn bis jetzt für die Existenz der Arbeiterschaft errungen? Wenn Sie mehr wissen und können als andere, die Sie als Nichtswisser bezeichnen, dann geben Sie mir einen glatten Beweis dafür, was Sie dann in Ihren Gewerkschaftsbüros für den Existenzkampf der Arbeiterschaft erreicht haben! Haben Sie denn überhaupt etwas erreicht und was haben Sie erreicht? Sie haben erreicht, daß unsere Brüder und Schwestern draußen noch mehr hungern, daß Not und Elend für die Arbeiter höher gestiegen sind, und Reichtum und Profit auf der anderen Seite als glänzender Erfolg zu verzeichnen ist. Das ist das Resultat des gewerkschaftlichen Kampfes, den Ihr geführt habt (Abg. Rüdert: Was habt denn Ihr gemacht, Ihr Allerweltskönner?). Darauf habe ich das Eine zu erwidern (Abg. Rüdert: Aha, jetzt kommt!): Wenn die Sozialdemokraten, als sie die Macht hatten, diejenigen Männer geblieben wären, die sie waren zu der Zeit, als auch ich noch Mitglied der Sozialdemokratie war, so wäre der Gewerkschaftskampf sicherlich viel weiter zum proletarischen Erfolg vorgerückt (Abg. Rüdert: Wenn Sie darin geblieben wären!). Aber heute fühlen Sie sich eins mit den Christlichen, mit ihnen — die ihre Gesinnung und ihren Standpunkt zum Kapitalismus absolut nicht geändert haben — finden Sie sich vollständig auf ein und derselben Linie. Und nun suchen Sie einen Dummen; oder richtiger gesagt, einen Sündenbock, für die Sünden, die Sie selbst an der gewerkschaftlichen Bewegung begangen haben: und deshalb erklären Sie heute, die Kommunisten trügen die Schuld daran, daß die Arbeiter das Vertrauen zu den Gewerkschaften verloren haben.

Ich muß Euch allerdings das Lob aussprechen: Der Ton, den heute die Gewerkschaftsführer gegenüber den Unternehmern anschlagen, ist ein ganz anderer als er früher gewesen ist: Ihr habt die Formen der Höflichkeit und des Anstandes voll und ganz der Bourgeoisie abgelernt. Der proletarische Klassenkampf erfordert aber nicht Formen des Anstandes und der Höflichkeit, sondern er erfordert die Formen des Kampfes für die Sache des Proletariats um jeden Preis und mit jedem Mittel, das dem Zweck dient (Abg. Freidhof: Mit der Mistgabel!). Herr Kollege Freidhof: für mich ist es eine wunderbare Vorstellung, heute Sie in diesem Ton sprechen zu hören. Als Sie nämlich noch Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei waren, standen Sie genau so in der Opposition gegen die Gewerkschaftsführerbürokratie, wie ich heute noch stehe (Zuruf bei der sozialdemokratischen Fraktion). Ich beglückwünsche Sie zu dieser Ummanierung vom Klassenkämpfer zum richtigen, waschechten Sozialdemokraten (Zuruf des Abg. Freidhof). Die Tatsache steht fest: Bei allen schönen Reden, die hier gehalten werden und bei allen Phrasen, die Sie dreschen, können Sie nicht ableugnen, daß

innerhalb der letzten Jahre Not und Elend gestiegen und gewachsen sind. Sie haben es nicht vermocht, mit der Macht Ihrer Koalitionsregierungen ihren Einfluß auf die Gewerkschaften, die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Arbeiter, der Angestellten und kleinen Beamten auf eine Basis zu stellen, daß auch nur in irgend einer Form der Index der Ernährung erreicht worden wäre. Sie haben Schiffbruch gelitten mit Ihrer Sozialpolitik! Sie haben diese zum Bankrott geführt und alle Macht in die Hände der Ausbeuter gegeben. (Auf einen Zuruf von der sozialdemokratischen Fraktion: Nein, weil die Arbeitsgemeinschaft ein grundsätzlicher Verrat am Klassenkampf der Gewerkschaft gewesen ist (Zustimmungsäußerungen des Abg. Gäßler. — Zuruf des Abg. Freidhof).

Was ich jetzt ausspreche, das sage ich nicht den Herrschaften dieses Hauses, denn da ist Hopfen und Malz verloren (Geisterlichkeit); die Herrschaften von da drüben, die offiziellen Vertreter und Verteidiger des Kapitals treten wenigstens offen und ehrlich heraus und erklären: Wir können nicht zugeben, daß durch große revolutionäre Bewegungen der Arbeiterschaft heute der Bourgeoisie ihr Fundament zerschlagen wird. Und die anderen Parteien (zu den Sozialdemokraten), die Latzen, die indirekt dieselbe Politik betreiben, sind genau so schuld, wie die von rechts, die einen sind die Diebe, die anderen die Hehler (Geisterlichkeit. — Abg. Gäßler: Sehr gut!).

Wir Kommunisten aber erklären den Arbeitern draußen das folgende: Sowohl der Gewerkschaftskampf ist der einzige Kampf, der siegreich für die Arbeiter durchgeführt werden kann — aber nicht auf dem Wege, den die jetzigen Bürokraten der Gewerkschaft eingeschlagen haben. Es ist Aufgabe der Arbeiter, den Gewerkschaftskampf zu revolutionieren und damit wieder den Klassenkampfgedanken, den Klassenkampfwillen gegen den Revisionismus in die Gewerkschaftskämpfe zu tragen und scharf zur Geltung zu bringen. Erst wenn diese Aufgabe gelöst ist, kann das von mir bezeichnete Ziel, Sieg der Ausbeuteten über die Ausbeuter erreicht werden. Die Befreiung unserer Klasse aus Not und Elend wird nur erreicht durch die Zerschmetterung der Bourgeoisie, der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (Lachen bei der sozialdemokratischen Fraktion). Die Kommunisten rufen deshalb: „Auf zum Kampf!“

Abg. Frau Siebert (Zentr.):

Ich wollte nur auf die allgemein theoretischen Ausführungen meiner Frau Vorrednerin eine kurze Erwiderung geben. Trotz der von ihr aufgewendeten rhetorischen Kraft will mich bedünken, als ob vor ihrer Seele doch nicht ein treues, deutliches Bild des wirklich herrschenden Elendes stünde. Wenn man von genauen und zuverlässigen Angaben der Statistik ausgeht, wenn die Zahlen, in denen das Elend unseres Volkes sich widerspiegelt, Tag und Nacht mit einem gehen, wenn man weiß, wieviele Unterstützungsbedürftige heute allein im Bereich des Reichsarbeitsministeriums in Betracht kommen; wenn man bedenkt, daß heute jeder sechste Deutsche auf Unterstützung angewiesen ist, und daß wir in Deutschland 2½ Millionen Kinder haben, die unterstützungs- und erholungsbedürftig sind, und wenn einem vor dem Gewissen wirklich die Not des Volkes steht, dann verstummt die Rhetorik.

Mit Bezug auf das, was die Abg. Frau Unger über die christlichen Gewerkschaften gesagt hat, möchte ich mich in der Entgegnung auf wenige Worte beschränken. Diese Gewerkschaften sind aus dem Gedanken hervorgegangen, daß der Mensch Herr der Sache ist und nicht die Sache Herr des Menschen und daß letzten Endes die Verantwortlichkeit des Einen

vor dem Andern eine große, eine überzeitliche Angelegenheit ist.

Gerade wir Frauen, — die nicht „der Sache“ aber dem Leben dienen — wir müssen zu einem überrealen Schauen und zu einem überrealen Bewerten kommen: Dieses Schauen und diese Bewertung haben wir immer bei unseren christlichen Gewerkschaften gefunden. Allerdings war der christlichen Gewerkschaft neben der Arbeit immer eines hoch und heilig, das waren die großen, sittlichen Grundsätze des Christentums, neben der Arbeit stand in ihren Forderungen der Ausblick zu einem Überzeitlichen. Lediglich damit ist ein Standpunkt gefunden, der auch unsere Arbeitgeber wieder zur Einsicht bringen kann (Zuruf des Abg. Gäßler).

Sollten dagegen heute (zur kommunistischen Gruppe gewendet) Sie zum Siege gelangen, dann würde es gehen wie in Rußland, daß, wie die offiziellen russischen Zeitungen selbst schreiben, die gestern Unterdrückten, die morgigen Unterdrückter werden, die gestern Besitzlosen, die morgigen Praffer, ich erinnere nur an die Bilder der Sowjetdame. Beobachten Sie diese Erscheinung, dann sehen Sie, daß Kampf und Umsturz wohl die Rollen vertauschen können, daß das Schicksal derer sich erfüllt, welche die Not der Arbeiterschaft gewissenlos auszunutzen wußten, werden eben die anderen die gewissenlosen Menschen sein, die abermals die Not der Arbeitenden und der wirtschaftlich Schwachen rücksichtslos ausnützen.

Gegenüber solchen Erscheinungen gibt es zur Abhilfe nur eines: Der Mensch muß sich bewußt bleiben, daß er unter Verantwortung steht; der Mensch muß unter seinem Gotte stehen und wissen — und gerade das muß den Unternehmern gesagt werden —, daß er kein Recht hat, die Arbeitskräfte des Menschen zu bewerten als Dinge und Sachen, sondern daß die Arbeitskraft des Menschen ein Geschenk Gottes ist, vor dem auch der Arbeitgeber Ehrfurcht haben muß (Zuruf der Abg. Frau Unger). Und wenn er es heute vielfach nicht hat — und ich gebe Ihnen zu, er hat es vielfach nicht; ich könnte die Beispiele, die angeführt wurden, vermehren aus der eigenen sozialen Erfahrung heraus —, wenn er es heute nicht hat, kommt es daher, weil er eben von jenem Geist durchdrungen ist, der alles ableugnet, was nicht erkennbar ist. Und deshalb auch die Wertung des Menschen! Und darum wird nur dann, wenn wir auch in den Kreisen des Volkes das Bewußtsein leben lassen, daß die Not des Menschen die eigene Not sein muß, daß die Not des Nächsten Anklage ist für den Besitzenden (Zuruf der Abg. Frau Unger), ein Ausgleich zustande kommen. Sie haben sich nicht darum gekümmert, und andere werden sich nicht darum kümmern (Abg. Frau Unger: Solange sie die Macht haben!). Nur dann einmal, wenn die christlichen Grundsätze wieder durchdringen werden in der Volksgemeinschaft, wird auch die Semissenlosigkeit aufhören, die eine der Grundlagen unseres Elends ist (Beifall beim Zentrum).

Abg. Mager (D. Natl.):

Nur wenige Sätze!

Der Herr Abg. Freidhof hat folgende Behauptung aufgestellt: „Der Herr Abg. Mager hat gesagt, daß die Erhöhung der Löhne die Ursache des Höbertreibens der Preise sei“. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich gesagt habe:

„Wir wollen hier nicht wieder die früher oft erörterte Frage aufwerfen, ob die Erhöhung der Preise oder der Löhne das Primäre oder Sekundäre in diesem Vorgang des Höbertreibens der Preise ist“.

So habe ich gesagt. Ich habe ausdrücklich diese Entscheidung ausgeschaltet, weil ich mich nicht darauf einlassen wollte. Sie haben daraus eine einseitige Behauptung gemacht.

Weiter hat der Herr Abg. Freidhof gesagt: „Der Herr Abg. Mager hat gesagt, die Löhne dürfen nicht heraufgesetzt werden.“ Ich habe ausdrücklich gesagt, daß zurzeit die Löhne auf dem Stande gehalten werden müssen; so habe ich wörtlich mich ausgedrückt (Abg. Freidhof: Ist das etwas anderes?). Einen Augenblick! Ich will eine Erklärung dazu geben. Ich halte nur kurze Reden, ich mache es nicht wie Sie. Man muß verstehen, was ich sage. — Ich habe aus meiner Erfahrung in der Praxis die Sache beurteilt; und die sagt mir, daß man an eine Erhöhung der Löhne nicht denken kann, wenn nicht eine Herabsetzung der Lasten der Industrie eintritt. Da ist z. B. die Herabsetzung der Steuern, der Frachten, der Auswirkungen aus dem Dawes-Gutachten! — Stehen Sie mir bei, hier eine Herabsetzung herbeizuführen, dann kommt die Lohnerhöhung von selbst (Zuruf des Abg. Freidhof).

Herr Abg. Freidhof! Der Herr Abg. Ritter von der kommunistischen Partei hat mich verstanden. Warum haben Sie mich nicht verstanden? Weil Sie nicht wollten oder nicht konnten! (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten).

Abg. Rüderer (Sozdem.):

Es sind einige Ausführungen der Frau Abg. Unger, die mich doch noch zwingen, das Wort zu ergreifen.

Zunächst einige allgemeine Bemerkungen! Die Frau Unger hat wiederholt in ihren Ausführungen gegen die Phrase gekämpft. Ich glaube aber, ihre Rede war doch gar nichts anderes wie ein fortgesetztes Phrasengeklänge. Und deshalb nehme ich den Zwischenruf, den sie vorhin gemacht hat, auf: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen!“. Wenn dieses Sprichwort für jemand im Hause zutrifft, dann scheint es mir die Frau Unger zu sein (Sehr richtig! von den Sozialdemokraten bis zum Zentrum).

Im übrigen aber möchte ich doch ganz allgemein die Gewerkschaften, ich möchte fast sagen, gegen die Anwürfe der Frau Unger in Schutz nehmen. Die Frau Unger redet über Dinge, die sie sicherlich nicht kennt, von denen sie sicherlich wahrscheinlich niemals etwas verstanden hat (Zuruf der Frau Abg. Unger). Wer die Gewerkschaften in den letzten Jahren hat beobachten können, der weiß, wie ungeheuer wichtig sie waren, um überhaupt während der Inflationsperiode das Leben von Millionen von Arbeitern und Angestellten zu retten. Wer Einblick hat in die Tätigkeit der Gewerkschaften, der muß bestätigen, daß sie es waren, welche die Arbeitermassen über die Inflation überhaupt hinweggebracht haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Widerspruch bei den Kommunisten). In Tausenden und Zehntausenden von Verhandlungen, die monatlich, wöchentlich ja fast täglich stattgefunden haben, in schwerem fortgesetztem Ringen ist es gelungen, die Verhältnisse so zu gestalten, daß wenigstens das nackte Leben gefristet werden konnte. Wenn die Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht gewesen wären, so hätten wir in Deutschland in den Arbeitnehmerkreisen ein Elend beobachten können (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten), das geradezu zum Himmel geschrien hätte. Es gibt jedoch Leute, die aus Prinzip das gute Walten der Gewerkschaften nicht anerkennen (Abg. Gäßler: Für das Kapital!). Denn in dem Moment, wo man das gute Walten der Gewerkschaften anerkennt, kann man in der Weise nicht mehr behaupten, wie das die kommunistische Partei dauernd gegen die Gewerk-

schaften tut (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Und dann: Wenn man jahraus, jahrein gegen die Gewerkschaften behauptet, wenn man die Arbeiter aufhetzt, aus den Gewerkschaften auszutreten, wenn man die Kraft, die Macht und Stoßkraft der Gewerkschaften schwächt, wie das die Kommunisten bei einzelnen Gewerkschaften getan haben, dann steht man hinterher mit heuchlerischer Maske hin und sagt: Was haben denn die Gewerkschaften getan; was können die Gewerkschaften überhaupt tun? (Zuruf der Frau Abg. Unger).

Ich habe Material genügend in den Händen, wo die Kommunisten . . . (Unterbrechung durch fortwährende Zurufe bei den Kommunisten — Abg. Arnold, zu den Kommunisten: Gut aufgelesen heute! — Glocke des Präsidenten). Ist die Grammophonplatte bald abgelaufen? (Weiterkeit). Wir haben genügend Material in Händen. (Auf erneuten Zuruf der Frau Abg. Unger) Ich habe Sie auch nicht unterbrochen; sind Sie etwas liebenswürdiger. (Abg. Frau Unger: Weil Sie so liebenswürdig sind! — Weiterkeit). — Die Gewerkschaften haben genügend Material in Händen, wie von der kommunistischen Zentrale aus dauernd Parolen ausgegeben wurden: Zerschlagung der Gewerkschaften! (Abg. Gäßler: Diese Parole ist nie herausgegeben worden! — Lachen bei den Sozialdemokraten — Weitere Zurufe bei den Kommunisten — Glocke des Präsidenten). Herr Kollege Gäßler, dem sicherlich die größten Kartoffeln wachsen (Weiterkeit) muß es ja wissen (Abg. Gäßler: Die würden auch Ihnen wachsen . . .! — Weiterkeit). Nachdem es nicht gelungen ist, auf diesem Wege die Gewerkschaften zu zerkümmern, ist nun von der kommunistischen Zentrale die Parole ausgegeben worden: Wieder hinein in die Gewerkschaften, um die Gewerkschaften von innen auszuhöheln. Statt praktische Arbeit zu leisten, werden nun in einigen Wochen die Jünger Moskaus wieder dazu übergehen, Streit in sie hineinzutragen, werden dazu übergehen, statt mit den anderen zusammen den praktischen Klassenkampf durchzuführen, die eigenen Klassengenossen zu schwächen (Zuruf der Frau Abg. Unger). Nach einem Jahr kann man dann hier wieder Töne hören: Die Gewerkschaften haben keine Macht; die Gewerkschaften erreichen nichts, also muß man das Allheilmittel, die kommunistische Partei anwenden. Ich bin aber davon überzeugt, daß die deutschen Arbeiter auf den Leim nicht kriechen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß eines schönen Tages die Ernüchterung eintreten wird und die Herren Kommunisten den Laufpaß bekommen werden (Zuruf der Frau Abg. Unger).

Nun noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Ritter von der kommunistischen Partei. Er hat allerdings in anderem Sinne gesagt: Leider ist die Aufklärung unter den Arbeitern und Angestellten noch nicht so weit, um diesen Schwindel zu erkennen! Ich möchte sagen, ich hoffe, daß die Aufklärung unter den Arbeitern und Angestellten fortschreitet, damit sie den Schwindel der kommunistischen Partei wirklich erkennen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Und wenn sie ihn erkennen und wenn sie so weit sind, wird es solche „Ritter“ wie in diesem hohen Hause nicht mehr geben (Zuruf bei den Kommunisten). — Er hat weiter gesagt — er hat die Wahrheit gesprochen! —: Man versucht, in die deutsche Arbeiterschaft einen Keil zu treiben! Jawohl, ich stimme ihm zu, das versuchte man, solange man in Deutschland eine halbasiatische kommunistische Partei hat (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, auch bei den Deutschnationalen — Gegenzurufe bei den Kommunisten). Er hat weiter darauf hingewiesen (Auf erneuten

Zuruf bei den Kommunisten:) Ich höre nicht darauf, was Sie sagen! — Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie ein gewisses Interesse daran habe, eine Arbeiteraristokratie zu schaffen (Abg. Frau Unger: Das ist die Sozialdemokratie!), denn diese Leute, diese Arbeiteraristokraten, würden sozialdemokratisch wählen. Ich glaube, die Sache hat er sich doch nicht so ganz gründlich überlegt; denn diese gehobenen Arbeiter, die qualifizierten, die gelehrten Arbeiter, die „Arbeiteraristokraten“ also, werden ja wahrscheinlich diejenigen sein, die bereits das Denken gelernt haben (Zuruf der Abg. Frau Unger), und es ist ein sehr höfliches Kompliment gegenüber uns (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wenn man anerkennt, daß die geistig regsamen Arbeiter bei der Sozialdemokratie sind (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Das ist aber etwas, was wir nicht erst von Herrn Ritter erfahren müssen, sondern das haben wir immer gewußt. Nur die ganz Dummen sind in der Lage, der kommunistischen Partei nachzulaufen. Damit möchte ich meine wenigen Bemerkungen schließen (Zuruf der Abg. Frau Unger).

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Auf das Schlußwort wird verzichtet.

Die Besprechung wird geschlossen.

Der Präsident gibt folgende Eingänge bekannt, die während der Sitzung eingelaufen sind:

1. Antrag der Abg. Dr. Mattes, Weber, Brigner, Wilfer, Erhebung der Kirchensteuer:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kirchensteuer für das Jahr 1924 bleibt insoweit unerhoben, als sie ein Fünftel der Einkommensteuer für das Jahr 1924 und der Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924/25 übersteigt. Soweit dieser Betrag bereits bezahlt ist, wird er auf die Kirchensteuer Schuld für das Jahr 1925 angerechnet.

Der Antrag wird als Druckf. Nr. 54 gedruckt und verteilt werden und wird auf Vorschlag des Präsidenten dem Haushaltsausschuß überwiesen.

2. Förmliche Anfrage der Abg. Weber, Wilfer, Brigner, Dr. Mattes Schutz der Rechte und des öffentlichen Ansehens der Beamten:

In der kommunistischen Mannheimer Arbeiterzeitung vom 21. November v. J. wurde in einem Artikel mit der Überschrift „Eine unerhörte Sauerei“ der Hausmeister Mattmüller am Karlsruher Bezirksamt wegen einer in einem Falle bei der Vereitung der Gefangenenkost vorgekommenen Ungehörigkeit öffentlich gerügt und zugleich der Karlsruher Polizeidirektor und der Minister des Innern dafür mitverantwortlich gemacht.

Darauf erschien in der Karlsruher Zeitung vom 22. November 1924 eine amtliche Verlautbarung, in der bekanntgegeben wurde, daß bis zur Erledigung des einzuleitenden Disziplinarverfahrens der Hausmeister außer Dienst gestellt und daß das Disziplinarverfahren auch auf den Vorstand — das ist der Landrat Schaible — ausgedehnt wurde. Desgleichen erschien in der Karlsruher Zeitung vom 4. Dezember 1924 eine weitere amtliche Verlautbarung mit der

Überschrift „Disziplinarverfahren gegen Herrn Landrat Schaible“, in der u. a. die bisherige Richterledigung des Disziplinarverfahrens damit entschuldigt wurde, daß Landrat Schaible seit der Eröffnung des Disziplinarverfahrens nicht erreichbar gewesen sei, weil er sich als Reichstagskandidat auf Wahlagitation befunden habe. Tatsächlich aber war Landrat Schaible auf Grund der Verfassung von dem Herrn Minister des Innern selbst als Reichstagskandidat beurlaubt worden, im übrigen aber täglich in Karlsruhe erreichbar.

Wie war nach der Ansicht der Regierung die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens in diesem Falle aus dem Ergebnis der vorläufigen Untersuchung nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen gerechtfertigt und wie versteht sich die öffentliche Ankündigung der Dienstenthebung des Hausmeisters Mattmüller und des Disziplinarverfahrens gegen Landrat Schaible mit der Verpflichtung des verantwortlichen Ministers, das Ansehen und die Ehre der ihm unterstellten Beamten zu wahren?

Die förmliche Anfrage geht an die Regierung zur Erklärung über den Zeitpunkt der Beantwortung.

Sie wird als Druckf. Nr. 55 gedruckt und verteilt werden.

3. Kurze Anfrage der Abg. Fischer-Karlsruhe, Blase, Großhans, Freidhof Ablegung der Obersekretärprüfung durch die Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen betr.

Ist der Regierung bekannt, daß an die Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen das Ansehen gestellt wurde, die Obersekretärprüfung abzulegen?

Wenn ja, welche Gründe sind maßgebend, um neben der staatlich anerkannten Vorbildung der Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen auch noch die Obersekretärprüfung zu verlangen?

Die kurze Anfrage wird der Regierung zwecks Beantwortung übermittelt werden.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Frau Unger (Komm. P.):

Der Herr Abg. Rüdert hat gesagt, nur die ganz Dummen gehörten der kommunistischen Partei an. Ich zitiere als Antwort auf diesen Anwurf einen Vers aus Wilhelm Busch:

„Wenn andere Leute klüger sind als wir,
Macht das uns selten nur Bläffler;
Doch die Gewißheit, daß sie dümmer,
Erfreut fast immer“.

(Heiterkeit. — Abg. Rüdert: Sie werden sich also jetzt freuen!)

Präsident Dr. Baumgartner:

Ich schlage Ihnen nun folgende Geschäftsbetätigung für die nächsten Wochen vor: Am nächsten Montag ist, soviel ich gesehen habe, zunächst Sitzung des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden. Auf Dienstag ist Haushaltsausschußsitzung anberaumt. Es ist mir von verschiedenen Fraktionsführern gesagt worden, es wäre wünschenswert, wenn am nächsten Mittwoch nachmittag Fraktionssitzung stattfinden würde. Ich würde Ihnen also vorschlagen, daß Sie mich ermächtigen, im Namen

der Fraktionsführer auf nächsten Mittwoch nachmittag ¼4 Uhr die Fraktionen einzuberufen. Widerspruch erhebt sich von keiner Fraktion (Abg. D. Maier-Karlsruhe: Ist für Donnerstag Plenarsitzung in Aussicht genommen?). Nein! Ich nehme an, daß wir Mittwoch nachmittag und Donnerstag vormittag Fraktionsitzungen haben, gegebenenfalls dann, je nach dem Ergebnis der Fraktionsitzungen und nach dem Ergebnis der vorausgegangenen Haushaltsausschußsitzungen Fortsetzung der Sitzung des Haushaltsausschusses sowie des Rechtspflegeausschusses und des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden, je nach dem, wie weit die Ausschüsse gekommen sind, daß also

in der nächsten Woche keine Plenarsitzung stattfindet, sondern erst in der übernächsten Woche, um dann das Material aus den Ausschußsitzungen aufzuarbeiten.

Ich würde also vorschlagen: Plenarsitzung Dienstag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr.

Das Haus stimmt zu.

Präsident Dr. Baumgartner schließt hierauf die Sitzung nach 1½ Uhr.

Inhaltsverzeichnis umstehend.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	
Präsident Dr. Baumgartner	449, 496, 501, 508
Kurze Anfrage der Abg. D. Mayer-Karlsruhe und Gen., Prämienauschüttung an Beamte und Angestellte der Reichs- bahngesellschaft	
Berlesung:	
Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.Natl.)	451
Beantwortung:	
Oberregierungsrat Seeger.	452
Erläuterungen:	
Abg. Gebhard (Landbund)	453
" Wittmann (Zentr.)	453
Zur Geschäftsordnung:	
Klaiber (Landbund)	454
Präsident Dr. Baumgartner	454
Ziffer II. der Tagesordnung:	
Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Anträge der Abgeordneten	
1. Schill u. Gen., Herabsetzung der Reichsweinsteuer usw. (Druck. Nr. 44),	
2. Schmidt-Bretten u. Gen., Erlassung der Umsatzsteuer für inländischen Wein usw. (Druck. Nr. 45),	
3. Gebhard u. Gen., Erhöhung der Einfuhrzollsätze für Wein (Druck. Nr. 46). (Druck. zu Nr. 44, 45, 46),	
Berichterstatter Abg. Rieger (Zentr.)	454
Abstimmungen	
Ziffer II 3 der Tagesordnung der 7. Sitzung: Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Maier- Heidelberg und Gen., Ausgleich zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen und Gehältern betr. (nicht gedr. Anfrage D.-B. 27).	
Begründung:	
Abg. Horter (Sozdem.)	459
Beantwortung:	
Minister des Innern Kemmle	463
Besprechung:	
Abg. Heurich (Zentr.)	466
" Mayer (D. Natl.)	472
" Weißmann (Sozdem.)	475
" Ritter (Komm. P.)	478
" Wilsch (D. Sp.)	482
" Freidhof (Sozdem.)	488
" Hofheinz (D. Dem. P.)	493
Zur Geschäftsordnung:	
Abg. Martin (Zentr.)	496
Fortsetzung der Besprechung:	
Abg. Eberhardt (Zentr.)	497
" Frau Unger (Komm. P.)	501
" Frau Siebert (Zentr.)	503
" Mayer (D.Natl.)	504
" Rüdert (Sozdem.)	505
Persönliche Bemerkung:	
Abg. Frau Unger (Komm. P.)	508